DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

H 8040 F
Nummer 51
März/April '98
3,- Mark

In diesem Heft:

Burschenschaften • CDU-Nachwuchs mit rechter Connection • Nationalliberale Organisierungsversuche • Europa der Rassisten • Enteignete Junker machen mobil

„Sie schlagen sich Schmisse ins Gesicht, denn auf dem Hintern sieht man's nicht!“



George Grosz: „Die Stützen der Gesellschaft“

Inhalt

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Rolandstraße 16 • 30161 Hannover
Postanschrift:
DER RECHTE RAND
Postfach 1324 • 30013 Hannover
Tel.: 0511 / 33 60 209
Druck: Werkdruck Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Editorial

Neofaschistische Übergriffe auf MigrantInnen und Andersdenkende in der Bundesrepublik nehmen deutlich zu. Der Antisemitismus weist eine steigende Tendenz auf. Die NPD kann tausende zu einer Großveranstaltung wie in Passau mobilisieren. - Eine Situation, die nach verstärktem Engagement gegen Neofaschismus und Rassismus geradezu verlangt, die zumindest eine klare Abgrenzung gegen rechtsradikale Parolen und die Stärkung antifaschistischer Aufklärung erwarten ließe.

Doch weit gefehlt! Das angeblich für den Schutz der Verfassung zuständige Amt macht Stimmung gegen antifaschistische Aktivitäten. So verbreitet es bereits im Vorfeld der antifaschistischen Demonstration in Saalfeld - ohne dieses belegen zu können -, daß gewalttätige DemonstrantInnen anreisen und Sicherheit und Ordnung gefährden würden. Vor dem Hintergrund, daß die NPD erneut eine Gegendemonstration angemeldet hat, drängt sich der Verdacht auf, daß der „Verfassungsschutz“ langfristig Argumente für ein Verbot der antifaschistischen Demonstration liefern will.

Auch gegen unsere Zeitschrift schwingt das Kölner Amt den „Knüppel der Gewalt“: In einer jüngst bekannt gewordenen Broschüre wird argumentiert, daß DER RECHTE RAND zwar nicht zur Gewaltanwendung aufrufe, aber Wohnanschriften von Neonazis und „Zielphotos“ für die „Ziel- und Fahndungslisten“ militanter Antifaschisten liefere. Indirekt sei, so argumentiert der VS, DER RECHTE RAND also verantwortlich für eine Gefährdung von „Leib und Leben“ von NeofaschistInnen.

Abgesehen davon, daß wir keine Anschriften von NeofaschistInnen veröffentlichen, soll auf diesem Wege normale antifaschistisch-journalistische Recherche diffamiert und langfristig kriminalisiert werden. Ein derartiges Vorgehen riecht verdammt nach Zensur und einer gegen mißliebige Medien gerichteten Einschränkung der Pressefreiheit. Auch das ist ein Thema für eine Zeitschrift wie „DER RECHTE RAND - Informationen von und für AntifaschistInnen“.

DER RECHTE RAND Nr. 52 erscheint Anfang Mai. Redaktionsschluß ist am 14. April 1998.

Solidarität mit dem „Antirassismusbüro“ (ARAB) in Bremen

Am 3.Dezember 1997 wurde das ARAB zum wiederholten Mal von der Polizei durchsucht. Anlaß des jüngsten „staatlichen Überfalls“ (taz HB v. 4.12.97) auf das ARAB waren dessen Aktionstage gegen rassistische Polizeigewalt im September '97.

Das ARAB stellt sich konsequent auf die Seite rassistisch Verfolgter. Es organisiert Öffentlichkeit und Protest gegen Mißhandlungen von SchwarzafrikanerInnen und die schikanöse Brechmittelvergabe; es mobilisiert gegen Abschiebungen von Flüchtlingen und unterstützt deren Proteste. Seit einigen Jahren wird die Arbeit des ARAB durch kontinuierliche polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Schikanen angegriffen. Selbst eine Veranstaltung von Richtern der ÖTV, zu der das ARAB eingeladen war, wurde von Staatsschutzbeanmten observiert. Es hagelt Durchsuchungen und Ermittlungsverfahren, wahlweise wegen Beleidigung, Volksverhetzung oder Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz.

Für weitere Hintergrundinformationen steht das ARAB gern zur Verfügung: Antirassismusbüro, Sielwall 38, 28203 Bremen Tel.: 0421/706444, Fax: 0421/706445

14.März 1998: Antifaschistische Demonstration in Saalfeld

Zahlreiche antifaschistische Organisationen, Initiativen, Gewerkschaften und Parteien rufen auf, am 14.3. in Saalfeld für antifaschistisches Denken und Handeln zu demonstrieren. Der Aufruf erfolgt vor dem Hintergrund der für den 11.Oktober 1997 verbotenen „Demonstration gegen rechte Gewalt“. Die Aufrufer erklären, daß damit deutlich geworden sei, wie sehr die staatliche Politik ungebetene Meinungen in der Öffentlichkeit repressiv verhindern wolle und daß es für AntifaschistInnen eine Pflicht sei, gegen jeden rechten Konsens die Stimme zu erheben. Dies erst recht, wenn die staatliche Politik Naziaktivitäten deckele, die Opfer der Nazi-Attacken und -angriffe in der Öffentlichkeit häufig gar zu TäterInnen mache und gleichzeitig antifaschistischer Widerstand kriminalisiert werde.

Angesichts der Tatsache, daß das Saalfelder Verbot in München (8.11.1997), Freiberg (1.11.1997) und Dresden (24.1.1998) bereits seine Nachahmer gefunden habe und zum Modell zu werden drohe, bekomme die geplante Demonstration in Saalfeld bundesweite Bedeutung, erklären die Aufrufer und fordern alle AntifaschistInnen auf, sich an dieser Aktion zu beteiligen!

Informationen über: LAG Antirassismus/Antifaschismus Thüringen, c/o DGB bwt e.V., Juri-Gagarin-Ring 150, 99084 Erfurt, Tel.: 0361/65998-0, Fax: 0361/65998-99

„Mackenrode-Prozeß“ ab 15.April 1998 in Göttingen

Vor mehr als 6 Jahren, am 26.10.1991, kam es anläßlich eines Treffens der heute verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) an dem Anwesen des damaligen FAP-Funktionärs Karl Polacek in Mackenrode bei Göttingen zu einer spontanen antifaschistischen Demonstration. Die etwa 50 DemonstrantInnen wurden von den aus dem Haus stürmenden Neonazis angegriffen und es kam zu einer schweren tätlichen Auseinandersetzung. In diesem Zusammenhang wurden vier Neonazis schwer verletzt. Nach dieser Auseinandersetzung wurde die Umgebung von Mackenrode weiträumig von der Polizei abgesperrt und willkürlich die Personalien von 15 Personen aufgenommen. Gegen vier dieser Personen soll nun wegen Landfriedensbruch, schwerer Körperverletzung u.a. vor dem Landgericht Göttingen verhandelt werden. Göttinger AntifaschistInnen organisieren die Solidaritätsarbeit mit den Angeklagten und versuchen die Öffentlichkeit über die Hintergründe dieses Verfahrens zu informieren.

Informationen über: göttinger Drucksache, Goßlerstr.16a, 37083 Göttingen

Andreas Speit & Martin Phillips

Verbot der Heide-Heim-Vereine

Neonazizentrum Hetendorf Nr. 13 vor dem Aus? Glogowski im Wahlkampffieber?

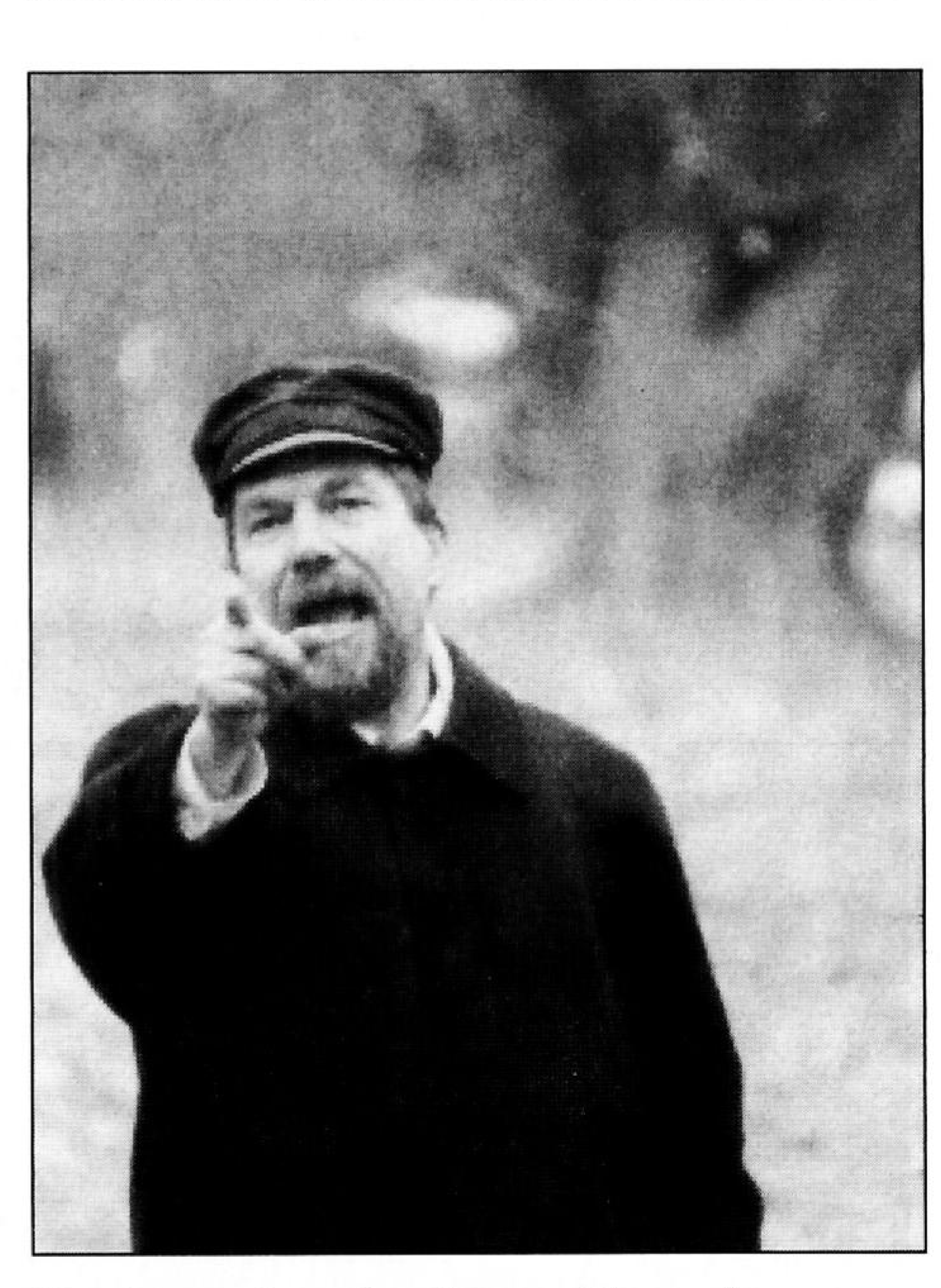
Im Haus von Ilse und Otto Koch war schon Licht, als die Celler Polizei am 12.Februar um 6.30 Uhr in der Früh das Tor zum Anwesen Hetendorf Nr.13 öffnete. Kaum hatten die Beamten das Tor zum „Heideheim" hinter sich geschlossen, begrüßte der Einsatzleiter das mit Hausmeistertätigkeiten beauftragte Rentnerehepaar und erklärte ihm, daß sowohl der Trägerverein des Neonazi-Zentrums „Heide-Heim e.V." in Hamburg, als auch der Förderverein „Heideheim e.V." im niedersächsischen Buchholz, mit sofortiger Wirkung verboten seien und das Vereinsvermögen beschlagnahmt werde, inklusive des Vereinsgrundstücks Hetendorf Nr. 13. „Das mußte ja mal passieren", meinte Ilse Koch und zog sich in ihr Häuschen auf dem Gelände zurück.

Noch kein Licht brannte, als die Hamburger Polizei gegen 6.00 Uhr bei der Villa von **Jürgen Rieger** in der Auguste-Baur-Straße in Blankenese vorfuhr. Erst nach mehrmaligem Klingeln ließ Rieger die Beamten in seine Wohn- und Geschäftsräume. Doch wie **Ilse** und **Otto Koch**, zeigte sich der 51jährige Vorsitzende der beiden Vereine von den Verbotsverfügungen des niedersächischen Innenministers Gerhard Glogowski (SPD) nicht überrascht. Nach Aushändigung der Verfügungen durchsuchten die Beamten die Räumlichkeiten und stellten einige Unterlagen sicher, die sie in einem Karton aus der Villa tragen konnten.

Per Presseinformation erklärte Glogowski, „die beiden Vereine verfolgen das Ziel, mit ihrer Tätigkeit die verfassungsmäßige Ordnung fortlaufend zu untergraben und letztendlich zu beseitigen". Die Arbeit beider Vereinigungen sei darauf ausgerichtet, „Treff- und Veranstaltungsmöglichkeiten für andere rechtsextremistische bzw. neonazistische Gruppierungen bereitzustellen". Außerdem, so der Innenminister, waren die nun verbotenen Vereine nach den Verboten bislang in Hetendorf tagender Organisationen wie der „Wiking Jugend" (WJ), der „Nationalistischen Front" und der „Nationalen Liste" verantwortlich für die „Hetendorfer Tagungswoche". Bei dieser ginge es stets „um die Indoktrination einer Rassenideologie" und „Propagierung der Überwindung der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik auch mit kämpferischen Mitteln", sowie der „Leugnung der Vernichtung der Juden im nazistischen Deutschland" und „Verherrlichung des Nationalsozialismus, die in diesem Heim gerade Jugendlichen von überzeugten Nationalsozialisten gezielt vermittelt" wurde.

Zeitgleich durchsuchten PolizeibeamtInnen die Domizile von Riegers StellvertreterInnen **Margrit Kininger** in München und **Arnold Neugebohrn** in Schwanewede bei Bremen. Auch die Wohnung des Schatzmeisters des Heide-Heims, **Karl-Heinz Thiele**, in Velpke wurde in Augenschein genommen, wobei ein Bankkonto mit Vereinsvermögen beschlagnahmt wurde.

Das niedersächsische Innenministerium hatte sich zu dieser „Ad-hoc-Maßnahme" entschlossen, nachdem Informationen durchgesickert seien, daß sich die Betreiber des „Heideheims" einer „polizeilichen Maßnahme" entziehen wollten und es Hinweise gäbe, daß Rieger die Besitzverhältnisse neu ordnen wollte. Was zu einem Problem für den Innenminister hätte werden können, denn die 20seitige Begründung der Verbotsverfügung dreht sich im wesentlichen um Rieger.



Vereinsvorsitzender Jürgen Rieger ist empört und zieht wieder vor Gericht

In der von Christoph Unger bearbeiteten Verbotsbegründung stellt der Ministerialrat des Innenministeriums dar, daß im wesentlichen die ehemalige BDM-Führerin **Gertrud Herr**, bis dato überzeugte Nationalsozialistin, seit Anbeginn mit Rieger zusammen die Geschicke der Vereine und des Heims regelte. Was durch Riegers Vorstandstätigkeiten in den weiteren Trägervereinen des „Heideheims" möglich war, der „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V." (GfbAEV), der „Artgemeinschaft - Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung" sowie dem „Nordischen Ring". „Nach alledem ist festzustellen, daß Jürger Rieger durch seine Vorstandsfunktionen in den Mitgliedsvereinen die Willensbildung des „Heide-Heim e.V." faktisch allein bestimmt (...). Dies wird durch sein tatsächliches Auftreten in Hetendorf bestätigt", heißt es, und erneut im Bezug auf Rieger: „Die Ziele und Tätigkeiten des Heide-Heim e.V. und des Heideheim e.V. dienen der Verwirklichung der ideologischen Ziele und der Ermöglichung derartiger verfassungswidriger Tätigkeiten, wie sie in der Vergangenheit von der WJ ausgeübt worden sind. Dies ergibt sich aus dem satzungsmäßigen Vereinszweck, der - genauso wie bei der Wiking Jugend (WJ) ('volkstreue Jugend') - von einer rassistischen Volksgemeinschaftsideologie geprägt ist". Offen propagiert Rieger „Ansichten, wonach etwa die Erhaltung und Pflege des 'nordischen Blutes' wichtiger denn je sei, weil die Existenz der nordischen Rassen gefährdet sei (...). Diese rassistische, die 'Volksgemeinschaft' verabsolutierende Doktrin entspricht bis in Einzelheiten dem nationalsozialistischen Rassismus, wie er von der WJ verbreitet wurde".

Neben dieser Begründung, hergeleitet über Aussagen von Rieger, führt Unger an, daß die Vereine anderen rechtsextremen und neonazistischen Organisationen das „Heideheim" zur Verfügung stellen, u.a. „der JN, deren erklärtes Ziel die Überwindung des Systems ist".

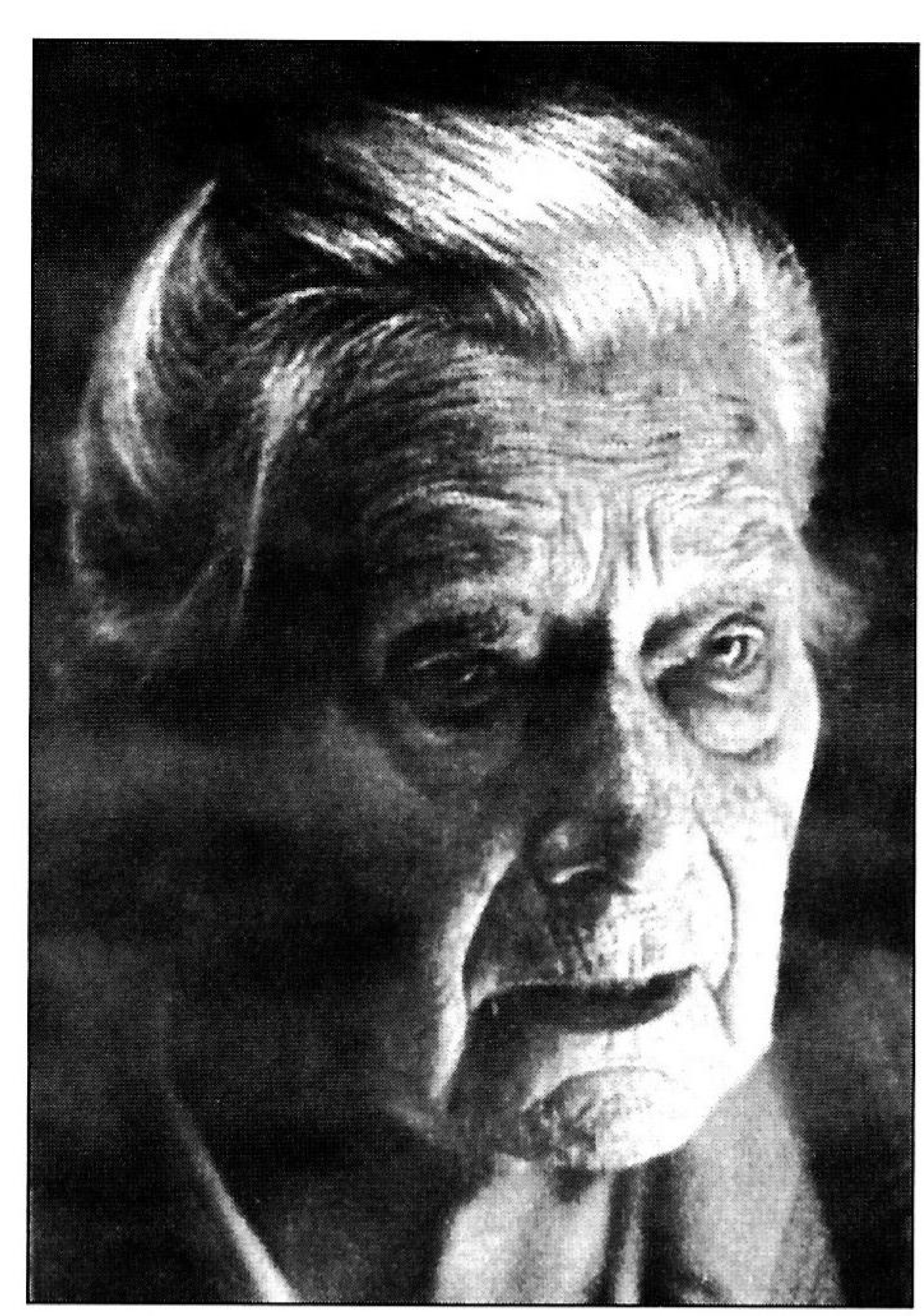
Alles keine neuen Erkenntnisse, die Unger aufzählt, und von einer „überregionalen" Bedeutung will auch er nicht reden.

Schon 1983 fand die erste größere Sonnenwendfeier auf dem Anwesen statt, und die WJ feierte erstmals 1986 ihr traditionelles Pfingsttreffen in Hetendorf, wo sie bis zu ihrem Verbot 1994 stets auftauchte, um im Rahmen des Pfingstfestes Pfadfinderspiele und Wehrsportübungen zu veranstalten. Seit 1991 richteten verschiedene extrem rechte und neofaschistische Vereine, wie der „Heinrich-Anacker-Kreis", und „Glaubensgemeinschaften", wie die „Artgemeinschaft", alljährlich im Juni die „Hetendorfer Tagungswochen" aus.

Riegers Helfer?

Kein Wunder, daß das Verbot nach dem Vereinsrecht bei der Polizei vor Ort auf Unverständnis stieß, die das eh alles ganz anders sieht. Was sich in der Organisation, wie auch in ihrem Engagement während der Aktion auf dem Gelände in dem kleinen Dorf bei Hermannsburg, 30 Kilometer nördlich von Celle gelegen, widerspiegelte. Während ihre Kolleginnen und Kollegen handelten, warteten die Celler Einsatzkräfte. Zum einen auf Verstärkung, zum anderen auf die notwendigen Papiere für die Aktion. Denn weder einen Durchsuchungsbeschluß, noch die Verbotsverfügung hatten sie mitgebracht. Nach fast einer Stunde tauchte dann ein Bote auf. Schließlich fanden sich 50 herbeibefohlene Polizisten, die die vier Gebäude und das 7000 Quadratmeter große Areal durchsuchten.

Offen und deutlich äußerten sie ihre Unlust und ihren Unmut über den Sinneswandel ihres Obersten Dienstherren. Von den Celler Fahndern erwartete niemand, etwas zu finden. Gleich zu Beginn der Durchsuchung und Sicherstellung erklärte der Polizeipressespre-



Regelte die Geschicke der Vereine und des „Heideheims"; Gertrud Herr

cher vor Ort, hier zu suchen sei überflüssig, denn: „Die haben nichts zu verstecken. Außerdem gehen wir hier ein und aus". „Was soll die ganze Aufregung", fragte sich ein weiterer Beamter und antwortete zugleich, „das sind doch ordentliche Leute, die wir kennen". Auch ein anderer Beamter schüttelte den Kopf und meinte: „Die Presse und die Linke hat das so hochgekocht". Alleine der baufällige Zustand der Gebäude spräche doch für sich. „Ab und an kommen hier mal ein paar Leute, die feiern wollen", versicherte er, unter Zustimmung weiterer Kollegen: „Sonst ist hier nichts los". Außerdem, so zwei Beamte, als sie vor einer kleinen Gedenkstätte für die Waffen-SS standen: „Die bekommen das Gelände doch eh wieder".

Solcher Art motiviert nahmen die Einsatzkräfte die Gebäude und das Gelände in Augenschein. Neben Buchführungsunterlagen, Einladungslisten, mehreren Reichskriegsflaggen sowie zwei Lanzen und einem Sportbogen stellten sie doch noch diverse Schriften der extremen Rechten sicher. Alles zusammen brachten sie in die Bibliothek des „Heideheims" und ließen die Tür von einem eiligst herbeigerufenen Tischler verschließen. Nach anderthalb Stunden hatten sie ihrer Pflicht anscheinend Genüge getan, versiegelten Gebäude und Gelände und fuhren von dannen.

Seit Jahren sieht die Celler Polizei nur den Widerstand gegen das Nazizentrum als das einzig wirkliche Problem. Getreu dieses Blickwinkels zeichnete sich über Jahre hinweg der für Rieger und seine Gäste zuständige stellvertretende Leiter des Staatsschutzes in Celle, **Peter Ganick**, durch vornehme Zurückhaltung gegenüber seinem Beobachtungsobjekt aus. Fast freundschaftlich ging es zwischen ihnen zu. In den Kochs, beide in der NPD involviert, sah er „honorige Personen" und in Rieger einen „Ehrenmann", auf den man sich verlassen kann: „Der Rieger hält sein Ehrenwort". Persönlich ins Herz geschlossen hatte der hohe Beamte auch die WJ: „Die Kleinen sehen in ihren blauen Röckchen so niedlich aus". Außerdem pflegten sie lediglich „altes deutsches Brauchtum" und von Uniformierung kann schon gar nicht die Rede sein.

Worüber aber gesprochen werden sollte, offenbarte er in einem Leserbrief des „Celler Kuriers" am 25.Oktober 1992. Ganick erklärte nicht nur, daß die „Republikaner nicht rechtsextremistisch" seien und er stolz darauf wäre, „ein Deutscher zu sein", sondern bekundete zugleich, daß der „Umgang mit Asylanten auf Kosten der Deutschen gehe", die „Rechtssprechung gegenüber Schwerstkriminelle und Mörder zu lasch" sei und daß es ebenso unlogisch ist, „daß 47 Jahre nach der nationalsozialistischen Herrschaft die Enkelkinder immer noch gegenüber dem jüdischen Volk zur Kasse gebeten werden". Um Irritation zu vermeiden, versichert er zum Schluß, nachdem er noch über die Linke gehetzt hat: „PS. Übrigens - ich bin kein Mitglied der Republikaner".

Erst im Januar dieses Jahres will dem Innenministerium Ganicks Engagement aufgefallen sein. Sicherheitshalber veranlaßte Glogowski gerade noch vor der Verbotsverfügung eine „Umbesetzung" des Staatsschutzbeamten.

„Viel zu spät", wie Mitglieder des örtlichen „Bündnis gegen Rechts" und des „Arbeitskreis gegen Hetendorf Nr. 13" bemerken: „Wie aber auch die ganze Aktion".

genik und Verhaltensforschung e.V." (GfbAEV). Offiziell übernahm der Hamburger Anwalt 1996 durch seine Wahlen zum Vorsitzenden beider Vereine die Leitung der Anlage, die 1990 dem „Heide-Heim e.V." überschrieben wurde.

Schon 1990 versuchte Rieger ein weiteres Gebäude in Hetendorf zu erwerben. Ohne Erfolg, obwohl er immerhin 312.000 DM geboten hatte. Der Protest der Anwohner ließ den Deal platzen. Wütend verteilten Riegers Kameraden ein Flugblatt im Dorf, in dem er u.a. drohte: „Wir haben uns bemüht, gute Nachbarschaft zu halten. Wir können auch anders. Wer Krieg haben will, soll ihn bekommen. Wir haben uns gemerkt, wer im Dorf uns verleugnete, gegen uns gehetzt und sich gegen uns gestellt hat. Und wir haben ein gutes Gedächnis. (...) Wir halten uns an die Methode des alten Testaments: 'Auge um Auge, Zahn um Zahn'".

Danach ging die Angst um, erzählte eine Dorfbewohnerin. Ihre Familie erhielt auch noch einen persönlichen Drohbrief, da Rieger herausbekam, daß sie die Aktion initiiert hatten: „Er schrieb uns, daß wir schon sehen werden, was wir davon haben. Und wenn aus dem Haus jetzt ein Asylantenheim werde, die Frauen vergewaltigt und die Tiere getötet würden, müßten wir die Verantwortung übernehmen".



Keine Lager mehr und keine Sonnenwendfeiern. Das Anwesen Hetendorf Nr. 13 ist zumindest fürs erste geschlossen. Ein Erfolg des Bündnis zur Schließung des NS-Schulungszentrum

Das Grundstück Hetendorf Nr. 13, ein ehemaliges Kinderheim, in dem 300 Person Platz finden, ist seit 1978 im Besitz von extrem rechten Funktionären und ihren Vereinen. Damals erwarb Rieger das Gelände für einen „Appel und 'n Ei", wie seine langjährige Kampfgefährtin Gertrud Herr betont. Laut Kaufvertrag bezahlten sie 120.000 DM an das Bundesvermögensamt - ein Zehntel dessen, was der Bund dem Voreigentümer bezahlen mußte. Bis 1989 gehörte das Gelände zu 2/3 dem in Hamburg ansässigen „Freundeskreis Filmkunst e.V." und zu einem Drittel der „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eu-

Daß Rieger nicht nur redet, sondern handelt, bewies er u.a. Pfingsten 1996. Bewaffnet mit einer Axt ging er auf AntifaschistInnen los, die gegen das Nazizentrum demonstrierten.

Langjähriger Widerstand

„Wir hatten gehofft, das würde sich biologisch erledigen", gab der Präsident des niedersächsischen Landesamt für Verfassungsschutz Rolf-Peter Minnier gegenüber der Presse zum Besten. Seit Jahren war es immer wie-

der zu Streitigkeiten und Auseinandersetzungen um das Nazizentrum gekommen. Schon 1984 glaubte die antifaschistische Aktionsgruppe „Macht Feua! Paranoia!" nicht an ein biologisches Ende der Naziaktivitäten und verübte in der Nacht vom 10. auf den 11. Dezember einen Brandanschlag auf das Anwesen. 1987 erfolgte die erste Demonstration, organisiert aus dem autonomen Antifa-Spektrum, die die Polizei kurzerhand einkesselte und für Stunden festhielt, wobei einige Gartenzäune und Vorgärten in Mitleidenschaft gezogen wurden. Dies führte bei den Anwohnern zu der Einstellung, daß zwar die Nazis schlimm seien, die angereisten AntifaschistInnen aber noch schlimmer wären, wie ein Vertreter des „Bündnis gegen Rechts - Initiative zur Schließung des faschistischen Schulungszentrums Hetendorf 13" (BgR) schmunzelnd berichtet. Fast sieben Jahre mußten dann ins Land gehen, ehe Ende 1994 der „Hermannsburger Arbeitskreis gegen Hetendorf 13" gegründet wurde und sich ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Kirchen, Parteien, Landjugend, dem örtlichen Fußballverein und antifaschistischen Gruppen fand, um den Naziaktivitäten entgegenzutreten.

Doch erst infolge der erfolgreich durchgeführten 'Antifaschistischen Aktionstage' zu Pfingsten 1995 spiegelten Äußerungen wie „diese Leute haben Anstand und Charakter, sie lassen keine Cola-Dosen liegen!", nicht mehr die vorherrschende Meinung im Dorf über Riegers Gäste wieder. Im Verlauf der Aktionstage des BgR nahmen an die 2000 Menschen an einer Demonstration teil und über 1000 besuchten ein antifaschistisches Camp. Es folgten zahlreiche weitere Aktivitäten, von Mahnwachen, Gottesdiensten, Unterschriftensammlungen, Veranstaltungen bis zu „Sonntagsspaziergängen". Kein Nazitreffen konnte ohne Polizeischutz vor Gegenaktionen abgehalten werden. 1996 verhafteten Glogowskis PolizeibeamtInnen über 200 zumeist jugendliche AntifaschistInnen und leiteten gegen alle Ermittlungsverfahren ein. Die daraus resultierenden 201 Strafverfahren der Celler Staatsanwaltschaft wurden nur dank massiver öffentlicher Kritik gegen Zahlung einer Geldbuße eingestellt.

Auch im Juni 1997 garantierte nur der Schutz der Polizei den reibungslosen Ablauf der „7. Hetendorfer Tagungswoche". Zuvor hatte das Oberverwaltungsgericht Lüneburg eine Verbotsverfügung aufgehoben. Die Richter sahen keine ausreichenden Verdachtsmomente dafür, daß die „Judenvernichtung geleugnet und der Nationalsozialismus verherrlicht" werden könnte und entdeckten dafür Verfahrensfehler. Glogowskis Beamte waren wohl nur mit halbem Herzen bei der Sache.

Wahlkampftaktik?

„Natürlich freue ich mich über das Verbot", versicherte Dieter Kurz vom BgR, „das nur dank des anhaltenden breiten Widerstandes zustande kam", wie Pfarrer Harmut Bartmuß vom „Hermannsburger Arbeitskreis gegen Hetendorf 13" ebenso betont.

Allerdings ist Kurz skeptisch, inwieweit das Verbot Bestand hat und das Zentrum geschlossen bleibt: „Herr Glogowski ist nicht sehr konsequent. Letztlich hat er nur den organisatorischen Überbau von drei anderen, eindeutig faschistischen Vereinen verboten, die allesamt als sogenannte juristische Personen Mitglieder des 'Heide-Heims' sind". „Hier drängt sich der Verdacht auf", so Kurz, „daß es Glogowski nicht um ein wirksames Vorgehen gegen Rechts geht, sondern eher darum, sich kurz vor der Landtagswahl als durchsetzungfähiger 'Law-and-Order'-Politiker zu präsentieren". „Ganz davon abgesehen, daß ein Verbot nur ein Mittel sein kann, um den Nazis das Leben schwerer zu machen, liegen die Erkenntnisse für das Verbot seit Jahren vor". Jedoch 1996, erinnert sich Kurz, hätte der Sprecher des niedersächsischen Verfassungsschutzes Wolf Rüdiger Hesse versichert, „eine Gefahr für den Rechtsstaat geht von dieser Gruppe nicht aus".

Auch andere antifaschistische und antirassistische Organisationen in Niedersachsen begrüßen den Sinneswandel, hinterfragen jedoch ebenso die Motivation des Innenministers. Andrea Hoops von den „Grünen" im niedersächsischen Landtag hob hervor, daß es sich um einem „Erfolg des jahrelangen Widerstandes" handelt, und ein Sprecher der VVN/BdA erklärte: „Wir haben ihnen das Verbot aufgezwängt, und wenn Glogowski nicht nur Wahlkampf betreiben will, sollte er auch ein Verbot von Nazitreffen in öffentlichen Gebäuden aussprechen". Georg Hartwig, Pressesprecher des Niedersächsischen Flüchtlingsrates, verwies indes auf Glogowskis „Vorreiter-Rolle" beim Großen Lauschangriff und der Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Dabei habe der sozialdemokratische Innenminister „politische Standards gesetzt, von denen die Republikaner vor wenigen Jahren noch geträumt haben".

Gegen die Verbotsverfügung hat Rieger bereits vor dem Lüneburger Oberverwaltungsgericht Widerspruch eingelegt.

Proteste gegen Nazi-Laden

Gegen das im Oktober des vergangenen Jahres von dem Neonazi **Christian Hehl** (28) in Ludwigshafen eröffnete Ladengeschäft „Hehl's World" regt sich zunehmender Widerstand. Eine Bürgerinitiative im rheinland-pfälzischen Ludwigshafen versucht dem braunen Spuk ein schnelles Ende zu bereiten. In „Hehl's World" werden „T-Hemden", „Sweat-Hemden" (sic!), Steinkrüge, Fahnen, Kalender, Messer, Literatur und Tonträger angeboten. Rechtzeitig vor dem Weihnachtsgeschäft verschickte Hehl außerdem einen Katalog des angeschlossenen „Sturm Verlag": „Daß ich versuche, mit diesem Versand aus der Sozialhilfe herauszukommen und meinen Lebensunterhalt zu bestreiten, ist kein Geheimnis." Der Skinhead Hehl gehörte in der Vergangenheit der „Nationalistischen Front", der „Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden" und der FAP an. Wie viele andere Kader verbotener neonazistischer Organisationen fand auch Hehl in der Zwischenzeit Unterschlupf bei der NPD-Nachwuchsorganisation „Junge Nationaldemokraten". Beim Bundeswahlkongreß der NPD in der Passauer Nibelungenhalle am 7.Februar 1998 zählte „Hehli", so sein Spitzname, zu den rund 4.000 Teilnehmern.

Buchhändler verurteilt

Das Tübinger Amtsgericht verurteilte den rechtsradikalen Verleger **Wigbert Grabert** (57) am 14.Januar wegen Verbreitung jugendgefährdender Schriften zu einer Geldstrafe von 10.500 Mark. Anlaß des Verfahrens war das im „Hohenrain-Verlag" 1995 erschienene Werk „Wolfsgesellschaft" von **Carl-Friedrich Berg**. Die Druckschrift verunglimpft Juden und Türken und beinhaltet nach Auffassung des Staatsanwaltes Angriffe auf das demokratische System. Hinter dem Pseudonym Berg steckt der Jurist Dr. **Rainer Maria Kohls**. Autor Kohls konnte nicht als Zeuge vor Gericht geladen werden, da er sich zur Zeit vermutlich im Ausland aufhält. Kohls, alias Berg, veröffentlichte außerdem bei Grabert den Titel „In Sachen Deutschland", der bereits im Dezember 1995 eingezogen worden war. Von den ursprünglich 15.000 Exemplaren konnte die Tübinger Staatsanwaltschaft damals noch 480 Stück beschlagnahmen. Wegen der beiden Berg-Titel führte die Kieler Staatsanwaltschaft im August 1996 eine Durchsuchung in den Räumen der „Lesen und Schenken Verlagsauslieferung und Versandgesellschaft mbH" von **Dietmar Munier** durch. Der Reserveoffizier Grabert übernahm 1972 den väterlichen Verlag des 1978 verstorbenen NS-Dozenten **Herbert Grabert**.

Plattenhändler verurteilt

Der Neonazi **Torsten Möske** (29) aus dem Umfeld des „Freiheitlichen Volksblocks" (FVB) wurde vom Amtsgericht Ulm am 13.Januar wegen Volksverhetzung zu einer 18monatigen Bewährungsstrafe und einer Geldstrafe in Höhe von 15.000 Mark verurteilt. Anlaß dieses Verfahrens war der Versandhandel mit rechtsextremen und rassistischen Tonträgern wie den „Zillertaler Türkenjägern" über die im baden-württembergischen Ulm ansässige Firma „Clockwork Records". Das LKA beschlagnahmte im vergangenen Juni über 45.000 CDs bei Möske sowie in Biberach und Esslingen. Rund 1.200 der braunen Silberlinge fand der Zoll auf dem Stuttgarter Flughafen in Möskes Handgepäck. Bei einer Durchsuchung in der eigenen sowie in der großelterlichen Wohnung wurden die Polizeibeamten damals fündig und stellten so etwa 35.000 CDs im Wert von über 80.000 Mark, zumeist in Tschechien und den USA hergestellt, sowie etliche Hakenkreuzfahnen sicher. Die Geschäfte des Ulmers liefen auch über eine Briefkastenfirma in Belgien, wo Möske einen Zweitwohnsitz hatte.

Ernst Antoni

Sinning in Bayern - ein neues Nazi Zentrum wie Hetendorf?

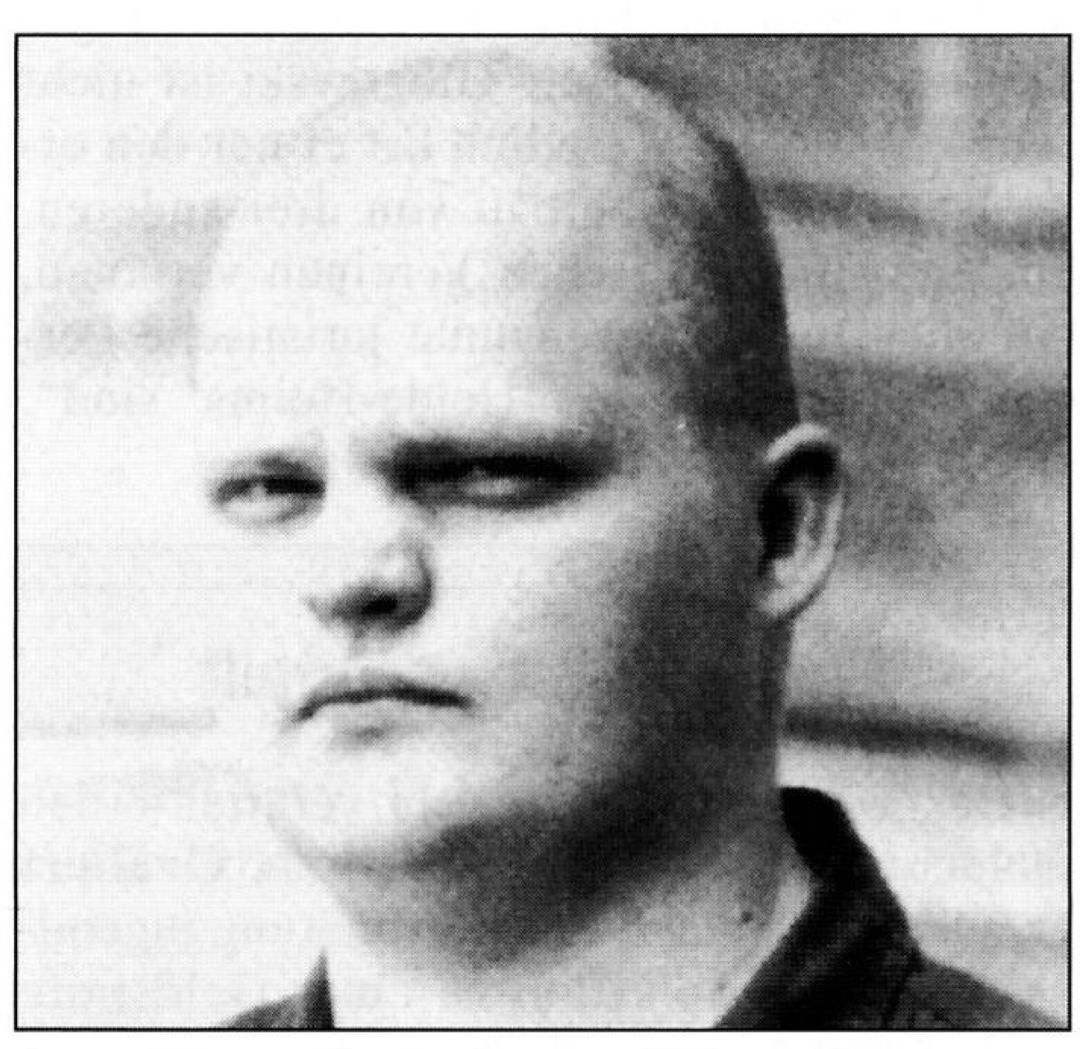
Über einen NPD-Redaktionssitz und ein braunes Siedlungsprojekt

Unruhe kam erst vor einigen Monaten auf: Anton Pfahler, Haus- und Grundbesitzer im bayrischen Dorf Sinning (Kreis Neuburg/Schrobenhausen) hatte einen Teil des ihm dort gehörenden Anwesens an die NPD vermietet - für die Redaktion des NPD-Zentralorgans "Deutsche Stimme". Der Wirbel war beträchtlich. Hatte der SPD-geführte Gemeinderat diesem Unternehmen vorerst zugestimmt, lenkte er - nachdem die ganze Geschichte öffentlich geworden war - recht schnell wieder ein. Die Naziblatt-Macher seien unerwünscht, wurde beschlossen, die NPD-Redaktion müsse draußen bleiben.

Der CSU-Landrat hat sich dieser Forderung inzwischen angeschlossen. Gegen diesen Beschluß klagt wiederum die NPD. Und sie hat bereits damit begonnen, in anderen nicht "genehmigungspflichtigen" Teilen des betreffenden Anwesens ihre Zeitungsproduktion in die Wege zu leiten und mit Flugblättern im Dorf für die "Deutsche Stimme" zu werben. Wie diese juristischen Auseinandersetzungen ausgehen werden, ist vorerst offen. Die öffentliche Diskussion allerdings hat sich inzwischen ausgeweitet: Hatten doch die bayerische VVN/BdA und ein regionales antifaschistisches Bündnis eine Pressekonferenz einberufen und offengelegt, daß der "unauffällige" (so der Bürgermeister der Gemeinde) **Anton Pfahler** so unauffällig doch nicht war - und daß er seit knapp zwei Jahren ein Siedlungsprojekt propagiert, das der ganzen Sache über die NPD-Niederlassung hinaus neue Dimensionen verleiht.

In der Zeitschrift "Huginn und Muninn" (1/96) veröffentlichte Anton Pfahler unter seiner Sinninger Adresse und mit dem Zusatz "Naturreligiöser Stammesverband der Bajuwaren" einen Brief an "Liebe Freunde". Darin steht über ein "Siedlungsprojekt Sinning/ Neuburg" zu lesen: "Wir können über einen Veranstaltungsraum von 60 qm mit Küche und Freisitz ca. 30 qm uneingeschränkt verfügen. (...) Für Gartenbau und Freizeit steht eine Freifläche von 4000 qm zur Verfügung. (...) Um unser Leben arteigen und damit im seelischen Gleichgewicht führen zu können, wünschen wir eine Ansiedlung von ähnlich denkenden Deutschen. Im Augenblick stehen ca. 300 qm Wohnraum zur Verfügung, von dem allerdings das meiste an Gleichgesinnte vermietet ist. (...) Wir planen die Errichtung von 6 Eigentumswohnungen in Eigenleistungen und mit staatlichen Zuschüssen. (...) Ab einer bestimmten Größenordnung beginnen wir mit dem Aufbau einer eigenen Lebensmittelversorgung (landwirtschaftlicher Betrieb), eigenem Kindergarten und vielleicht einer Grundschule, deren Lehrer vom Freistaat Bayern bezahlt werden müssen. Eigene Handwerksfirmen und Handelsgeschäfte sorgen für Arbeitsplätze und weiteres Kapital für unser Lebenswerk."

Ein "Handelsgeschäft", das Anton Pfahler - wie aus seinem Wohnumfeld verlautet - bereits "arteigen" betreibt, ist der Verkauf und die Vermietung von Militärfahrzeugen und anderen Militaria. Auf diesem Sektor scheint er langjährige Erfahrung zu haben, meldete doch die taz: "Als aktives Mitglied der Wehrsportgruppe (WSG) Hoffmann nahm er nicht nur an den paramilitärischen Übungen des Nürnbergers **Karl-Heinz Hoffmann** teil, sondern gründete in Neuburg an der Donau gleich eine eigene WSG. Nach deren Verbot 1980 beteiligte er sich an Hoffmanns schwunghaftem Autohandel mit dem Libanon. Als Hoffmann sich vor dem Nürnberger Schwurgericht wegen des Verdachts des Doppelmordes verantworten mußte, trat Pfahler als Zeuge auf." (taz, 20.1.98). Zur Erinnerung: Aus dem Umfeld der „WSG Hoffmann" kam 1980 auch der Attentäter **Gundolf Köhler**, dessen Bombenanschlag auf dem Münchner Oktoberfest 13 Tote und über 200 Verletzte forderte.



Jens Pühse, Ex-Kader der NF und heute im Bundesvorstand der NPD

Zur angeblichen "Unauffälligkeit" des Grundstückeigentümers wußte nun die Lokalzeitung "Neuburger Rundschau" zu berichten: "Gerade in jüngster Vergangenheit beobachteten Verfassungsschutz und Polizei verstärkt den Zuzug junger Leute aus dem gesamten Bundesgebiet, die der rechten Szene zuzuordnen seien. Pfahler gewähre den verschiedensten Gruppen Unterschlupf. (...) Eine Schlüsselfigur der rechten Szene und häufiger Gast auf dem Pfahlerschen Anwesen ist auch der Freisinger **Jens Pühse**. Das ehemalige Mitglied der verbotenen „Nationalistischen Front" betätigt sich ebenfalls als Nachwuchswerber für die Sache der Rechtsextremen. Organisierte er früher Grillparties für den Nachwuchs in Sinning, soll er Informationen unserer Zeitung zufolge künftig als Redakteur bei der 'Deutschen Stimme' von Sinning aus tätig werden."

Jens Pühse, der im bayerischen Freising einen Versandhandel mit Nazi-CDs betreibt, gehört zu den Kadern der verbotenen "Nationalistischen Front" (NF), die inzwischen in der NPD leitende Funktionen übernommen und sie zum neofaschistischen Koordinationszentrum ausgebaut haben. An den Jargon der NF erinnert auch eine Passage in Pfahlers "Bajuwaren"-Brief: "Kommen Sie und sprechen Sie mit uns über eine glücklichere Zukunft in einer irre gewordenen Zeit". Wie verkündete die NF noch wenige Monate vor ihrem Verbot 1992 bei einer Demonstration in Kelheim an der Donau (dort kandidierte damals NF-Funktionär **Andreas Pohl** - Zitat: "Wenn mal ein Türke auf dem Boden liegt, dann tritt mal natürlich rein" - für das Landratsamt): "NF. Die vernünftige Alternative zu einer kranken Welt". Die NF-Verbindung scheint jedoch nur ein Teil des Netzwerkes zu sein, das um das Pfahlersche Anwesen herum entstanden ist. Laut "Neuburger Rundschau" soll dort auch schon DVU-Chef **Gerhard Frey** gesichtet worden sein.

Der "Naturreligiöse Stammesverband der Bajuwaren", in dessen Namen Anton Pfahler für sein rechtes Siedlungsprojekt wirbt, ist eine Unterorganisation der "Arbeitsgemeinschaft Naturreligiöser Stammesverbände Europas" (ANSE), welche wiederum im Vorfeld des geheimbündlerisch strukturierten germanisch-heidnischen "Armanen-Ordens" agiert. "Huginn und Muninn" (benannt nach den beiden Raben auf Odins Schultern) ist die Zeitschrift der ANSE, in der neben allerlei Runen- und sonstigem esoterischen Firlefanz der "arteigen" rassistische Grundton auffallen genau wie die Anzeigen für Publikationen aus dem neofaschistisch-rechtsextremen Spektrum. Den "theoretischen" Hintergrund für "Armanen" und ANSE liefern die Schriften des österreichischen Antisemiten und Hitler-Inspirators **Guido von List**. Querverbindungen gibt es zwischen ANSE und "Armanenorden" wiederum zur "Artgemeinschaft e.V." des **Jürgen Rieger** mit ihrem Hetendorfer „Heideheim".

"Großmeisterin" der „Armanen", also gewissermaßen deren Hohepriesterin, ist **Sigrun Schleipfer**, Tochter eines NSDAP-Kreisleiters, die sich auch "Freifrau von Schlichting" oder "Hermine der Armanen" nennt. Neben ihr waren in ANSE-Funktionen **Heinrich Jörn Schönlaub** (mit guten Verbindungen zur NF) und **Klausdieter Ludwig**, ehemaliger Bankdirektor, Herausgeber des rechten Informationsdienstes "DESG-inform", Geschäftsführer der KEL-Unternehmensberater und Hansdampf in fast allen rechtsextremen Gassen, aktiv. Hinter Anton Pfahlers "bajuwarischem" Siedlungsprojekt scheint also - so verrückt es im Detail auch klingen mag - ein nicht unbedeutendes braunes Netzwerk zu stehen.

Inzwischen hat sich dagegen sowohl im Landkreis als auch überregional einiges an

Widerstand formiert - mit, wie sich gerade am Beispiel des niedersächsischen Hetendorf gezeigt hat, gar nicht schlechten Aussichten. Auch an einem bayerischen Fall können sich die Nachbarn des Pfahlerschen Anwesens orientieren: 1994 wollten die ANSE-FunktionärInnen Schleipfer und Ludwig in Münsing am Starnberger See eine "Rechtsberatungs"-Stelle für "nationale" Kreise einrichten - nach massiven, von den Medien tatkräftig unterstützten, Bürgerprotesten wurde das Projekt schnell sang- und klanglos wieder eingestellt. Allerdings: Zu den Protestierenden am Ufer des Starnberger Sees gehörten Anrainer wie Vicco von Bülow (Loriot) und die SchauspielerInnen Jennifer Minetti und Sepp Bierbichler. Solch medienwirksame antifaschistische Prominenz findet sich im Landkreis Neuburg/ Schrobenhausen leider kaum.

▼

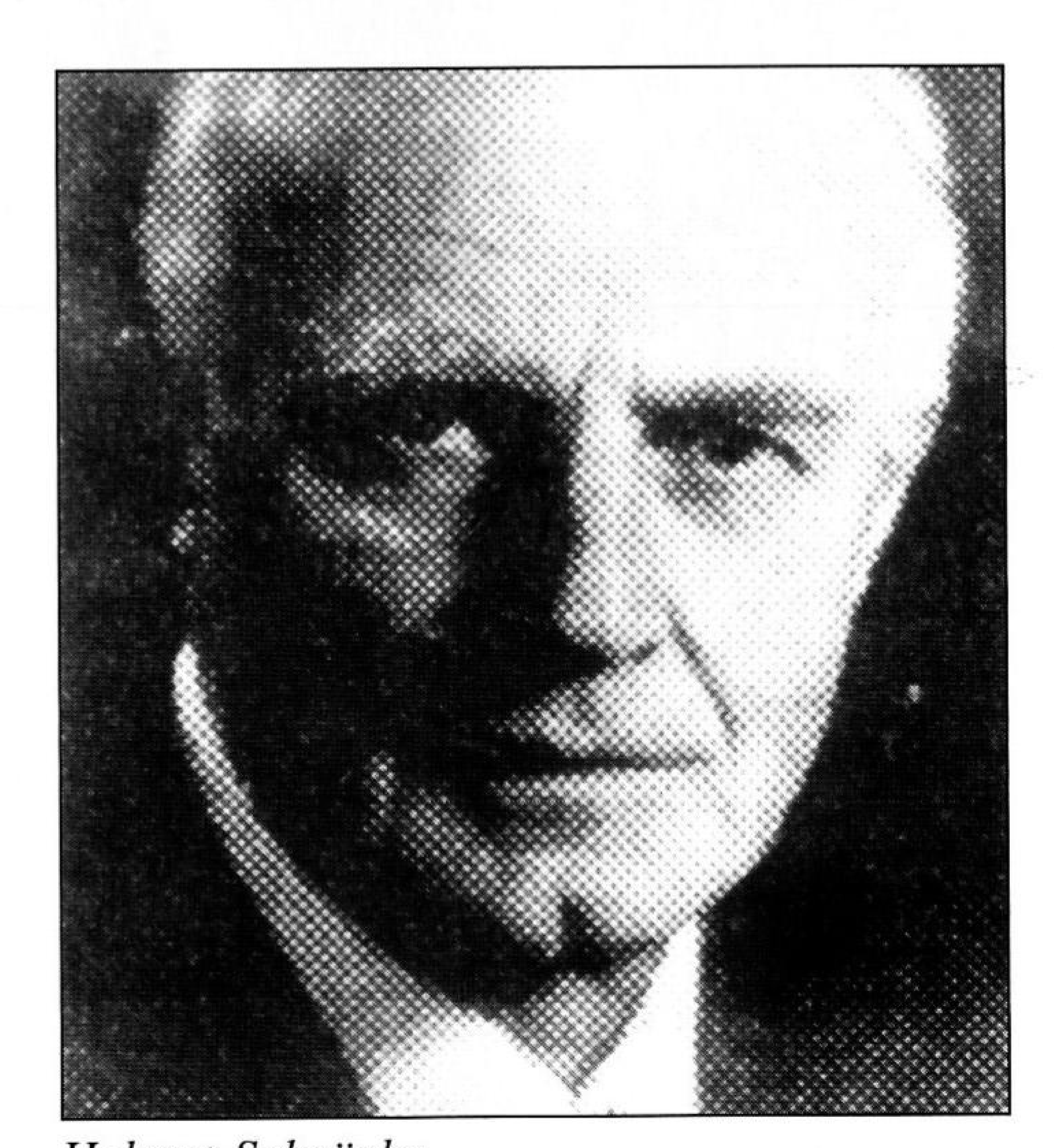
Sebastian Schwarz

Braunes Hetzpamphlet

Seit einigen Monaten kursiert in der bundesdeutschen Naziszene sowie in der sogenannten Braunzone eines der übelsten rassistischen und antisemitischen Hetzpamphlete, das, mit Namensnennung von Unterstützern, in den letzten Jahren erschienen ist: Der „Aufruf an alle Deutschen zur Notwehr gegen die Überfremdung".

Das Machwerk mit angeblich unbekannten Herausgebern tauchte erstmals Mitte September 1997 auf. Die Auflage soll 110.000 Exemplare betragen, wobei derzeit die Verbreitung sogar auf bis zu über 200.000 Stück geschätzt wird. Nach Angaben des Bundeskriminalamts (BKA) wird die Schrift auch als Kopie und teilweise auf Diskette verteilt. In dem Pamphlet ist gleich zu Beginn klar, worum es geht: „Wir, die Unterzeichner, rufen alle Volkstreuen Deutschen zur Notwehr auf gegen den von der Staatsführung amtlich geplanten und mit brutalen Methoden durchgeführten Völkermord am Deutschen Volke". In diesem Rassenwahn und gnadenloser „Blut- und Bodenideologie" geht es auf den folgenden Seiten weiter. Da heißt es, daß „die von uns täglich erlebten Schritte der Gehirnwäsche, die allesamt gezielt die Ersetzung des Deutschen Volkes (...) durch fremde Völker vollziehen" sollen. Es wird von „einer Menschenflut, die uns erdrücken und auslöschen wird" gefaselt, wobei damit das Asylrecht gemeint ist, welches letztlich der „faktischen Versklavung der Deutschen dient" und „das deutsche Volk erst einen Krieg auf deutschen Boden aussetzen, dann ausrotten (wird)." Doch nicht genug der irren Wahnvorstellungen: Gemäß der verquasten Ideologie von Neonazis existiert natürlich ein „Geheimvertrag Kohl-Galinski". In klassischer „Stürmer-Manier" heißt es, „Wir schätzen ganz vorsichtig, daß hier einige Millionen Juden nach Deutschland einwandern werden, wenn wir es nicht verhindern." Der Vertrag muß „zum Krieg in Deutschland führen, und er wird aus Deutschland ein zweites Palästina machen", so die Hetzschrift.

Wer nun meint, diesen Schwachsinn wird keiner öffentlich verbreiten, der sieht sich getäuscht. Die Liste der Unterstützer und Unterstützerinnen ist gleich 65 Namen lang. Auffällig dabei die stattliche Anzahl von akademischen Graden, eine Masche der Nazis, die so neu nicht ist. Bereits das rassistische „Heidelberger Manifest" wurde von einer Reihe rechtsradikaler „Akademiker" unterzeichnet und gerade bei den Revisionisten werden ebenfalls häufig akademische Grade benutzt. Sie sollen den Anschein von Seriösität erwecken und damit glaubwürdiger wirken. Diesmal jedoch dienten die Unterzeichner nicht nur diesen Motiven, sondern sie finanzierten das Heft gleich noch mit. Jeweils 1.000 DM wurden bezahlt, das macht 65.000 DM - eine beträchtliche Summe. Also eine Unterschrift, die man sich länger überlegt. Insofern können Ausflüchte, wie, 'ich wußte ja nicht was da drin steht', als reine Schutzbehauptungen angesehen werden. Unter den



Helmut Schröcke

Unterzeichnern befinden sich neben einigen unbekannteren Personen, eine ganze Anzahl „prominenter" Rechtsradikaler. Zu nennen wären da **Helmut Schröcke** aus Kottgeisering, Mitglied des „Witikobund" und einer der wesentlichen Initiatoren des „Heidelberger Manifestes", **Emil Schlee**, Ex-Mitglied der CDU und der „Republikaner", Träger des Bundesverdienstkreuzes und zuletzt Vorsitzender des „Aufbruch 94" **Friedhelm Kathagen**, verurteilt wegen Volksverhetzung, **Helmut Fleck** aus Siegburg, Ex-REP-Funktionär und Bundesvorsitzender der revanchistischen Kleinstpartei „Bündnis für Deutschland"; **Klaus Weinschenk**, Ex-REP-Funktionär aus Berlin oder **Wilhelmine Steffens**, langjährige WJ- und NPD-Funktionärin.

Doch es finden sich auch „honorige" Rassisten als Unterstützer. Da wäre zum Beispiel **Hans Georg Hess** aus dem kleinen Idensen bei Wunstorf in Niedersachen. Der ehemalige Marineoffizier und Mitglied der „Reservekameradschaft der Bundeswehr" ist nach eigenen Angaben in mehreren Unternehmerorganisationen tätig und amtiert als Vorsitzender der „Notgemeinschaft der SBZ/DDR Geschädigten". Der Rechtsanwalt tut seine Meinung auch als Leserbriefschreiber in der „Jungen Freiheit" kund. Oder der 84jährige **Edzard Folkers** aus Syke. Er war zum Zeitpunkt seiner Unterschrift Ehrenvorsitzender des Syker „Verkehrs- und Bürgervereins" sowie des „Heimatbundes" im Landkreis Diepholz. Er trat aus beiden Vereinen nach Bekanntwerden des Hetzwerkes aus und kam damit seinem Ausschluß zuvor. Gegenüber dem Bremer „Weserkurier" erklärte Folkers, er hätte nie einen Abdruck gesehen.

Eine Behauptung, der der Verdener Arzt **Rigolf Hennig** vehement widerspricht: „Wer behauptet, er habe nichts vom Inhalt gewußt, dem tret ich in den Arsch", so lautet seine Aussage. Hennig, langjähriger Vorsitzender der „Deutschen Liga für Volk und Heimat" in Niedersachsen, zählt ebenfalls zu den Unterzeichnern und will die Namen der Herausgeber des „Aufrufs" wissen.

Mittlerweile sah sich auch die Staatsanwaltschaft genötigt einzugreifen. Zuständig ist die Staatsanwaltschaft in Dresden, wo angeblich die Schrift hergestellt wurde. Das BKA ist eifrig bemüht, rege Geschäftigkeit nachzuweisen, denn es seien angeblich „soviele Ermittlungsverfahren im Gange, daß wir ihre genaue Zahl momentan nicht feststellen können", lautet die Erklärung. Etwas verwunderlich, eine kurze Computerabfrage dürfte da wohl weiterhelfen. Es fanden einige Haussuchungen bei Unterzeichnern statt. In Norddeutschland waren u.a. Folkers sowie **Hugo Schrag** (Delmenhorst) und **Hildegard Newzella** (Bremen) betroffen. Größere Mengen der „Aufrufe" wurden dabei jedoch nicht gefunden. Auf den bisher wohl größten Fund stieß die Polizei in Eglingen bei Reutlingen. Etwa 6.500 Exemplare wurden bei dem 46jährigen **Arnold Gestrich**, einem Ex-Kreisvorstandsmitglied der NPD und ehemaligen Aktivisten der „Wiking Jugend" sichergestellt. Allerdings ein Zufallsfund, richtete sich die Durchsuchung ursächlich gegen Gestrich, weil er 10.000 Exemplare des Buches „Evolution des Wissens" des österreichischen Nazis **Herbert Schweiger** geliefert bekommen haben soll.

Der „Aufruf an alle Deutschen ..." zirkuliert aber nicht nur in Neonazikreisen. Selbst am Rande einer Veranstaltung der „Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung" (OMV) im Dezember '97 in Hannover - man versprach sich wohl auf Interessenten zu stoßen - wurde die rassistische Hetze offen verteilt. Ein Herr **Heisig** versicherte dort, er könne bei Bedarf jederzeit mehr von den Heften besorgen. Fraglich ist nach wie vor auch die Rolle des Rechtsanwalt **Günter Lamotte** aus dem hessischen Friedberg. Auf sein Konto wurden die Spendengelder jedenfalls eingezahlt. Es liegt also nahe, daß Lamotte mit den Urhebern, wenn er schon nicht dazu gehört, zumindest in engem Kontakt steht. Bleibt abzuwarten, wie die bundesdeutsche Justiz in dieser Angelegenheit weiter verfährt.

Sebastian Schwarz

Auf strammem Rechtskurs

Der „Bund Freier Bürger“ und die „Offensive für Deutschland“ haben fusioniert

Am 25.Januar 1998 kam es in Berlin, wie geplant, zum Zusammenschluß des „Bund Freier Bürger“ (BFB) und der FDP-Rechtsaußen-Gruppierung „Offensive für Deutschland“ (OFD). Beide Gruppierungen firmieren demnächst unter dem Namen „Bund Freier Bürger - Offensive für Deutschland/Die Freiheitlichen“ (BFB/OFD). Nicht geplant war allerdings, daß der Ex-Generalbundesanwalt Alexander von Stahl nach seinem Scheitern auf dem FDP-Landesparteitag der Neugründung die kalte Schulter zeigte.

Überraschend ging einen Tag vorher die Wahl zum Landesvorsitzenden der Berliner FDP aus. Zwar verlor **Alexander von Stahl**, wie vorausgesagt, die Wahl gegen den amtierenden und neuen Landesvorsitzenden Martin Matz, aber mit 143 Stimmen (43,2%) der Delegierten konnte von Stahl sein Ergebnis im Vergleich zur letzten Wahl erheblich verbessern. Das Ergebnis belegt die Tatsache, daß mittlerweile „nationalliberale“ Positionen innerhalb der FDP durchaus konsensfähig sind. So war es auch nicht weiter überraschend, daß, nach der Wahl, Redner beider „Lager“ ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit kundtaten und einen gemeinsamen Weg beschworen. Von Stahl dagegen wird nicht mehr als Kandidat für die FDP antreten, denn er möchte nicht der „ewige Verlierer sein.“ Als innerparteilicher Nachfolger von ihm wird **Axel Hahn** gehandelt. Der 38jährige ist Bezirksvorsitzender der FDP in Neukölln, und, als „Schüler von Arnulf Baring besser ausgebildet ...“ als von Stahl, erklärte er in einem Interview. Mit der Wahl von Axel Hahn zum stellvertretenden Parteivorsitzenden sowie **Joachim Josewski** und **Alexander Fritsch** als Beisitzer im Parteivorstand wurde der rechte Flügel einigermaßen zufriedengestellt und ist im Parteivorstand besser vertreten als noch vor zwei Jahren.

Nicht zufriedengestellt zeigten sich dagegen **Markus Roscher** und knapp 20 weitere FDP-Mitglieder, die die Partei verließen, um medienwirksam einen Tag später im „Forum-Hotel“ auf dem Parteitag des BFB aufzutauchen und ihren Übertritt zu erklären. Eigentlich hatten die etwa 300 Besucher des Parteitags ja von Stahl erwartet, aber dieser meint, „daß auch dieser Versuch einer Parteineugründung zum Scheitern verurteilt ist“ und bleibt der FDP treu. So blieb es dem 34jährigen Rechtsanwalt Roscher, der in einem Grußwort betonte, jetzt „daheim“ zu sein, vorbehalten, einer der stellvertretenden Bundesvorsitzenden zu werden. Die „Deutsche Soziale Union“ (DSU) sowie die „Deutsche Partei“ (DP) konnten sich dagegen vorerst nicht entschließen, dem BFB/OFD beizutreten.

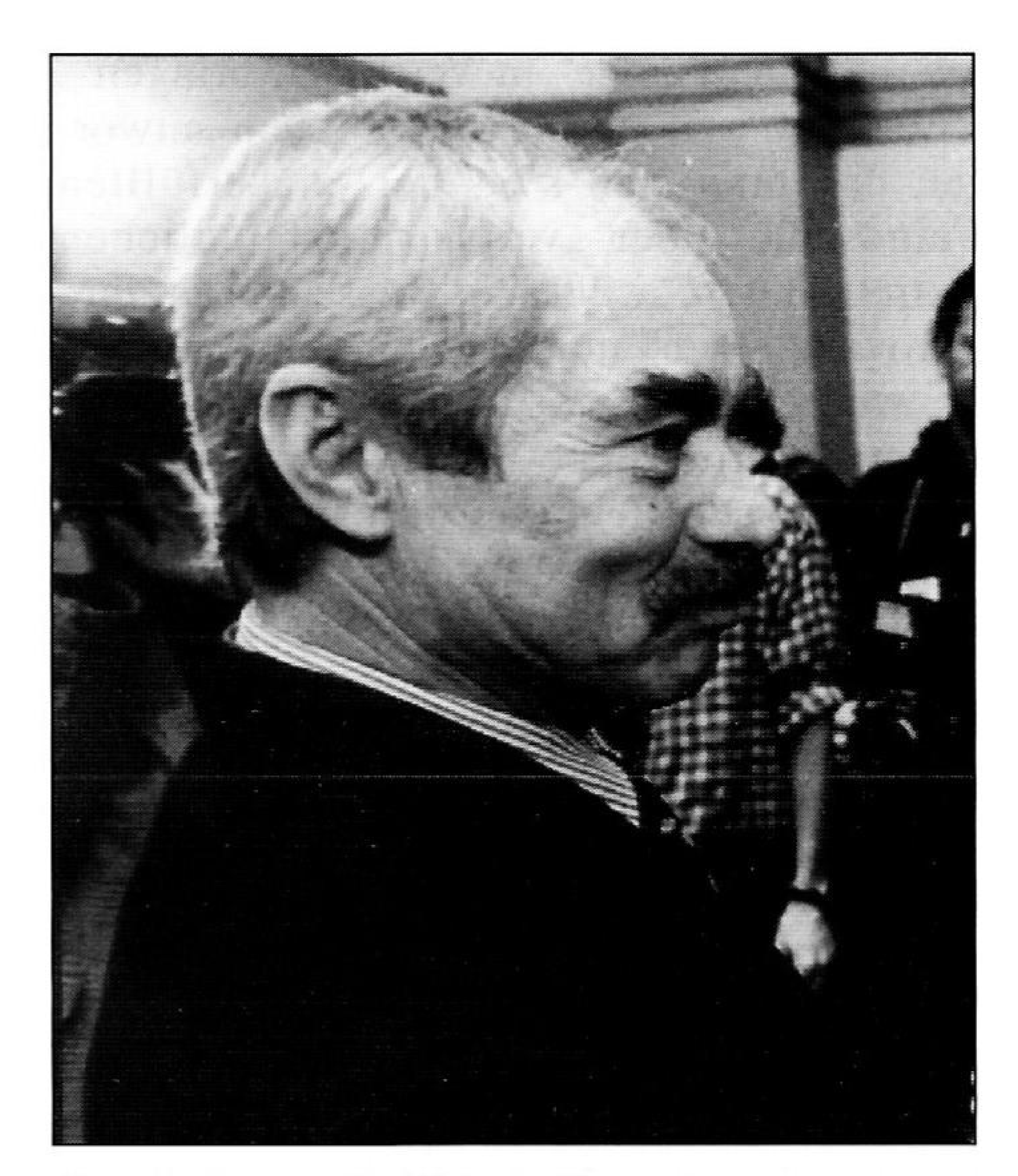
Um die DSU buhlen derzeit auch noch „Die Republikaner“ (REP) - offenbar mit mehr Erfolg, denn zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt werden die DSU, REP und die „Demokratische Erneuerung“ (DE) auf einer gemeinsamen Liste kandidieren. Dennoch schließt BFB-Chef **Manfred Brunner** keine Doppelmitgliedschaften bei BFB und DSU aus. Die Abgrenzung zu den REP scheint eh nur noch auf dem Papier zu bestehen. Inhaltlich ist längst kein elementarer Unterschied mehr zu erkennen. So sieht es auch **Joachim Nothdurft**, Landesvorsitzender der DSU-Sachsen-Anhalt und Besucher des letzten REP-Bundesparteitages, wo er auch eine Rede hielt, in der er meint: „ ...denn ich habe die Reden von Dr. Schlierer und Manfred Brunner gehört und konnte inhaltlich keine wesentlichen Unterschiede erkennen“. Eine Tatsache, der sich der Bundesvorsitzende der REP, **Rolf Schlierer**, nicht verschließt. Er sieht ebenfalls in der Innen- und Europapolitik keine Unterschiede mehr zwischen den Parteien und hofft für die Zukunft, daß sich das Verhältnis zum BFB/OFD verbessert. Hoffnungsträger für Schlierer scheint dabei **Heiner Kappel** zu sein, mit dem er sich bereits vor einigen Monaten zu einem Gedankenaustausch traf. Der Vorsitzende der DP, **Johannes von Campenhausen**, betonte in einem Grußwort die Gemeinsamkeiten und sprach sich für eine Partnerschaft aus. Geplant ist, daß Mitglieder der DSU und DP auf Landeslisten für den BFB/OFD kandidieren sollen. Etwas überraschend, aber nicht von ungefähr, gelten die „Vertriebenen“ doch als wichtiges Stimmenpotential beim BFB/OFD, tauchte auf dem Parteitag mit **Paul Latussek** der Vizepräsident des „Bund der Vertriebenen“ (BdV) auf, der erst kürzlich zum Vorsitzenden der Kleinstgruppierung „Wählergemeinschaft deutscher Heimatvertriebener und Entrechteter“ (WDHE) gewählt worden war. Ob sich Latussek beispielsweise durch die Aussagen in einem Interview mit dem Nazi-Blatt „Deutsche Wochenzeitung“ vom 23.1.98 für seinen neuen Posten als stellvertretender Bundesvorsitzender qualifiziert hat, blieb offen.

Auf die Frage, welche deutsche Leistung er für die größte der Geschichte halte, antwortete er: „Die Leistung, die im Zweiten Weltkrieg erbracht wurde.(...) Was im zivilen und militärischen Bereich geleistet wurde, ob nun freiwillig oder unfreiwillig, sei dahingestellt, die Opfer, die erbracht wurden sowie die Überwindung der Leiden, denen unser Volk ausgesetzt war, stellen eine in der Geschichte einmalige kollektive Leistung unseres Volkes dar.“ Daß dies andere Menschen, beispielsweise die der Vernichtung ausgesetzten Juden, Verfolgte des Naziregimes oder die Bevölkerungen der von Nazi-Deutschland überfallenen Länder durchaus anders sehen, scheint selbst Latussek zu ahnen, denn er räumt ein, daß er „... entsprechend der Fragestellung unter der größten Leistung nicht die für die Menschheit beste oder großartigste Leistung verstehe ...“. Latussek kennt auch sonst keinerlei Berührungsängste mit dem neofaschistischen Lager, beispielsweise dem neofaschistischen Monatsheft „Nation & Europa“, in dem er einen Grundsatzartikel zu den „Neue(n) Aufgaben des BdV“ veröffentlichte, oder der rechtsradikalen Kulturgemeinschaft „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP), bei der er referierte.



BFB-Chef Manfred Brunner, Markus Roscher und BdV-Vize Paul Latussek (v.l.n.r.)

Nahezu einstimmig wurde Heiner Kappel von den Delegierten zum Generalsekretär des BFB/OFD gewählt. Kappel brachte in die neue Partei eine nicht unerhebliche Anzahl ehemaliger FDP-Mitglieder, vor allem aus Berlin, Hessen, NRW und Niedersachsen, mit ein. In seiner Rede machte er zum wiederholten Male gegen „nichtdeutsche“ Menschen Stimmung. Er rügte „die maßlose finanzielle Versorgung abgelehnter Asylbewerber ...“, die angeblich „... ge-



Generalsekretär Heiner Kappel

genüber sozialschwachen Deutschen privilegiert seien." Eine Begebenheit, die sowieso bald der Vergangenheit angehören soll.

In einem Interview mit dem „Ostpreußenblatt" gab der Bundesvorsitzende Manfred Brunners die Zielrichtung vor: „Wir wollen das Individualrecht auf Asyl abschaffen", hieß es dort. Brunner, der offensichtlich mittlerweile alle Hemmungen verloren hat, wagt sich in dem Interview aber noch weiter vor: „Ich würde den Artikel 23 wieder ins Grundgesetz aufnehmen", verkündet er vollmundig - und fordert damit indirekt ein Deutschland in den Grenzen von 1937. Der Artikel 23 gewährte allen Gebieten, die bis zum 31.12.1937 Teil des Deutschen Reiches waren, das Beitrittsrecht zur Bundesrepublik Deutschland.

Bis zur Bundestagswahl im September bleibt allerdings noch viel zu tun. So müssen rund 30.000 Unterstützungsunterschriften gesammelt werden und noch fehlt es an funktionsfähigen Landesverbänden. Für März planen Kappel und Brunner deshalb eine „Deutschland-Tournee", die mit mehreren Großveranstaltungen für den BFB/OFD werben soll. Damit der Wahlkampf auch so richtig auf Trab kommt, baut der BFB/OFD auf bewährte „Einzelfälle" aus der Bundeswehr: **Ulrich Quante**, ehemaliger Kommandeur der Fallschirmspringerschule in Altenstadt, und dem bisherigen Stabschef der 1. Gebirgsdivision, **Hammel**, wurde das Wahlkampfmanagement übertragen. Der „Franz-Josef-Strauß-Kaserne" in Altenstadt, deren Kommandeur Quante bis 1994 war, widmete der „Stern" wegen der zahlreichen rechtsradikalen Vorfälle in der Kaserne bereits einmal einen Artikel. Dort waren Feiern anläßlich Hitler's Geburtstag, des Beginn des Zweiten Weltkrieges am 1.September oder der Landung der deutschen Fallschirmjäger auf Kreta am 20.Mai an der Tagesordnung. In dem Artikel hieß es weiterhin, „Soldaten-Vorbild Quante war bekannt für seinen unkritischen Umgang mit der Vergangenheit. Bei der Taufe der Altenstädter Kaserne auf den Namen Franz-Josef-Strauß am 4.Mai 1993 sorgte der Kommandeur für einen Eklat: Im Festprogramm warb er um Spenden für die 'Kriegskasse' seiner Fallschirmjägerschule und ließ ein Fallschirmspringer-Lied von 1938 singen".

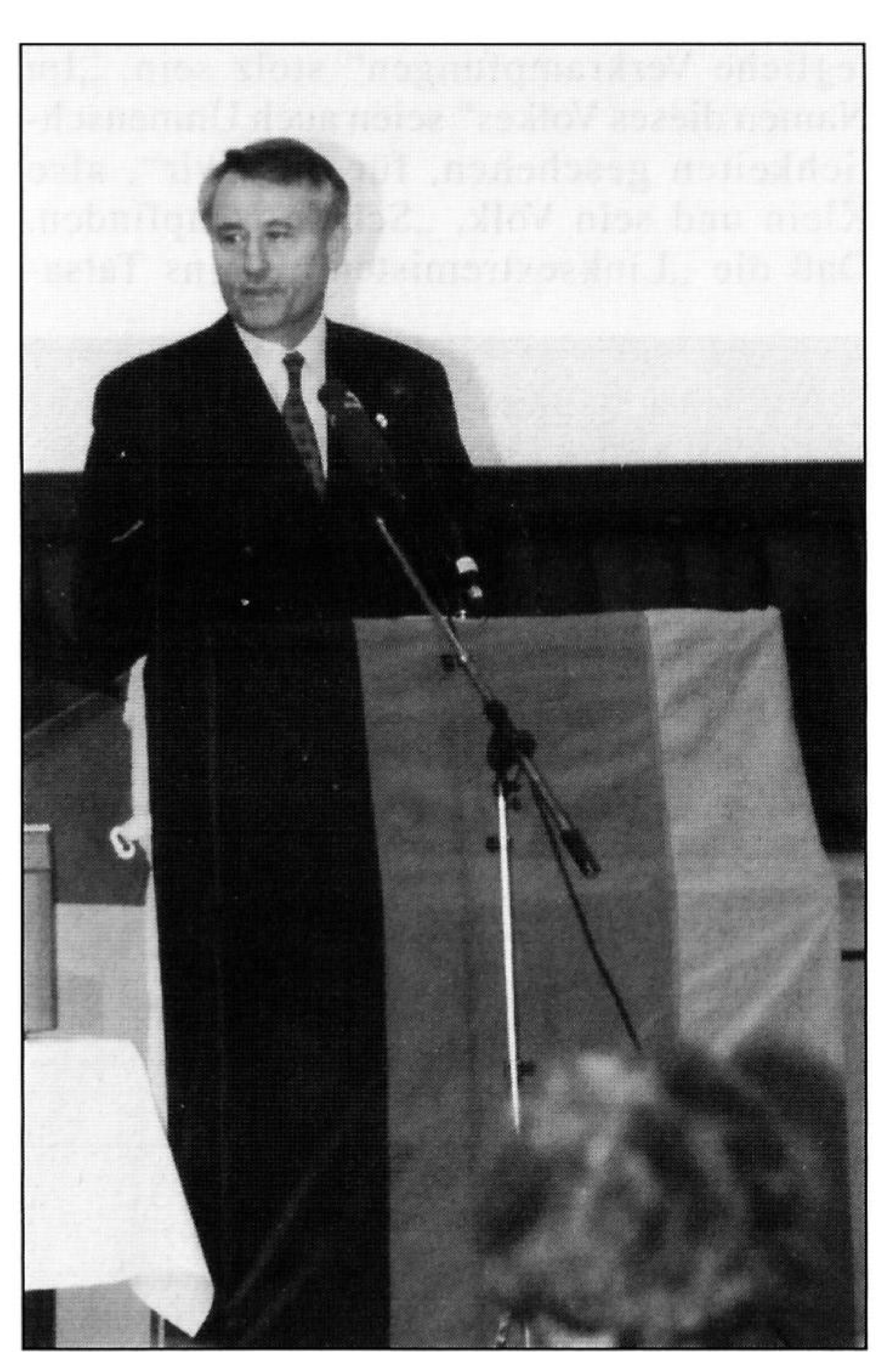
Da stellen sich dann wirklich keine Fragen mehr, wohin die „Offensive" führt.

Matthias Rauch

„Jetzt kommt der General"

Im Heimatort von Heiner Kappel, Bad Soden, hat der „Bund freier Bürger / Offensive für Deutschland" (BFB/OFD) seinen ersten Ortsverband gegründet. Der mit den Worten „jetzt kommt der General" Vorgestellte hatte seine Truppen zur Gründung gleich zweimal antreten lassen.

Bereits Anfang Februar war die Gründung des Ortsverbandes angesetzt. Doch - oh Wunder - die Stadtbibliothek der verschlafenen Kurstadt war zu klein, man gab sich erstaunt und mußte vertagen. Beim nächsten Mal war der Raum zwar größer, aber von vorhinein genug Stühle aufzustellen, wäre unspektakulär gewesen, schließlich war die als Gründung des Ortsverbandes angekündigte Veranstaltung der erste Wahlkampfauftritt des politischen Bündnisses. Ständig wurden neue Stühle gebracht, man gab sich erstaunt über den Zulauf. Das Konzept ging auf, die Truppe von **Heiner Kappel** war beim zweiten Auftritt auf 300 angewachsen und auch zahlreiche Pressevertreter waren erschienen. Da störte es kaum, daß die wenigsten der Teilnehmer aus Bad Soden stammten. Den Besuchern bot sich wenig Neues. Die bekannten Parolen gegen die Währungsunion, Kritik am angeblichen Sozialstaat und jeweils eine gehörige Portion Wohlstandschauvinismus, kleinbürgerlicher Besitzängste und Rassismus. Besonders hier will sich der BFB/OFD profilieren und dafür sorgen, daß Bundesinnenminister Kanther nicht nur brüllen, sondern auch mal handeln dürfe.



Johann A. Eichhorn, stellvertretender Ortsvorsitzender des BFB/OFD

Von der angekündigten Gründung eines Ortsverbandes war wenig zu spüren. Diese und die Wahl des Vorstandes war still und heimlich schon vorher erfolgt. Den derzeit 45 Mitgliedern des Ortsverbandes steht Heiner Kappels Tochter **Julia Kappel** vor, ihre Stellvertreter sind **Johann A. Eichhorn** und **Dieter Imhoff**.

Das Ziel des Bündnisses ist der Einzug in den Bundestag, doch schon das Erreichen der 2000 Unterschriften für die Zulassung scheint Probleme aufzuwerfen. Denn der angekündigte Zulauf ist bisher ausgeblieben. Lediglich bekannte Vertreter der rechten FDP- und CDU-Flügels sind bisher übergetreten. So der langjährige Kreisvorsitzende der „Schülerunion" im Hochtaunus-Kreis **Philipp Byers**, der bereits während der Proteste gegen die Wehrmachtsausstellung in Frankfurt seine Nähe zum Rechtsextremismus gezeigt hatte. Übergetreten sind auch **Christian Hill**, **Johannes Schroth** und **Will Turturica** von der Wiesbadener FDP. Ihre Übertritte wurden per Presseerklärung verbreitet, ein weiteres Indiz dafür, daß die Situation des Bündnisses nicht sehr rosig ist und Öffentlichkeit um jeden Preis benötigt wird. Ansonsten hört man von dem angekündigten Zulauf nur von der Partei selbst. Dies ist mit ein Grund für den ersten Streit zwischen den Parteiführern Kappel und **Manfred Brunner**. Während Kappel vor allem in den Reihen der bekannten Rechtsparteien Mitstreiter rekrutieren will, widerstrebt dies Brunner noch. Es setzt lieber weiter auf Bündnisse. So haben bereits erste Gespräche mit der „Deutschen Partei" und der „Deutschen Sozialen Partei" über eine Fusion stattgefunden. Auch auf kommunaler Ebene gibt es bereits die ersten Machtquerelen: Kappel ist wegen der Gründung des Ortsverbandes mit dem Kreisvorsitzenden **Dietmar Jerger** aneinandergeraten. Dieser hatte sich mit der Gründung des Ortsverbandes übergangen gefühlt und berief sich auf das Parteistatut, nach dem er erst um Erlaubnis gefragt werden müsse.



Julia Kappel, Ortsvorsitzende des BFB/OFD in Bad Soden

Samuel Salzborn

Die „Konrad-Adenauer-Stiftung" klärt auf

CDU-naher Anti-Antifaschismus

Jüngst hat die CDU-nahe „Konrad-Adenauer-Stiftung" (KAS) die 44. Broschüre in ihrer Reihe „Aktuelle Fragen der Politik" veröffentlicht. „Solange die sozialistischen Systeme 'real existierten', galt der Linksextremismus als der gefährlichste Gegner, nach ihrem Ende 1989 rückte der Rechtsextremismus ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Aber die Gefahr des Linksextremismus darf nicht vernachlässigt werden", beschreibt die KAS die Intention der neuen Schrift, die folgerichtig den Titel „Linksextremismus - eine vernachlässigte Gefahr" trägt.

Neben dem Geschäftsführenden Vorsitzenden der KAS, **Gerd Langguth**, der sich mit der PDS auseinandersetzt, ist auch ein Ministerialdirektor des Bundesinnenministeriums, **Reinhard Rupprecht**, mit einem Beitrag zur Frage der „Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus" vertreten. Desweiteren betrachtet der „Extremismusforscher" **Rudolf van Hüllen** den „Linksextremismus" historisch, wobei er als eines seiner strategischen Konzepte, das der Erringung der „Kulturellen Hegemonie" zu erkennen glaubt. Unter Bezugnahme auf Gramsci wurde dieses Konzept - in mindestens den letzten zehn Jahren eigentlich, so möchte man glauben, ein explizit rechtes Konzept - von der französischen „Nouvelle Droite" zur deutschen „Neuen Rechten" exportiert. Besondere Beachtung verdient jedoch ein Aufsatz von **J. Kurt Klein**, der von der KAS als Publizist vorgestellt wird. Sein Thema: „Strategien der Immunisierung gegen den Mißbrauch des Antifaschismus als politisches Kampfmittel".

Während van Hüllen sich noch in aberwitzigen Behauptungen, wie z.B. der, daß wer in der Monatszeitschrift „konkret" als Nazi definiert und in der antifaschistischen Zeitschrift DER RECHTE RAND „als Ziel aufbereitet" würde, sich nicht wundern müsse, „wenn solcher 'antifaschistischen Aufklärung' die revolutionäre Praxis" folgen würde, ergeht, wird Klein deutlicher: Faschismus stehe, so behauptet Klein, derzeit für alles, was rechts sei und der Faschismusvorwurf werde „von allen Linksextremisten und vielen Linksradikalen als politischer Diffamierungsbegriff pauschal gegen alle Kritiker des Sozialismus und Kommunismus" angewandt. Die „linksanarchistischen sogenannten 'Autonomen'" würden ihn dabei in „besonderer, gewaltbereiter Weise" instrumentalisieren. Klein geht bei seinen Theoremen davon aus, daß es eine „Wesensidentität von Nationalsozialismus und Kommunismus" gebe und es gehöre schon ein „krankhaftes Maß von Ignoranz" dazu, so Klein, die „historischen Tatsachen" nicht zu sehen.

Für solch eine Tatsache hält der eifrige Aufklärer auch, daß die deutsche Nation „in der Geschichte unseres Kontinents und der Welt großartige Leistungen vollbracht" habe. Auf diese sollte es, das deutsche Volk, „ohne jegliche Verkrampfungen" stolz sein. „Im Namen dieses Volkes" seien auch Unmenschlichkeiten geschehen, für die „wir", also Klein und sein Volk, „Scham" empfinden. Daß die „Linksextremisten" Kleins Tatsachen bisweilen kritisch hinterfragen, bringt den Agitator zu dem Schluß, daß „bei den Antifaschismus-Agitatoren rationale Argumente kaum Eindruck hinterlassen". Was widerum daran liegen soll, daß diese im „Schwarz-Weiß-Denken befangen, rationalen Argumenten kaum zugänglich und - nicht selten - voller klassenkämpferischen Hasses" seien. Für den Fall, daß der Einwand kommen könnte, daß auch aus dem bürgerlichen Spektrum bisweilen antifaschistische Initiativen aufgegriffen und weiterentwickelt werden, hat Klein auch die passende Antwort parat: „Daß viele 'bürgerliche' Geister den wahren Charakter der 'Antifa'-Agitation verkennen, stempelt sie zu 'nützlichen Idioten', ändert aber nichts an der Tatsache."



Altbundeskanzler Konrad Adenauer - Namenspatron der CDU-nahen Stiftung

Daß es völlig falsch sei, sich gegenüber den „linksextremen" Antifaschisten verbal zu verteidigen, stellt Klein fortführend fest, weil diese „in ihrer Agitation skrupellos" seien und ihnen „jedes Mittel recht" sei, um die „verhaßten 'Feinde' in Verruf zu bringen". „Was tun?", fragte Lenin und Klein antwortet, daß man sich stets der „haßerfüllten Feindschaft" der „verfassungsfeindlichen Extremisten" bewußt sein müsse und auf ihre „Provokationen" nur deshalb eingehen müsse, weil es um die „Überzeugung der sogenannten 'Drittgruppe'" gehe. Dieser „Drittgruppe", nach Klein im Optimalzustand eine „heterogene Struktur auch aus Bürgern, die der freiheitlichen demokratischen Grundhaltung zuzuordnen sind", muß der Nicht-Extremist sich bei öffentlichen Veranstaltungen zuwenden und deren Ohr gewinnen.

Und was, wenn der vermeintlich demokratischere Demokrat sich der Herausforderung der „direkten Auseinandersetzung mit Extremisten" nicht gewachsen sieht? Er sollte ihr aus dem Weg gehen, meint Klein und erklärt über seine Gegner: „Diese wollen bewußt provozieren und die Grenzen ausloten, bis zu denen der 'Feind' getrieben werden kann. Vielleicht hilft hier eine Empfehlung weiter, die der 'Eiserne Kanzler' Otto von Bismarck gegeben haben soll: 'Höflichkeit bis zur letzten Galgensprosse, aber gehenkt wird doch!'"

Als Fußnote sei noch vermerkt, daß die „Konrad-Adenauer-Stiftung" laut Bundeshaushaltsplan in diesem Jahr mehr als 55 Millionen Mark aus dem Bundeshaushalt bekommt.

Es ließe sich jetzt ausführlich darüber spekulieren, was Herr Klein unter seinem publizistischen Schaffen subsumiert bzw. von welchen Projekten er sich als Publizist in Dienst stellen läßt. Zwei Hinweise sind jedoch in diesem Zusammenhang von erheblich mehr Bedeutung: Erstens der, daß seine grundsätzlichen Argumentationsfiguren, wie auch sein Jargon, doch stark an die theoretische Schule des **Hans-Helmuth Knütter**, die von **Uwe Backes** und **Eckhard Jesse** oder die der **Antonia Grunenberg** erinnert, deren inhaltliche Grundlagen ausführlich von Raimund Hethey im DRR-Sonderheft Nr.1 zur „Anti-Antifa" herausgearbeitet wurden.

'Höflichkeit bis zur letzten Galgensprosse, aber gehenkt wird doch!' (Otto von Bismarck)

Neben dem Verweis auf den sprachlich geschickt verpackten, qualitativen Sprung des „... aber gehenkt wird doch!", der in einer Schrift postuliert wurde, die von einer parteinahen Stiftung einer der an der Regierungskoalition beteiligten Parteien veröffentlicht wurde, sei zweitens noch angemerkt, daß z.B. **Hartmut Koschyk** (CSU-MdB) an der in derselben Reihe erschienen KAS-Schrift „Die Diktatur der SED - Geschichte und Folgen" mitgewirkt hat. Koschyk ist Vorsitzender des „Vereins für das Deutschtum im Ausland" (VDA), dessen Name Programm ist. Bei der Mitgliederversammlung des VDA am 10.Oktober 1997 wurde der oben erwähnte Knütter übrigens zum Ersatzkandidaten des VDA-Verwaltungsrates bestimmt. Wer sind hier eigentlich die „Extremisten"?

Alexandra Kurth

„Ehre, Freiheit, Vaterland“

Die Konflikte um das Paulskirchen-Jubiläum (vgl. DRR Nr.50) zeigen gleichsam exemplarisch den hohen Stellenwert, dem Geschichte und Tradition im Verbandsleben der „Deutschen Burschenschaft“ (DB) beigemessen werden. Deshalb widmet sich DER RECHTE RAND mit einer zweiteiligen Serie den historischen Ursprüngen der Burschenschaftsbewegung. Nachdem im folgenden Artikel die Ursprünge und Entwicklungen des letzten Jahrhunderts nachgezeichnet werden sollen, folgt in der nächsten Ausgabe ein Beitrag zur Geschichte in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus.

Der „Schriftleiter“ der „Burschenschaftlichen Blätter“ (B.Bl.), **Walter Egeler**, hatte doch bereits in der Ausgabe 1/1997 getitelt: „Der geschichtlich legitimierte Anspruch steht außer Frage“. Von der gleichen Prämisse ausgehend, begründete **Peter Kaupp**, Dieburger Sozialwissenschaftler und Alter Herr der „Burschenschaft Arminia auf dem Burgkeller - Jena“, in der FAZ vom 16.Februar 1997 die burschenschaftliche Forderung nach einem „akademischen Festakt“ in der Paulskirche unter anderem damit, daß um die 150 der insgesamt 649 Abgeordneten in der Nationalversammlung Burschenschafter gewesen seien, darunter der Präsident Heinrich von Gagern, was zweifelsohne historisch ebenso unbestritten ist wie die Entscheidung des Parlaments, als Nationalfarben Schwarz-Rot-Gold, also die Farben der „Urburschenschaft“, die diese 1816 vom „Lützower Jägerkorps“ übernommen hatte, zu wählen. Gleichwohl sind derlei oberflächliche Betrachtungen im Hinblick auf die historische Entwicklung der Burschenschaftsbewegung und ihre ideologische Ausrichtung nahezu belanglos.

In den Jahren vor der Revolution hatte sich die infolge der „Karlsbader Beschlüsse“ (1819) in die Illegalität gedrängte Burschenschaftsbewegung, in der seit der Gründung der Urburschenschaft (1815) und dem „ersten Wartburgfest“ (1817) sowohl aufklärerisch-liberale als auch völkisch-nationale Vorstellungen vertreten worden waren, radikalisiert, bot jedoch nach wie vor entsprechend der Studentenschaft insgesamt ein differenziertes und widersprüchliches Bild.

Als dann im März 1848 in den deutschen Staaten die Revolution einsetzte, engagierten sich auch Studenten, darunter viele Burschenschafter. Sie forderten unter anderem eine konstitutionelle Verfassung, ein deutsches Parlament, Presse- und Versammlungsfreiheit, bürgerliche Ministerien und die Aufhebung der „Karlsbader Beschlüsse“, vertraten also im Wesentlichen die Ziele der in den 40er Jahren des 19.Jahrhunderts entstandenen „Progreßbewegung“, wobei die meisten diese mit der im Mai 1848 zusammengetretenen Frankfurter Nationalversammlung, als erfüllt ansahen, was sich nicht zuletzt auf dem am Pfingstwochenende 1848 in Eisenach stattfindenden „zweiten Wartburgfest“ zeigte, zu dem die „Burschenschaft Germania Jena“ eingeladen hatte und auf dem ca. 1.200 Studenten (Burschenschafter, Corpsstudenten, Mitglieder konfessioneller Verbindungen, aber auch Nichtkorporierte) teilnahmen, um die aktuellen Ereignisse zu diskutieren. Aufgrund der politischen Differenzen, die sich quer durch alle Gruppierungen zogen, bildeten sich schließlich - analog zur Nationalversammlung - zwei Fraktionen heraus, eine „Rechte“ und eine „Linke“, wobei sich die Mehrheit der Burschenschafter der „Linken“ anschloß, das heißt sich weitgehend hinter die Forderungen der „Progreßbewegung“ stellte. Eine der zentralen Absichten dieser um Aufhebung der



Germania-Darstellung auf einem Gemälde von Philipp Veit, 1848

existierenden Unterschiede zwischen Studentenschaft und Bürgertum bemühten Bewegung, welche in erster Linie die Mitglieder der Studentenverbindungen betroffen hatte, spielte jedoch so gut wie keine Rolle mehr, nämlich die Aufhebung aller exklusiven Inhalte und Formen im studentischen Leben, beispielsweise das Duell- und Mensurwesen. Insgesamt waren die Meinungsverschiedenheiten beim „zweiten Wartburgfest“ so groß, daß zwei unterschiedliche Resolutionen an die Nationalversammlung geschickt wurden: die „Gemäßigte“ forderte die volle Verwirklichung des konstitutionellen Prinzips, während die „Radikale“ die Konstituierung einer deutschen Fürstengewalt als „Verrat an der Volkssouveränität“ bezeichnete und einen republikanischen Bundesstaat verlangte. Burschenschafter beteiligten sich auch an dem in Eisenach neu errichteten mehrheitlich progressistisch orientierten „Studentenparlament“, das unter anderem für gebührenfreie Lehr- und Lernfreiheit, für die Aufhebung des Abiturmonopols, für die politische Befreiung der Studenten sowie für die soziale Öffnung der Hochschulen eintrat. Obgleich viele der hier referierten Zielsetzungen bis heute nicht verwirklicht worden sind, hatten sie für die burschenschaftliche Tradition nach der gescheiterten bürgerlichen Revolution und der damit einhergehenden Niederlage der „Progreßbewegung“ keinerlei Bedeutung mehr.

Mit Ausnahme des von einigen Burschenschaften 1850 gegründeten, aber bereits zwei Jahre später wieder aufgelösten „Bund der vereinigten deutschen Burschenschaften“ blieb die burschenschaftliche Bewegung in den kommenden Jahrzehnten zersplittert. Anders ausgedrückt: Bis zur Gründung des „Allgemeinen Deputierten-Convents“ (ADC), in dem sich 1881/82 alle Burschenschaften des wilhelminischen Deutschlands organisierten, die sich der unbedingten Satisfaktion, der Bestimmungsmensur und dem Coleurtragen verpflichtet fühlten und aus dem 1902 die „Deutsche Burschenschaft“ hervorging, gab es keinen burschenschaftlichen Dachverband, stattdessen unterschiedliche Kartelle, zu denen sich einzelne Burschenschaften zusammengeschlossen hatten und die politisch im Wesentlichen das Spektrum von national-liberal bis konservativ abdeckten. Alles in allem verringerten sich die Differenzen zwischen der monarchisch-konservativen Corpshaltung und der zum Teil antifeudalen und republikanischen Burschenschaftergesinnung zunehmend. Die Burschenschaften übernahmen Riten und Praktiken der feudal-aristokratischen Gesellschaft, indem sie etwa die Bestimmungsmensur und das Prinzip der unbedingten Satisfaktion einführten. Wie Corps und Landsmannschaften galten sie als Stützen des wilhelminischen Kaiserreiches, sorgten sie doch beispielsweise dafür, daß der männlich-akademische Nachwuchs aus dem Bürgertum adäquat im Hinblick auf gesellschaftliche Führungspositionen sozialisiert wurde.

Für die politisch-ideologische Ausrichtung der Burschenschaften spielte weniger die 48er-Revolution eine Rolle als vielmehr das Jahr 1893, als die Redaktion der „Burschenschaftlichen Blätter“ eine Neubestimmung ihrer Aufgaben vornahm: „Burschenschafter heißt Kämpfer sein, dies geflügelte Wort möchten wir von nun ab in den ‘B.Bl.’ mehr zur Geltung gebracht wissen, Kämpfer sein für deutsches Wesen, deutsche Ehre, deutsches Vaterland!“ Dieser programmatische Standpunkt sollte folgendermaßen umgesetzt werden: „Unter Anderem soll untersucht werden, welchen Antheil die nationalgesinnte deutsche Burschenschaft an dem Kampf gegen die vaterlandslose internationale Socialdemokratie zu nehmen hat. Bekämpft werden sollen ferner Bestrebungen, welche sich innerhalb des Reiches gegen dessen Einheit und Sicherheit richten. Den Bemühungen um Erhaltung des Deutschthums im Auslande soll nach wie vor hervorragende Beachtung ge-

schenkt werden, insbesondere den Kämpfen der deutsch-nationalen Studentenverbindungen in Oesterreich. Die Gefahr, welche dem Germanenthum durch das immer mächtiger andringende Slaventhum droht, wird von berufener Seite auf ihren Umfang und ihre Bedeutung hin geschildert, zugleich aber auf die Nothwendigkeit des Zusammenschlusses der germanischen Völkerverbindung hingewiesen (...); der leitende Gedanke war, wie schon angedeutet, die Erhaltung des Germanenthums, als dessen Hauptstütze das einige Deutsche Reich zu betrachten ist. Über den Stand der sog. deutschen Bewegung innerhalb des Reiches soll eingehender berichtet werden, dahin gehören u.a. auch die sog. deutschsociale Frage, die Beeinflussung deutscher Kunst und Literatur, Reinigung und Reinerhaltung der deutschen Schrift und Sprache, die Bekämpfung des rohen Naturalismus in Schriften und Kunstwerken, die Schaffung einer deutschen Kunst (...). Bewegungen, wie die sog. ethische, die Egidysche und ähnliche, sollen unparteiisch beleuchtet, den academischen Tagesfragen größere Beachtung geschenkt werden. Auch den bisher in den 'B.Bl.' fast gar nicht berücksichtigten colonialen Unternehmungen des Reichs sollen von fachkundiger Feder in Hinsicht auf ihren Stand und ihre Zukunft Aufsätze gewidmet werden."

Im gleichen Jahr begann die verbandsoffizielle Hinwendung zum rassistisch begründeten Antisemitismus. So diskutierte der zu Beginn des Jahres einberufene außerordentliche Burschentag, über den Weg zur „Judenreinheit" und beschloß, die Glaubensrichtung der aktiven Mitglieder ins Mitgliederverzeichnis aufzunehmen. Bereits zwei Jahre später gehörten dem „Allgemeinen Deputierten-Convent" keine Aktiven jüdischen Glaubens mehr an, obgleich es keinen offiziellen Ausschluß gegeben hatte. In der Verbandszeitschrift hieß es diesbezüglich: „Erst nach Beseitigung des jüdischen Elementes war eine Reform des burschenschaftlichen Lebens im deutschen Sinne möglich, erst jetzt kann die Burschenschaft wieder volksthümlich werden; Sie unterscheidet jetzt mit Recht Deutsche und Juden und läßt sich durch keine Versicherung, daß der Jude ein echter Deutscher sei oder werden wolle, mehr irre machen (...) auch die Taufe ändert bekanntlich nichts an der jüdischen Gesinnung." Ganz in diesem Sinne beantragte die Jenenser „Burschenschaft Germania" auf dem Eisenacher Burschentag (1896) folgende Satzungsänderung: „Ein hoher ADC wolle beschließen, daß in den Grundsätzen der deutschen Burschenschaft dem Abschnitt über das deutsch-vaterländische Prinzip folgender Passus hinzugefügt wird: Die deutsche Burschenschaft steht auf dem Standpunkt des deutschen Volksthums; daher können nur Studenten deutscher Abstammung bei ihr Aufnahme finden. Anmerkung: Jüdische Reichsangehörige sind nicht als Deutsche zu betrachten." Der Antrag wurde aus formalen Gründen abgelehnt, beinträchtigte er doch die Autonomie einzelner Burschenschaften; stattdessen verabschiedeten die Delegierten eine Resolution über den endgültigen Ausschluß jüdischer Mitglieder: „Der ADC stellt fest, daß die aktiven Burschenschaften zur Zeit ebenso wie in den letzten Semestern keine jüdischen Mitglieder haben. Im Hinblick auf diese Tasachen gibt der ADC der Erwartung Ausdruck, daß auch in Zukunft die Burschenschaften in ihrer ablehnenden Haltung gegen die Aufnahme jüdischer Studierender einmütig zusammenstehen werden."

Von der Mehrheit der Burschenschaften werden also bereits Ende des 19.Jahrhunderts rassistische, sozialdarwinistische, antisemitische und nationalistische Positionen vertreten, weshalb es kaum verwundert, daß viele Burschenschafter begeistert in den von ihnen begrüßten und bejubelten Ersten Weltkrieg zogen, hatten sie doch die nach 1871 gegründeten Kriegervereine sowohl personell wie finanziell aktiv unterstützt.

Andreas Speit

Deutschland von der Maas bis an die Memel

- Reichsgründungsfeier im Sachsenwald -

Alle Jahre wieder ist es soweit. Zur Erinnerung an die Gründung des Deutschen Reiches am 18.Januar 1871 erklingt das „Lied der Deutschen" in Friedrichsruh - alle drei Strophen. Das ist zwar verboten, doch die von der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" am 24.Januar 1998 in den Sachsenwald geladenen Gäste störte dies nicht. Trotzdem wurden die rund 100 Angereisten aus dem Kreise der Vertriebenen und Burschenschaften enttäuscht.

Aus Angst vor einer Gegendemonstration zog Fürst **Ferdinand von Bismarck** seine Erlaubnis zurück, die Feierlichkeit zu Ehren seines Urgroßvaters, Fürst Otto von Bismarck, im Mausoleum des Reichsgründers abzuhalten. Er wolle keinen Ärger auf dem Familienbesitz, ließ Fürst Ferdinands Organisator **Uwe Faesel** wissen.

„Stinksauer", wie Faesel versicherte, eröffnete der „Junge Landsmann" und stellvertretende JLO-Bundesvorsitzende deshalb die Feierlichkeit an einem weniger historischen Ort, dem Forsthaus Friedrichsruh, wo der „gemütliche Ausklang" geplant war.

Dort beklagte, nach Begrüßung und geistlichem Beistand, **Otto Grams** in seinem Festvortrag den „Verlust Preußens" und bezeichnete den Bundespräsidenten Roman Herzog als „Verräter", da dieser die Grenzen der Bundesrepublik anerkenne. Seine Worte trafen auf offene Ohren bei der geschlossenen Gesellschaft.

Seit ihrer Gründung 1991 fordert die Jugendorganisation der „Landsmannschaft Ostpreußen" in ihrer Publikation „Fritz" die Nichtanerkennung der polnischen Westgrenze. 1995 bescheinigte das Bundesamt für Verfassungsschutz der Publikation „Anhaltspunkte für rechtsextreme Bestrebungen". Neben besten Beziehungen zu den Vertriebenenverbänden unterhält die ca.1000 Mitglieder starke JLO in Hamburg engste Kontakte zum völkisch-nationalistischen „Lesekreis der Jungen Freiheit" und zur extrem rechten „Burschenschaft Germania Königsberg". Letztere kündigte ihnen aber gerade die Räumlichkeiten - aus „fadenscheinigen Gründen", wie **Rüdiger Schön** als stellvertretender Vorsitzender des „LV-Nord" der JLO betont. Sein Widerspruch sei schon an die Burschenschaft gesand.

In den letzten Jahren hatte die JLO auch zusammen mit dem „Bismarck-Bund e.V." nach Friedrichsruh eingeladen. Der Bund vereint etwa 500 Mitglieder aus dem extremen rechten und nationalkonservativen Spektrum und verleiht alljährlich „Bismarck-Medaillen" im „Bismarck-Mausoleum" an „verdiente vaterländisch Gesinnte", u.a. an **Axel Zehnsdorf**. Bis zu den jeweiligen Verboten war dieser bei der „Wiking Jugend" und der FAP aktiv. Mit Wohlwollen ihres Schirmherren Fürst Ferdinand von Bismarck, welcher in dem 1981 ins Leben gerufenen „Bund" einen „Traditionsverein für Bismarckfans" sieht.

Die Güte des jetzigen Hausherren der von Bismarcks könnte dem „Bismarck-Bund" die Türen zur jüngsten „Bundesstiftung Otto-von-Bismarck", mit Sitz in Friedrichsruh, öffnen. Der Urenkel des „Genius germanischen Kampfzornes" ist im Vorstand der Stiftung, die jährlich eine Million DM aus dem Bundesetat zu ihrer Verfügung erhält. Am 5.Juni 1997 beschloß die CDU/CSU/FDP-Regierungskoalition die Umwandlung der 1994 per Erlaß vom Bundesinnenminister **Manfred Kanther** (CDU) gegründeten, unselbständigen Stiftung zur öffentlichen Bundesstiftung. Der Geschäftsführer der Stiftung, Dr. **Epkenhans** (SPD), beschwichtigte indes: „Der Bismarck-Bund hat keinen Zutritt". Dem zum Trotz stellte **Emil Schlee**, stellvertretender Vorsitzender des „Bundes", fest: Zwar sei die Stiftung nicht an den „Bismarck-Bund" gekoppelt, „aber wenn die offizielle Stiftung eingeweiht und gegründet ist, dann werden wir (uns) natürlich enger anschließen und kooperieren".

Am 24. Januar war die Stiftung jedoch nicht Thema. Dafür Fürst Ferdinand, der eben nicht der „Eiserne Kanzler" sei, wie Faesel andeutete, „der nie vor dem Pöbel wich". Bereits 1996 enttäuschte Fürst Ferdinand die „Bismarcksfans". Wegen einer angekündigten Gegendemonstration sagte er die ganze Reichsgründungsfeier ab.

Matthias Rauch

„Ich bin ein Junker und will meinen Vorteil davon haben!"

So rechtfertigte Bismarck Ende des vorigen Jahrhunderts die wirtschaftlichen Vorteile des Adels. Im Zuge der Bodenreform in der SBZ von 1945-49 wurde diesen ein Ende gesetzt. Die in diesem Zeitraum von der Sowjetunion aber auch in der späteren DDR durchgeführten Enteignungen erregen heute die Gemüter des gesamten rechten Spektrums. Quer durch die Fraktionen erschallt der Ruf nach Rückgabe der Ländereien und Fabriken auf dem Gebiet der ehemaligen DDR.

Sieben Jahre sind seit der Wiedervereinigung vergangen aber noch immer beschäftigen die Eigentumsverhältnisse in der DDR zahlreiche Gerichte, aber auch zahlreiche Gruppen und Personen haben sich des Themas angenommen. Mit unterschiedlichen Argumentationen und aus sehr verschiedenen Gründen fordern sie die Revision der Enteignungen. Anfangs glich ihr Bestreben dem sprichwörtlichen Anstürmen gegen Windmühlen. 1990 eröffneten die sogenannten „2+4 Verhandlungen" (zwischen BRD und DDR sowie den 4 ehemaligen Alliierten) die Wiedervereinigung. Eine Passage dieser Verhandlungen beschäftigt sich mit dem Umgang mit den Enteignungen zwischen 1945 und 49 auf dem Gebiet der späteren DDR. Unter sowjetischer Hoheit wurden in dieser Zeit erste Anfänge einer Bodenreform umgesetzt. Es kam zur Enteignung von Ländereien von Großbauern und Adligen mit großen, zumeist verpachteten Landflächen, den sog. Junkern. Ab Anfang des 19. Jahrhunderts wurde das Junkertum zur Heimstätte des Konservatismus und der Reaktion, vor allem bekämpfte es jegliche demokratische Strömungen. Ihre vehemente Gegnerschaft zur Demokratie bereitete während der Weimarer Republik den Boden für den NS-Staat.

Die Enteignungen der Junker im Zuge der Bodenreform sind laut Einigungsvertrag von einer Rückgabe ausgeschlossen. Eine Rechtslage, die das Bundesverfassungsgericht in zwei Urteilen bestätigt hat. Trotz eindeutiger Rechtslage begannen zahlreiche Verbände und Personen einen eigentlich zum Scheitern verurteilten Kampf.

In all ihren Argumenten gegen die Enteignung blieb ein Thema ausgespart. Neben den Enteignungen im Zuge der Bodenreform gab es einen weiteren Enteignungsgrund nach dem die Sowjetische Verwaltung das Vermögen einzog. Mit einer sogenannten Liste 3 war die Enteignung von aktiven Nazis und Kriegsprofiteuren vorbereitet worden. Täter und Nutznießer des NS-Systems sollten mit ihrem Vermögen für die begangenen Verbrechen bezahlen. Auch diese Enteignungen sind durch den oben genannten Vertrag von einer Rückgabe ausgeschlossen.

Insgesamt geht es in der Diskussion laut Schätzungen um ca. 40000 Enteignungen, Zahlen über die Gewichtung von Enteignungsgründen nach Bodenreform oder Liste 3 sucht man dagegen vergebens.

Seit 1990 ist es der Lobby gegen die Enteignungen durch umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit gelungen Boden gut zu machen. Zwar konnten sie die bestehenden Vertragsbedingungen nicht ändern, dennoch sind ihnen von Seiten der Bundesregierung weitgehende Zugeständnisse gemacht worden. Ihnen bzw. ihren Nachkommen wurde unabhängig vom Enteignungsgrund eine Entschädigung zugesprochen, so kommen auch ehemalige Nazis und Kriegsprofiteure in den nächsten Jahren in den Genuß von Entschädigungen auf Basis des einstigen Wertes. Bestehen keine anderen Ansprüche auf Fabriken, Ländereien und Grundbesitz, ist zudem anstelle von Entschädigungen ein Kauf durch die ehemaligen Besitzer oder ihre Erben zum Dreifachen des Schätzwertes von 1935 möglich. Die Bundesregierung hat bereits kräftig nachgebessert und versucht auf diversen Umwegen, die Enteignungen zwar beizubehalten, den Enteigneten aber durch Sonderregelungen zu einem erneuten Besitz zu verhelfen. Allein die Sonderregelung, daß ehemalige Besitzer zum Dreifachen eines Schätzpreises Güter erwerben können, stellt den Bestand der Enteignungen erheblich in Frage. Bereits angekündigte weitere Sonderregelungen wird ihn weiter aushöhlen, die Rückkaufpreise sollen kräftig gesenkt werden. Unklar ist der Umgang mit enteigneten bzw. aufgelösten Firmen, wie beispielsweise dem IG-Farben Konzern. Ob diese Firmen in den Genuß eines verbilligten Rückkaufs kommen können, ist fraglich – angesichts des Bemühens der Bundesregierung mit dem Thema behutsam umzugehen, scheinen die Forderungen von IG Farben aber aussichtslos.

Bereits zu Zeiten der ehemaligen DDR gab es in der Bundesrepublik Verbände, die sich für Entschädigungen stark machten. Rückgabeforderungen schienen angesichts der beiden deutschen Staaten illusorisch. Mit der Wiedervereinigung trat das Thema dann an die Öffentlichkeit. Nachdem der nationale Taumel beendet war wurde schnell klar, daß die Enteignungen von 1945 – 1949 von der Rückgabe ausgeschlossen sind. Seitdem wird mit zahlreichen Kundgebungen, einer Leserbriefschwemme an konservative und rechte Zeitungen und einer massiven Anzeigenkampagne Öffentlichkeit geschaffen. Mit einem enormen Aufwand und starkem finanziellen Engagement widmen sich die unterschiedlichen Gruppen dem Thema. So inseriert der Vorsitzende des CDU-Kreisverbandes Hamburg-Altona, **Heiko Peters**, nahezu jede Woche in der FAZ. Kurze knappe Sätze werfen das eine Mal der Bundesregierung vor, Hehlerei mit den "gestohlenen Gütern" zu betreiben, ein anderes Mal sieht Peters in Helmut Kohl und seiner Regierungsmannschaft willige Nachfolger des Stalinismus. Neben diesen in Kleinstanzeigen verpackten Angriffen gegen die CDU-Führung schaltet Peters in regelmäßigen Abständen halb- und ganzseitige Anzeigen. Finanziert werden die Anzeigen nach eigenen Angaben über Spenden. Daß Peters für derartige Aussagen noch nicht ernsthaft gemaßregelt wurde, liegt an der Strategie der Lobby gegen die Enteignungen. Bewußt haben sie das Thema Enteignungen in



Denunziert, gequält, gefoltert und enteignet

Der Zahnarzt Dr. Schulze wurde nicht nur enteignet, sondern in kommunistischen Lagern auch gequält und gefoltert.
Das alles nur, weil er sich gegen die menschenverachtende Willkür der Kommunisten zur Wehr setzte. Die Bundesrepublik setzt das Unrecht der ehemaligen DDR unverständlicherweise fort.

Hier Auszüge aus einem Brief an die Initiative:
„Ich bin 1910 in Grünheide bei Berlin geboren, wurde am 1.1.1940 zur Wehrmacht eingezogen. Bei Kriegsende war ich Oberarzt in der San. Komp. der 304. Infanteriedivision. Bei Kriegsende wurde ich in meinem Heimatort Grünheide durch Kommunisten denunziert und vom NKWD im Mai 1945 verhaftet und in das Lager Ketschendorf bei Fürstenwalde gebracht - bis Oktober 1947, von dort nach Sachsenhausen bis Januar 1950, anschliessend nach Waldheim, dort in den bekannten Waldheimprozessen nach 15 minütiger Vernehmung zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Juli 1954 nach Westberlin entlassen. Am 24.11.1992 durch das Bezirksgericht Dresden rehabilitiert. Am 23.10.1945 wurde ich enteignet, Haus und zahnärztliche Praxis und 2200 qm. Grundstück, das zur Zeit noch in kommunaler Verwaltung ist."

K. Schulze

Ausriß aus einem DIN A3-Flugblatt der „Enteignungen 1945-1949. Nein!"-Initiative des Hamburger Lokalpolitikers Heiko Peters (CDU)

einen größeren Kontext gestellt. Im Umgang der Bundesregierung mit den Enteignungen zeige sich die Krise der bundesrepublikanischen Demokratie. Die finanziellen Interessen der Bundesregierung, die mit den Gewinnen aus Landverkäufen hoffte, ihre Schuldenberge reduzieren zu können, werden so zu einem Stolperseil. In den Verbänden der Enteignungslobby arbeiten CDU-Mitglieder munter mit Personen aus der „Deutschland-bewegung" und anderen Verbänden der extremen Rechten zusammen. Neben studentischen Gruppen, offizielle Partnerorganisation des „Berliner Bürgerbüros", in dem sich der rechte Flügel der DDR-Opposition zusammengeschlossen hat, mischen auch die Reste des nationalrevolutionären Flügels der „Neuen Rechten" in diesem Kreise mit. Das Thema Enteignungen hat eine ähnliche Brisanz wie die Europäische Union bzw. die gemeinsame europäische Währung. Die unterschiedlichen Gruppen nutzen geschickt das Thema um Stimmung zu machen und das Schreckgespenst einer politischen und gesellschaftlichen Krise zu zeichnen: Eine nur auf ihren Machterhalt schielende Politikerkaste achte die Interessen und Rechte der Bevölkerung immer weniger. Im Zuge dieser Taktik wurde das Thema Enteignung in die übliche Themenpalette der Rechten aufgenommen.

Neben dem Nutzen für die parteipolitische Polemik und dem Werben um Wählerstimmen der Rechten liegt vor allem in der Umdeutung der Geschichte die Brisanz dieser Bewegung. Massiv wird versucht, die Täter zu Opfern zu stilisieren. In den seltenen Fällen, wo ein Bezug auf die Liste 3 genommen wird, werden die Enteigneten als Opfer von Diffamierungen dargestellt. Wahlweise Kriminelle und/oder Kommunisten hätten sie in die Hände des NKWD oder des sowjetischen Geheimdienstes geliefert, obwohl sie entschiedene Oppositionelle gegen Hitler gewesen seien. Hilfreich bei dieser Kampagne sind Bescheinigungen über Rehabilitierungen aus Rußland, die alle der Enteigneten bekommen können, solange sie nicht zu den wenigen überhaupt verurteilten Kriegsverbrechern gehören. Allein 1996 stellten 148.000 Deutsche einen solchen Antrag, 99.000 wurden rehabilitiert, in 11.000 Fällen wurde eine Rehabilitation abgelehnt. Einen Antrag stellten auch 3.857 ehemalige Angehörige der NSDAP und ihrer Unterverbände. 1.721 können sich jetzt mit Segen Rußlands als „Opfer des Stalinismus" deklarieren.

Die nachlässige Aufarbeitung des NS-Staates in beiden deutschen Staaten zahlt sich so auch für manches ehemalige NSDAP-Mitglied aus. (Zweifelsohne gab es auch im Rahmen der Enteignungen einzelne, die aufgrund persönlicher Streitigkeiten zu Unrecht beschuldigt wurden. Betrachtet man aber Vergleichszahlen, dürfte es sich um einen geringen Prozentsatz handeln, deren ungerechtfertigte Beschuldigung sich hier wiederholt, indem pauschal allen nach Liste 3 Enteigneten eine Rehabilitierung zuteil wird.) Der Einsatz von KZ-Häftlingen und Kriegsgefangenen, die zu Zwangsarbeit in Fabriken gezwungen wurden, bleibt ebenso aus den Betrachtungen der Rückgabe-Lobby ausgespart, wenn sie die Rückgabe von Fabriken fordern. Sie versuchen hingegen Zwangsarbeit als eine normales Beschäftigungsverhältnis darzustellen, Aussagen, daß man gut mit den "Ostarbeitern" umgegangen sei, zeigen den zynischen Umgang mit der Geschichte. In den wenigen Fällen, wo sich überhaupt Hinweise auf Zwangsarbeit finden, bedient sich jeder an der Geschichte des Oskar Schindler und stellt sich so als jemand dar, der nicht von der Kriegsproduktion profitieren, sondern Menschenleben retten wollte.

Unter dem Slogan "Gleichbehandlung für Opfer politischer Gewalt" geht die Lobby gegen die Enteignungen sogar noch einen Schritt weiter. Hinter der harmlos klingenden Forderung verbirgt sich der Vergleich, daß die Enteigneten in der SBZ ebenso ein Opfer des Totalitarismus seien wie die Opfer des NS-Systems und ihnen ebenso Entschädigungen zuständen. Zynisch werden so die für ihre Taten enteigneten Täter mit "ihren" Opfern gleichgestellt.

Die Enteignungslobby



Logo der Kampagne von Heiko Peters und seinen Freunden

Innerhalb der CDU ist es vor allem der bereits erwähnte Heiko Peters, der sich gegen die Enteignungen wendet. Unterstützt wird er u.a. von Hamburgs CDU-Chef **Ole von Beust** und dem niedersächsischen CDU-Oppositionsführer **Christian Wulff**. Obwohl sie für ihr Engagement keine Gegenliebe innerhalb der CDU ernten, gibt es besonders viele an der Basis, die ihre Forderungen unterstützen. Peters hat neben seinen Anzeigen vor allem durch Anträge auf CDU-Bundesparteitagen für Aufregung gesorgt. Zwar stimmte jeweils nur eine kleine Minderheit für seine Anträge auf Rückgabe, sie sorgten aber jeweils für Presseecho.

Aktiv im Kreis um Peters war auch **Hans Albrecht von Boddien**, einer der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944. Der mittlerweile Verstorbene hatte sich 1996 gegen die Teilnahme an den Feierlichkeiten zu Ehren des 20. Juli entschieden - als Betroffener der Enteignung fühlte er sich durch verweigerte Rückgabe verraten. Der moralische Impetus eines durch die offizielle Geschichtsschreibung zum Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus Hochstilisierten soll in erster Linie den Vorwurf, daß vor allem alte Nazis von der Rückgabe profitieren würden, entkräften.

Einzelne Verbände, die sich für die Revidierung einsetzen wurden kurze Zeit nach den Enteignungen gegründet So die „Interessengemeinschaft der in der Zone enteigneten Betriebe", die heute von **Fritz Rosenberger** und **Ernst Ikert** geleitet wird. Nach über 40 Jahren, in denen der Verband vor allem versucht hatte, Entschädigungszahlungen in der BRD zu erkämpfen, trat 1990 eine entscheidende Wende ein. Doch der Griff auf die Ostländereien klappte nicht für alle der Mitglieder. Diejenigen, die vor 1949 enteignet wurden, haben sich in die Reihe der Protestierer eingereiht.

Sie gehören zu denjenigen, die das Thema in einen größeren Kontext gestellt haben. Ihren Werbeunterlagen liegen neben verbandsinternen Materialien Einladungen für Veranstaltungen mit Personen wie **Gerhard Löwenthal** aber auch Kopien von Zeitungsartikeln von **Christa Meves**, dem Ehepaar **Ute** und **Erwin Scheuch** bei. Auch werben sie für den „Arbeitskreis Demokratiereform", einen Teil der „Deutschland-Bewegung" um **Alfred Mechtersheimer**.

Sie arbeiten u.a. mit der „Arbeitsgemeinschaft für Agrarfragen" (AfA) mit Sitz in Braunschweig, dem „Hilfsfonds für die Opfer der stalinistischen Bodenreform" aus Ritterhude und der „Interessengemeinschaft DDR-Grundbesitzer" zusammen.

Ein weiterer Verband, der vor allem durch sein Engagement im Internet auffällt, ist die „Aktionsgemeinschaft für Recht und Eigentum", die in verschiedenen Städten Aktionsgruppen unterhält. In Berlin gehört ihr die „Interessensgemeinschaft der Haus- und Grundeigentümer in den Neuen Bundesländern" an, bundesweit hat sich der „Verein zur Beseitigung der SED-Diktatur" angeschlossen. Diese Gruppe ist vor allem antikommunistisch ausgerichtet und warnt in ihren Publikationen vor alten kommunistischen Seilschaften, die die heimlichen Machthaber in der ehemaligen DDR seien. Neben der Macht von Altkadern widmet sie sich vor allem der PDS. Als Literaturtips raten sie neben unverfänglicher Literatur u.a. zum Lesen des „Ostpreußenblattes" sowie antikommunistischer Bücher beispielsweise von **Konrad Löw**. Auf ihren Internetseiten verweisen sie neben dem „Göttinger Kreis – Studenten für den Rechtsstaat" auf die Partnerorganisation „Bürgerbüro Berlin", das sich offiziell gegründet hat, um Personen Hilfe zu leisten bei der Durchsetzung von Entschädigungszahlungen gegenüber Behörden. Dem Vorstand des Ver-

eins, der vor allem mit Bundesgeldern ins Leben gerufen wurde, gehören u.a. **Vera Lengsfeld**, **Bärbel Bohley** sowie **Konrad Weiß** an.

TFP-Initiative Deutschland

Einer besonders abstrusen Argumentation in ihrem Ringen gegen die Bodenreform bedient sich eine christliche Gruppe aus Frankfurt/Main. Mit seinem Buch "Privateigentum: heiliges Recht oder verhaßtes Privileg?" argumentiert **Matthias von Gersdorff** vom „TFP-Büro Deutschland" gegen die Bodenreform. Seine Argumente stammen neben den Verlautbarungen verschiedener Päpste von **Plinio Corrêa de Oliveira**. Der brasilianische Professor war bis zu seinem Tod 1995 einer der entschiedensten Gegner der Kirche der Befreiung. Als erklärter Antikommunist, der seine Arbeit vor allem mit religiösen Argumenten rechtfertigte, hatte er die brasilianische „Gesellschaft zur Verteidigung von Tradition, Familie und Privateigentum" (TFP) 1990 in São Paolo ins Leben gerufen. Neben dem Kampf gegen ein progressives Christentum wendete sich die Initiative vor allem gegen die Landlosenbewegung. Ein sog. Naturrecht auf Eigentum, das sich in der christlichen Religion als Grunddogma fände, sollte die hungernde Bevölkerung vor der Landnahme von Brachland und ungenutzten Ackerflächen der Großagrarier abschrecken. Gersdorf bzw. die „TFP-Initiative Deutschland", die sich nach dem Vorbild der brasilianischen Initiative in Deutschland gegründet hat, wollen die Argumente von Oliveira bewußt in die deutsche Diskussion über den Umgang mit den Enteignungen von 1945-49 einführen. Ein wahrer, gläubiger Christ akzeptiere die natürliche Verbundenheit des Eigentums mit dem Menschen, so die Aussage. Die TFP-Initiative setzt auf christlichen Fundamentalismus im Kampf gegen den gesellschaftlichen Werteverfall, wie sie in Übereinstimmung mit dem Konservatismus die Veränderung von gesellschaftlichen Wertvorstellungen stigmatisiert.

Neben der Arbeit gegen die Enteignungen ist die TFP-Initiative Hauptträger des Fatima-Mythos, jener neuen Heilsgeschichte, nach der in einem portugiesischen Dorf eine Marienstatue angesichts der schlechten Welt regelmäßig in Tränen ausbreche. In den letzten Jahren taucht der Fatima-Mythos immer öfter in den Broschüren von fundamentalistischen katholischen Organisationen auf. So abstrus die Argumentation gegen die Enteignungen und auch der Glaube an heulende Gipsstatuen sein mag, die „TFP-Initiative" macht ihren Sinn. Auf Nachfragen über ihre Arbeit verweist die „TFP-Initiative" auf ihre Schwesterorganisation DVCK, ebenfalls mit Sitz in Frankfurt. Man habe bewußt zwei Organisationen gegründet, die sich arbeitsteilig in unterschiedlichen Bereichen für das gemeinsame Ziel engagierten. Der TFP widme sich demzufolge der religiösen Mythen, während das politische Engagement von der DVCK getragen werde. Hinter dem Kürzel DVCK findet sich die „Deutsche Vereinigung für ein Christliche Kultur", die unter Leitung von **Benno Hofschulte** vor allem als einflußreiche „Lebensschutzorganisation" bekannt ist. Ihre Initiative „SOS-Leben" ist eine überaus finanzstarke und aggressive „Lebensschutzorganisation". Die DVCK gehört u.a. zum Trägerkreis der „Kultur-Konservativen Messe" in Bad Hersfeld.

Horst Freires

Der Braune Sumpf um den RCDS in Kiel

An der Kieler Christian-Albrechts-Universität (CAU) sind wieder politisch braune Farbtupfer aufgetaucht. Daß es sich gerade an dieser Hochschule um keinen Einzelfall handelt, zeigt die nachfolgende Zusammenstellung, die die aktuellen Geschehnisse aufgreift und auch einen Blick zurück enthält.

Konkret hat die Universitätsleitung Schwierigkeiten, eine Erklärung dafür abzuliefern, weshalb eine Veranstaltung der „Deutschen Hochschulgilde Theodor Storm" (GTS) mit dem 85jährigen **Baldur Springmann** im Audimax der CAU von einer martialischen „Schutztruppe" gesichert wurde, die der Neonazi-Gruppierung „Freiheitlicher Volksblock" (FVB) zugeordnet wird. Der Springmann-Vortrag „Ökologie und Religiösiät", der von knapp 60 Zuhörern verfolgt wurde - dabei auffallend viele außer-universitäre ältere Semester - rief auch massive Polizeipräsenz hervor, wobei eigentlich niemand diese herbeigerufen haben will, wie auf Nachfrage versichert wird. Das große Polizeiaufgebot läßt umgekehrt aber auch die Einschätzung zu, wie brisant der Springmann-Auftritt offenbar beurteilt wurde.

Bomber- und Lederjacken, Stahlkappenschuhe, große Stahltaschenlampen, die auch als Schlaginstrument eingesetzt werden können, all das spricht doch für eine eher ungewöhnliche Sicherungsmaßnahme durch oben erwähnte „Security-Kräfte", als hätten die Veranstalter etwas zu verbergen und zu befürchten. Der Allgemeine Studentenausschuß (AStA) sowie das StudentInnenparlament (Stupa) ordnen den Gastgeber GTS eindeutig der rechtsradikalen Szene zu. Bei dem Referenten auch kein Wunder: Springmann bezeichnete beispielsweise den vor einem Jahr verstorbenen Auschwitz-Leugner **Thies Christophersen** als „aufrechten Menschen". In seinen Schriften setzt er die „genetische Vermischung" eines Volkes mit Genmanipulation gleich. Er ist Mitglied im „Weltbund zum Schutz des Lebens" (WSL) und bei den „Unabhängigen Ökologen Deutschlands" (UÖD), einer nationalrevolutionären Abspaltung der ÖDP. Desgleichen ist er zur rechtssektiererischen „Deutschgläubigen Gemeinschaft" (DGG) zu zählen. Seine rassistischen Thesen verbreitete er im Vorjahr in „Europa Vorn", wo er betonte, daß die von Mutter Natur vorgegebene Ordnung die menschlichen Rassen auf die verschiedenen Territorien verteilt habe, angepaßt jeweils an deren bestimmte klimatischen und geologischen Verhältnisse und von denen geprägt.

Der Ökobauer war auch schon Interviewpartner der „Jungen Freiheit" (JF) und im Vorjahr suchte er die Nähe von **Pierre Krebs** („Thule-Seminar") bei einer Tagung verschiedener Kräfte aus dem Spektrum der „Neuen Rechten", organisiert von der „Deutsch-Europäischen-Studiengesellschaft" (DESG). Auch folgte er einer Einladung des FDP-Abwanderers **Heiner Kappel** zur „Initiative 3.Oktober".

Die GTS ist eine von neun an deutschen Universitäten aktiven Gruppen, die unter dem Dach der „Deutschen Gildenschaft" (DG) organisiert sind. Dabei handelt es sich um einen nicht-schlagenden Studentenverband, der sich als „akademische Erziehungsanstalt" sieht, die eine geopolitisch und völkisch begründete Führungsrolle Deutschlands befürwortet. Unter den studentischen Verbindungen (Korporationen) ist die DG eine elitäre Kleinstgemeinschaft. Die DG sieht sich als Verband, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, „der Volks- und Staatsgemeinschaft volkspolitisch vorgebildete, zum Einsatz in Staat, Politik, Wirtschaft und Kultur befähigte und bereite Hochschulabsolventen als künftige Führungskräfte zur Verfügung zu stellen." Die eigenen Positionen sind dabei völkisch, nationalistisch und revisionistisch. „Offenheit für Fremde dürfe nicht soweit gehen, daß die nationale Identität in Frage gestellt werde", lautet eine DG-These. Über sogenannte „Volksgruppenrechte" für in osteuropäischen Ländern „verbliebene Deutsche" soll ein Anspruch Deutschlands auf diese Gebiete konstruiert werden. Bei dieser Ausrichtung bleiben Kontakte ins rechte Lager natürlich nicht aus. So gibt es unter anderem Verbindungen der DG zum revanchistischen „Witikobund" sowie zu den Publikationsorganen „Criticón" und „Junge Freiheit".

Die GTS existiert seit 1995. Sie prangerte in Flugblättern den „alliierten Bombenterror" 1945 gegen Dresden an und legte am Volkstrauertag 1996 am Kieler „U-Boot-Ehrenmal" einen Kranz mit der Inschrift „Euer Tod soll nicht vergebens sein" zum Gedenken an die gefallenen Wehrmachts-Marinesoldaten nieder. In den GTS-Schriften wird die ehemalige DDR durchgehend als „Mitteldeutschland" tituliert.

Rechtsaußen-Kontakte des RCDS in Kiel

Zum Kreis um die GTS sind auch zahlreiche RCDS'ler zu zählen. An der Spitze ist da **Rüdiger Dorff** zu nennen, der es immerhin zeitweilig bis zum stellvertretenden Landesvorsitzenden des RCDS gebracht hatte. Dorff ist Bundesführer des „Freibundes", einst „Bund Heimattreuer Jugend" (BHJ), einer regelmäßig in den Verfassungsschutzberichten auftauchenden Jugendorganisationen brauner Couleur. 1996 referierte er beim RCDS über die „Bündische Jugend". Am 7.Januar 1997 folgte ein Referat beim „Ring Christlich Demokratischer Studenten" (RCDS) über die „89er". Getarnt lief der Vortrag unter dem Titel „Demokratieforum I". Die „89er" definieren sich in einem Buch von JF-Autor **Roland Bubik** als „Junge Rechte", die sich als Gegenbewegung zu den „68ern" verstehen.

Am 21.Januar 1997 folgte dann eine RCDS-Veranstaltung mit **Sigmar Faust**, Stasibeauftragter von Sachsen, der sich damit hervortat, daß er für eine ehemalige KZ-Aufseherin Geld als SED-Opfer-Entschädigung auftreiben wollte. Faust trat mittlerweile in verschiedenen „neurechten Blättern" wie JF, „Mut", „wir selbst", „Criticón" und „Deutschland-Magazin" als Autor auf.

Dem RCDS gehören ferner **Briga Bohlinger**, Tochter des antisemitischen Verlegers **Roland Bohlinger**, und **Markus Timmler** an.

Letzterer wurde von Antifaschisten am 15.November 1997 bei einer geplatzten Zusammenkunft des „Studien- und Lesekreises" der Zeitschrift „Elemente" in Bünsdorf (Kreis Rendsburg-Eckernförde) erkannt. Dort fanden sich zum Beispiel auch Hamburgs Staranwalt der Neonazis, **Jürgen Rieger**, **Andreas Rothmann** („Bund für Gesamtdeutschland") und der „Neue-Rechte"-Theoretiker Pierre Krebs ein.

Zum Kieler RCDS gehört auch **Luise Bünger**. Sie kandidierte 1996 und 1997 zu den Uni-Wahlen und ist beim BHJ/„Der Freibund" aktiv. Im rechten Fahrwasser des RCDS tummelte sich 1996 auch **Roland Spahr**, Mitglied der „Burschenschaft der Krusenrotter", die mit der rechtselitären „Burschenschaft Germania" in Hamburg kokettiert. Ein weiterer RCDSler mit Rechtsauslage ist **Jörn Fischera**. Er trat in Erscheinung, als **Fedor Mrozek** sich mit einem Aufruf „8.Mai - Gegen das Vergessen" in die geschichtsrevisionistischen Nesseln setzte. Der RCDS distanzierte sich nie von dem Pamphlet, Mrozek verschwand allerdings - nach außen - von der Bildfläche.

Am 10. Juni 1997 sprengten rund 60 Burschenschafter, Mitglieder der GTS und des RCDS eine AStA-Veranstaltung unter dem Titel „Wie rechts sind die Studierenden". Dazu sollte eine Studie des „Frankfurter Instituts für Sozialforschung" vorgestellt werden. Dazu kam es aber nicht. Nach massiven Protesten der ungebetenen Besucher wurde seitens der Organisatoren kapituliert und die Veranstaltung abgebrochen. Festzuhalten ist, daß auch Lippenbekenntnisse des jetzigen RCDS-Vorstandes den strammen Rechtsaußen-Kurs nicht übertünchen können.

In derselben Woche, in der sich **Henning Nawotki** als RCDS-Landessprecher von dem Auftritt der Neonazi-Rambos rund um die Springmann-Veranstaltung distanzierte und auch rechte „Ausreißer" der GTS nicht gutgeheißen hat, trat der RCDS als Einlader für **Ulrich Schacht** auf. Dieser nutzte die Uni als PR-Podium für sein neues Buch „Die Berliner Republik", das er zusammen mit **Heimo Schwilk** verfaßt hat. Schacht, Reporter der „Welt am Sonntag", war erst vor kurzem bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg auf Listenplatz Nummer 3 für den „Bund Freier Bürger" (BFB) angetreten. Die Brunner-Partei scheiterte in der Hansestadt allerdings kläglich.

All die aufgezählten Beispiele zeigen, warum der RCDS Schwierigkeiten mit der Abgrenzung nach rechts hat. Da paßt es auch ins Bild, daß der ehemalige RCDS-Aktivist **Michael Müller** bei der Springmann-Veranstaltung freundschaftlich mit den militanten Ordnern flachste.

Leserbriefe

An die Mitarbeiter des Rechten Rands, Olaf Goebel, Peter Gröger, Klaus Harbart, Sebastian Schwarz. (Die anderen sind ausdrücklich ausgenommen!)

„DER RECHTE RAND ist ein strömungsübergreifendes Projekt, insofern ist es ein Unding, daß ein/e ArtikelschreiberIn gegen ihm/ihr unangenehme LINKE Strömungen hetzt." (Zitat von Euch aus dem letzten RR)

Sagt mal, ist Euch nicht klar, wieviel Schwachsinn in diesem Satz liegt??? Ich sag Euch, was wirklich ein Unding ist: Daß Ihr einen Autoren bittet, einen Artikel zu schreiben, der das dann ohne einen Pfennig Honorar tut, Ihr den Artikel abdruckt und dann in der kommenden Ausgabe unter dem Mäntelchen „Leserbrief" selbst Euren Autoren aufs übelste beschimpft und diffamiert, weil der offenbar einer anderen „LINKEN Strömung" angehört. Und Ihr werft MIR einen schlechten Stil vor! Ihr habt offenbar von seriösem Journalismus ebensowenig Ahnung wie von Politik. Schade.

Mit keinem Wort erfährt man etwas über die Auseinandersetzungen in Eurer Redaktion. Wo sich bei Euch verschiedene Strömungen auftun, wird das gedekkelt. Diskussion? Null. Tolles „strömungsübergreifendes Projekt" seid Ihr!

Daß Euch „nebulös" bleibt, worauf mein Beitrag hinaus wollte, liegt wahrscheinlich an Eurem vernebelten politischen Blick. Es ging darum, die Situation in Gollwitz zu beschreiben und die Reaktionen darauf zu analysieren. Es ging also darum, Rechtsentwicklungen aufzudecken. Ich dachte, daß sei das Anliegen Eurer Zeitung. Aber offensichtlich dürfen Rechtsentwicklungen bei Strömungen, die Ihr als LINKE definiert, nicht benannt werden. Klar, dafür müßtet Ihr ja verstehen, daß es sich um Rechtsentwicklungen handelt, und das fällt Euch offenbar schwer, da Ihr genauso argumentiert wie die „junge Welt" und ebenso die armen GollwitzerInnen entschuldigt - da Ihr selbst der rechte Rand im Rechten Rand seid.

Mit keinem Wort geht Ihr auf meine (jetzt auch Euch betreffende) Argumentation ein, warum ich denke, daß der Verweis auf die angebliche (!) soziale Notlage der GollwitzerInnen ein Einfallstor für Rassismus und Antisemitismus bietet. (Ihr behauptet ganz einfach, ich hätte dazu „keinen Satz" gesagt. Vielleicht habt Ihr meinen Artikel ja nur bis zur Hälfte gelesen?!) Ihr wiederholt statt dessen uralte Postulate, wonach Faschismus einfach eine ganz bestimmte Ausprägung des Kapitalismus sei. Das ist ja nicht ganz falsch, aber das reicht doch nicht! Wesentliche Bestandteile des Faschismus sind eben auch Autoritätsdenken, Rassismus, Antisemitismus und Patriarchat. Wer heute, nach -zig Jahren realsozialistischer Versuche immer noch behauptet, diese wesentlichen Bestandteile des Faschismus und Kapitalismus sind mit der Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse aus dem Weg geräumt, der/die muß irgendwas verpaßt haben. Ihr seid also auch - wie Werner Pirker von der jW - der Meinung, daß Antikapitalismus der beste Antifaschismus ist. Daß man vor allem die soziale Not beheben muß, und Arbeit für alle und so, und dann haben die Nazis keine Chance... Nur, warum macht Ihr dann eine Antifa-Zeitung und nicht lieber ein bißchen Gewerkschaftspolitik?! Vielleicht solltet Ihr Geld sammeln und den Naziskins in Magdeburg-Olvenstedt zum Beispiel einen schönen Jugendclub schenken, dann werden die sich das bestimmt überlegen mit ihrer Ausländerfeindlichkeit! Oh Mann, lebt Ihr echt dermaßen hinterm Mond?

Ich habe in meinem Beitrag geschrieben, daß sich die Krisenopfer in Deutschland leider selten als Ausgebeutete gegen die Ausbeuter, sondern als Deutsche gegen die Fremden zusammenschließen. Daß sich die „Arbeiterklasse" eben nicht als Klasse konstituiert, sondern als Nation und sich eher mit den Herrschenden gegen die AusländerInnen und Juden verbündet, als mit den AusländerInnen und Juden gegen die herrschende Klasse. Dazu sagt Ihr leider gar nichts. Das ist aber der Kern meiner Kritik. Naja, da müßte man auch den Willen haben, sie zu verstehen.

Zudem wimmelt Euer Beitrag von falschen Behauptungen. So habe ich etwa nirgendwo das Wort „Alt-Ossis" benutzt, wie Ihr mir unterstellt. Auch habe ich nicht die GoliwitzerInnen als „fremdenfeindlichen Dreck" bezeichnet, sondern die Äußerung einer Gollwitzerin („Alle Leute aus dem Ostblock haben einen überdimensionalen Hang zur Kriminalität").

Zu guter letzt werft Ihr mir noch vor, daß ich gelegentlich im „Neuen Deutschland" schreibe. Das offenbare meine Widersprüchlichkeit, da ich einerseits „die Position der KPF und der jW" kritisiere, andererseits aber im ND „ähnliche Positionen zu finden sind". Und dann unterstellt Ihr mir noch in diffamierender Absicht, mich treibe die ökonomische Notwendigkeit dazu. Erstens bin ich ökonomisch NICHT auf das ND angewiesen. Und zweitens ist das ND eben kein Zentralorgan der KPF. Dort finden Uraltmarxisten mit plattem Haupt- und Nebenwiderspruchsdenken, wie die KPF und Ihr, ebenso einen Platz, wie radikale Neue Linke mit Triple Oppression Ansatz, wie ich. Insofern ist das ND um einiges strömungsübergreifender als offenbar der Rechte Rand. Im übrigen hat das ND nicht wie die jW wegen eines Streiks über die Hälfte aller MitarbeiterInnen ohne jeden Sozialplan in die Arbeitslosigkeit entlassen, dort hat sich nicht eine politische Strömung an

die Macht GEPUTSCHT wie bei der jW. Zu diesem Verhalten der ach so „linken" DKP- und KPF-Fraktion bei der jW sagt Ihr ebenfalls kein Wort. Ihr habt Euch damals, als der Streit aktuell war, enthalten, und Ihr wollt jetzt immer noch nichts davon hören. Damals habe ich gedacht, Ihr seid einfach Weicheier, jetzt denke ich, ihr seid politisch auf nem ganz anderen Dampfer. Gute Fahrt!

Und sucht Euch andere Autorinnen, die so blöd sind, sich von Euch beschimpfen zu lassen!

P.S. Trotz der falschen Unterstellungen, die zur Diffamierung meiner Person dienen sollen, verzichte ich auf die rechtlichen Schritte einer Gegendarstellung, da ich davon ausgehe, daß Ihr so fair seid, auch diesen Leserbrief in Eurem „strömungsübergreifenden" Blatt abzudrucken.

Ivo Bozic

Ein Hinweis aus den Niederlanden: Anti-Antifa entlarvt

Ein paar politisch interessierte Jugendliche, die aus Sparsamkeit einen literarischen Zirkel gründen und gemeinsam einige Abonnements, Bücher und Zeitschriften bestellen: eigentlich eine kluge und lobenswerte Initiative. Was uns dann aber stutzig machte, war die Tatsache, daß sich die Gruppe „Leesclub Westland" tauft, in der belgischen Provinz Flandern ansässig ist und in den Niederlanden lauter linke Bücher und Zeitschriften anfordert.

„Westland" war der Name einer SS-Einheit, in der hauptsächlich niederländische Freiwillige dem 3.Reich dienten. Wir zogen also unser Archiv zu Rate und entdeckten, daß sich diese „Westland-Lesegruppe" nicht nur für linke Bücher interessierte, sondern beispielsweise auch ein Abonnement des „Revolutionairen Nationalist", dem ehemaligen Blatt von CP'86, hatte. Ferner bekamen wir heraus, daß die Postanschrift der Lesegruppe (Postbus 106 in Kortrijk, Belgien) in der Vergangenheit von der faschistischen Organisation „Voorpost" und **Koenraad Verschaete** benutzt worden war. Verschaete ist schon seit Jahren ein aktives „Voorpost"- und „Vlaams Blok"-Mitglied. („Voorpost" ist eine belgische Schwesterorganisation der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten"; Anm.d.Red.)

Wir gelangten immer mehr zur Überzeugung, daß es sich hier um eine Anti-Antifa-Gruppe handeln mußte.

Inzwischen hatte eine Buchhandlung, bei der die „Lesegruppe" regelmäßig bestellte, sich mit ihr in Verbindung gesetzt. In der sich daraus ergebenen Korrespondenz beharrten die „Westland"-Leute darauf, daß sie die Bücher aus Kostengründen auf diese Art und Weise bestellen wollten. Auch wurde eine Kontaktperson (**Filip de Vos**), eine Adresse und die Telefonnummer von de Vos' Mutter durchgegeben, damit sie erreichbar waren. Die Puzzlearbeit konnte beginnen:

Diese Mutter, **Marie Louise de Vos**, war früher einmal mit einem gewissen **Oscar Duynslager** verheiratet gewesen. Deren Sohn, **Filip Duynslager**, benutzte also für diese Gelegenheit den Namen seiner Mutter und ist ein alter Bekannter in rechtsextremistischen Kreisen in Flandern. Er war Anfang der neunziger Jahre Propagandavertreter für den „Vlaams Blok" im Arrondissement Kortrijk und später Vizevorsitzender des „Vlaams Blok" für das Arrondissement Kortrijk-Roeselare-Tielt. Außerdem gehörte Filip Duynslager „Voorpost-Westflandern" beziehungsweise „Voorpost-Westland" an.

Ein anderes Mitglied von „Voorpost-Westland" war der bereits vorstehend genannte Koenraad Verschaete. Verschaete und Duynslager haben darüber hinaus in dem selben Dorf gewohnt (Bissegem). Außer seinen Aktivitäten für den „Voorpost" und „Vlaams Blok" ist Verschaete auch für die Anti-Antifa-Gruppe „KOSMOS" („Kring voor Onderzoek naar de Socialistische en Multiculturele Ondermijning van de Samenleving" - „Kreis zur Untersuchung der sozialistischen und multikulturellen Unterminierung der Gesellschaft") des Antwerpener Nazis **Luc Dieudonne** tätig. Es ist dann auch nicht überraschend, daß in „KOSMOS" Artikel über die in den Niederlanden bestellten Bücher erschienen. Es fällt ferner auf, daß auch Publikationen über deutsche und niederländische Themen bestellt worden waren. Dies könnte darauf hinweisen, daß dieses Postfach auch für Anti-Antifa-Gruppen aus den Niederlanden und Deutschland benutzt worden ist.

Soweit zur Entlarvung dieses 'Frontstores' der Anti-Antifa aus Flandern. Wir haben nur noch eine Bitte: Es möchten sich bitte alle Personen und Organisationen, die in der Vergangenheit Kontakt mit dem „Westland-Leesclub" oder Postbus 106 in Kortrijk hatten, mit uns in Verbindung setzen!? Neben dem Aufruf, die Kontakte zu ihnen sofort abzubrechen, möchten wir Euch bitten, für den Fall, wenn Ihr was an den „Leesclub" geschickt habt, uns eine Liste mit den zugeschickten Publikationen zuzuschicken. Wir könnten so einen Einblick in die Interessenbereiche von „KOSMOS" erhalten.

Kafka; Niederlande

Anmerkung: Briefe an Kafka bitte über die Redaktionsanschrift.

Peter Hildebrandt

Die NPD in Dresden

Am 24.Januar 1998 demonstrierten in Dresden etwa 600 Neonazis gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944". Mit diesem erfolgreichen Aufzug startete die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD) offiziell in das Wahljahr 1998.

Am 15.November letzten Jahres führte die NPD in Dresden eine Veranstaltung mit **Wolfgang Juchem** durch, welcher als rechtsradikaler Multifunktionär bekannt ist. Die Veranstaltung, die in einer Gartenkolonie in Dresden-West stattfand, stellte für den NPD-Kreisverband Dresden-Meißen und seinen Vorsitzenden **Matthias Paul** den Beginn seiner „Pro-Wehrmachtskampagne" dar. Den annähernd 80 Besucherinnen und Besuchern aus Sachsen und Thüringen wurde schon in ihrer Einladung mitgeteilt, daß die NPD beabsichtige, am 17.Januar 1998 eine Großdemonstration gegen die „Schandausstellung" durchzuführen.

Im Jahr 1997 entwickelte sich Dresden zu einem bundesweiten Schwerpunkt der NPD und vor allem ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten" (JN). Durch den Zuzug des Kölner JN-Kaders **Oliver Händel**, die Installation des bundesweiten Infotelefones der JN und den Umzug der JN-Bundesgeschäftsstelle nach Dresden, verlegten die „Jungen Nationaldemokraten" einen wichtigen Teil ihrer Kommunikationsstruktur hierhin. Schon immer in Dresden beheimatet ist **Katharina Handschuh**, die lange Zeit als Bundesmädelbeauftragte der JN fungierte. Sie betreibt zusammen mit Händel das schon erwähnte Infotelefon der JN.

Seit ihrem erfolgreichen Aufmarsch am 1.März letzten Jahres in München verzeichnen NPD und JN einen massiven Zulauf an neuen Mitgliedern. Dieser Trend ist besonders extrem in Sachsen zu beobachten. Dort hat sich die Mitgliederzahl in den vergangen 12 Monaten mehr als verdreifacht. Inzwischen besitzen mehr als 1.000 Nazis den Mitgliedsausweis der NPD im Freistaat. Der Kreisverband in Leipzig ist mit mehr als 200 Mitgliedern der bundesweit größte.

Auch in Dresden hatte sich zwischen März und November 1997 die Mitgliederzahl vervierfacht und liegt jetzt bei etwa 80 Mitgliedern. Im Unterschied zum westlichen Teil der Republik, sind in Ostdeutschland ca.70 Prozent der NPD-Mitglieder unter 30 Jahren. Damit ist es der NPD gelungen, vor allem jüngere Leute an sich zu binden und das Image eines „Altherren-Stammtisches" im Osten abzustreifen. Derzeit ist die NPD mit 17 Kreisverbänden im Land der sagenumwobenen „Soko Rex" vertreten. Diese wird nicht müde, ihre Repression gegen „Stiefelnazis" als Erfolg zu verkaufen, ohne daß sie jedoch gegen die Entwicklung Sachsens zum größten Stütz-

punkt organisierter NPD/JN-Aktivisten intervenieren konnte. Auch die Aussage des sächsischen Ausländerbeauftragten Heiner Sandig (CDU), daß im Jahr 1997 die meisten Straftaten mit rechtsextremen Hintergrund seit der Wende in Sachsen zu verzeichnen waren, bestätigt, daß das Konzept der „Soko Rex" nahezu komplett gescheitert ist.

Die Demonstrationen in Dresden

Mit dem Bekanntwerden der Planungen der NPD für den Januar konstituierte sich ein „Dresdner Bündnis gegen Rechts", welches u.a. von Grünen, SPD, DGB und autonomen Antifagruppen getragen wurde. Es versuchte sowohl die entstandenen NPD/JN-Strukturen in Dresden zu thematisieren als auch den geplanten Naziaufmarsch zu verhindern. So



NPD-Chef Udo Voigt (2. von rechts) und sein Stellvertreter Jürgen Distler (links)

meldete es eine Demonstration an, um der NPD offensiv entgegentreten zu können.

Ähnlich dem Procedere in Saalfeld im November vergangenen Jahres wurde auch in Dresden versucht, das „Dresdner Bündnis gegen Rechts" und die NPD in einen Topf zu werfen. Dies wurde sowohl durch das Verhalten des Dresdner Oberbürgermeisters **Herbert Wagner** (CDU) als auch durch die Verbotsverfügung für die Demonstration des antifaschistischen Bündnisses deutlich. Wagner entblödete sich nicht, kurzfristig die Teilnahme an der Eröffnungsmatinee der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" mit der Begründung ab-

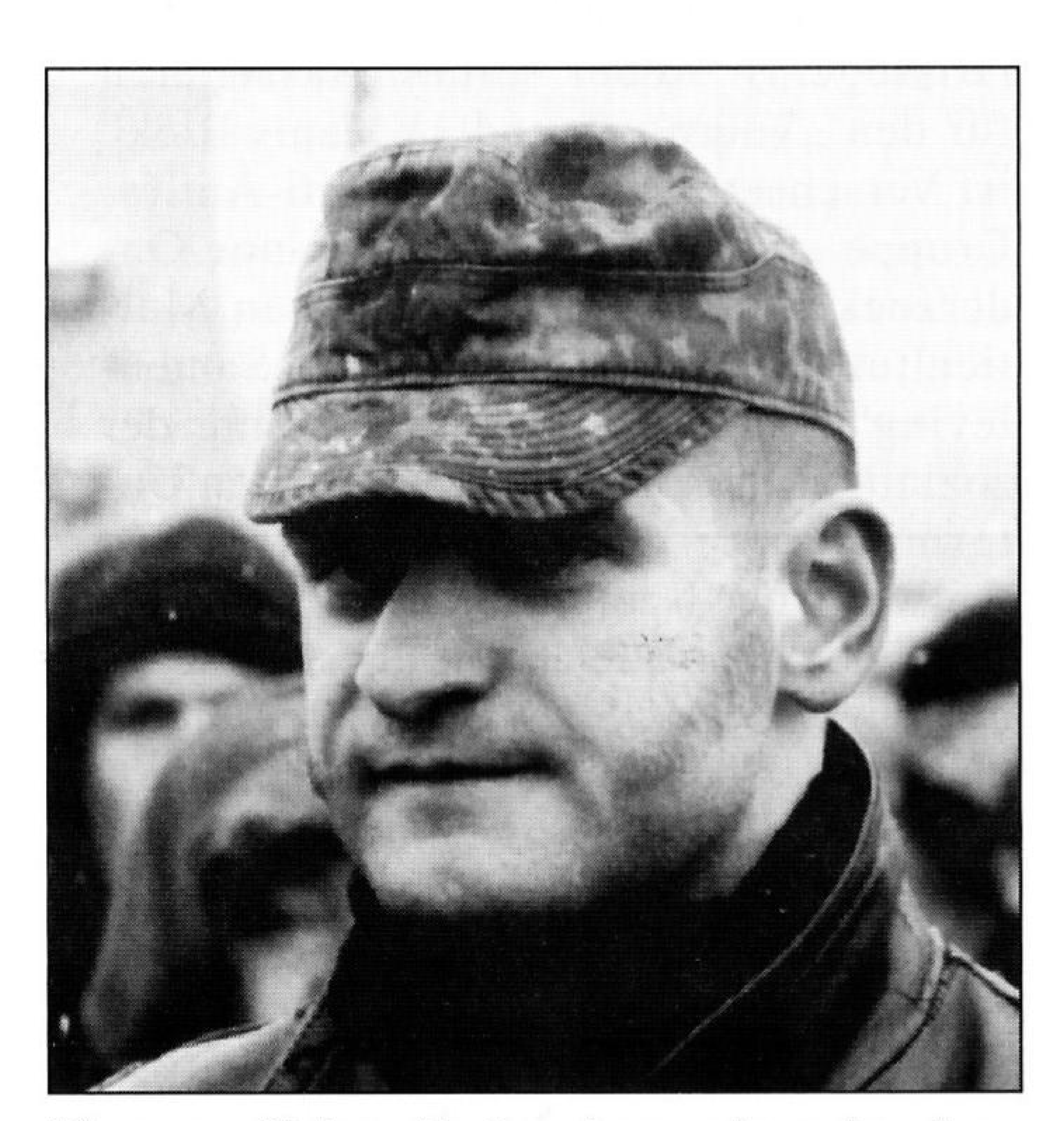


Marschierende NPD'ler in Dresden

zusagen, daß er als OB die Dresdner nicht spalten, sondern vielmehr zu deren Einigung beitragen wolle. Anfang der 90er Jahre war es derselbe Oberbürgermeister Wagner, welcher die Großaufmärsche der „Nationalen Offensive" in Dresden stattfinden ließ, und auch war es Wagner, der 1992 dem israelischen Botschafter versprach, daß Dresden nie wieder zum Aufmarschort für Nazis werden würde.

Die Begründung für das Verbot der antifaschistischen Demonstration brachte ein haarsträubendes Verhältnis im Bezug auf die Demonstrationsfreiheit zu Tage. So wurde u.a. eine gesprühte Parole in Berlin („24.1. - Naziaufmarsch in Dresden verhindern") als Legitimation für das versuchte Verbot herangezogen. Ebenfalls wurde die Demonstration der NPD, welche vom Landesvorstand Sachsen angemeldet wurde, untersagt. Beide Verbote waren nicht haltbar und so entschied das Oberverwaltungsgericht in Bautzen, daß die NPD in der Innenstadt und das „Dresdner Bündnis gegen Rechts" außerhalb der Innenstadt demonstrieren dürften. Begründet wurde diese Entscheidung mit dem Erstanmelderrecht der NPD.

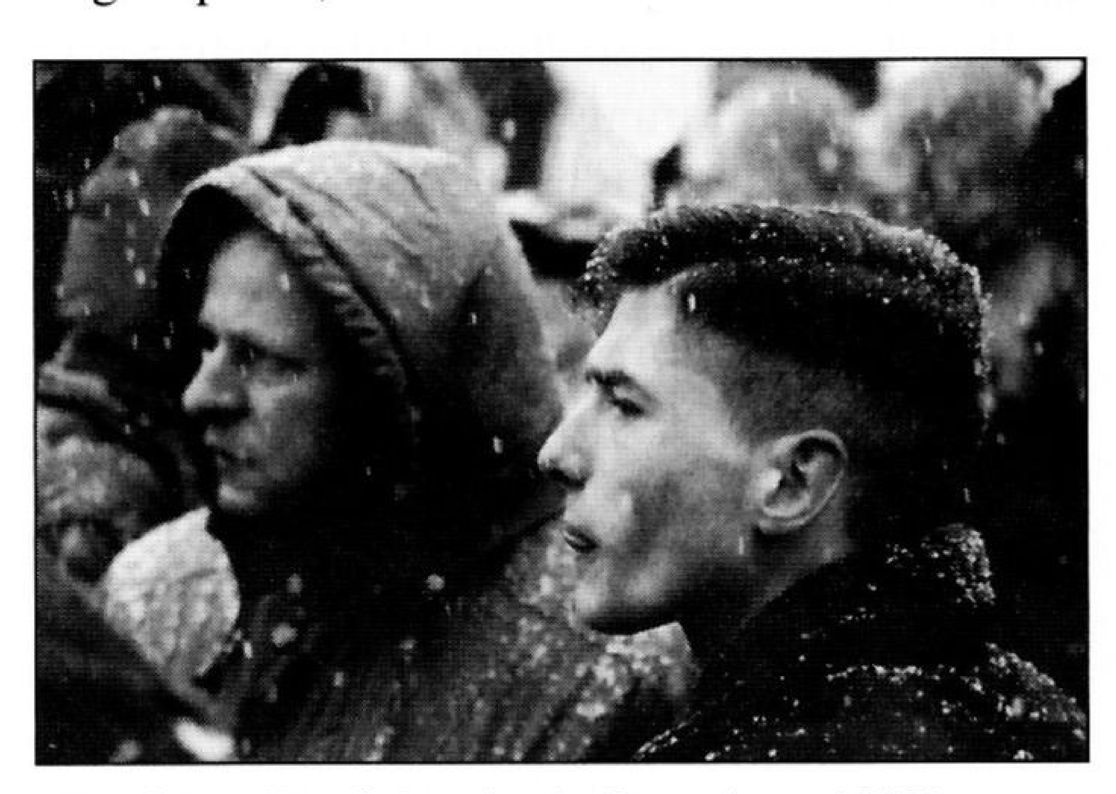
Im Vorfeld der Demonstration in Dresden kam es zu einem Anschlag mit Farbgläsern auf das Gebäude, in welchem die Wehrmachtsausstellung gezeigt werden sollte. Bei dieser Aktion wurde aber nur geringer Sachschaden angerichtet. Schon zuvor plakatierte die „Kameradschaft Sachsenfront" aus Dresden am Ausstellungsort, um gegen die Exposition zu hetzen. Auch wurden vereinzelt Aufkleber und Plakate „Autonomer Nationalisten" verbreitet, welche zu Aktionen in der Ausstellung und zu einer „Demonstration des



Thorsten Heise, Ex-Landesvorsitzender der FAP in Niedersachsen

nationalen Widerstandes" aufriefen. Vor allem letztere sind den Dresdner Strukturen von NPD und JN zuzurechnen.

Am 24.Januar glich die Dresdner Innenstadt einer Festung. Ca. 3000 Polizisten sollten an jenem Tag dafür sorgen, daß beide Demonstrationen parallel zueinander stattfinden konnten. Trotz bundesweiter Mobilisierung waren es nur etwa 1.200 Menschen, die gegen den Aufmarsch der NPD auf die Straße gingen. Die Mehrheit der Leute kamen dabei aus dem autonomen Antifaspektrum. Die gleiche Anzahl von Demonstranten war dem Aufruf der NPD gefolgt, obwohl diese kaum öffentlich für ihren Aufmarsch mobilisiert hatten. Ein Großteil der Teilnehmenden auf Seiten der NPD kamen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. So waren u.a. größere Abordnungen aus Zwickau, Chemnitz, Freiberg, Stendal und Ostsachsen in Dresden vertreten. Schon am Morgen war es in Wurzen zu schweren Auseinandersetzungen zwischen AntifaschistInnen und Nazis aus dem Muldentalkreis gekommen. Die AntifaschistInnen aus Leipzig und Umgebung wurden auf dem dortigen Bahnhof von etwa 70 Mitgliedern und Sympathisanten der NPD im Zug angegriffen. Dabei gelang es den Nazis in den Zug zu steigen. Als der Zug kurze Zeit später abfuhr, wurde er kurz hinter Wurzen mittels Betätigung der Notbremse gestoppt, so daß der Ort der Auseinandersetzungen aus dem Zug auf das freie Feld verlegt wurden. Dabei wurde der stellvertretende NPD-Vorsitzende im Muldentalkreis schwer verletzt. Das Infotelefon der JN vermeldete einige Tage später, daß sich unter den verletzten



Matthias Paul (rechts), Dresdens NPD-Kreisvorsitzender und Jürgen Schön

Nazis auch **Sascha Wagner** befand, welcher Mitglied im Bundesvorstand der JN ist. Daß die Polizei nicht vor Ort war, und den Angriff der Nazis in der „Befreiten Zone" Muldentalkreis unterband ist mehr als fragwürdig, schließlich war sie an jenem Tag über alle anreisenden Nazigruppen informiert. Daß sich gerade im Raum Wurzen, einer bundesweit bekannten Hochburg rechtsradikaler Aktivitäten, eine 70köpfige Gruppe von Nazis ungestört austoben konnte, ist nicht nachvollziehbar.

Die Demonstration der NPD in Dresden zog eine Vielzahl bundesweiter Nazikader an. Neben ihrem Bundesvorsitzenden **Udo Voigt** waren auch **Jürgen Schön** und **Steffen Hupka** aus dem Bundesvorstand der NPD vertreten. Teilnehmer der Demo waren ebenfalls **Jörg Hähnel** und Oliver Händel, beide Mitglieder im Bundesvorstand der JN. Erwähnenswert ist auch die Anwesenheit von **Christian Worch**, der Dresden noch sehr gut aus seinen GdNF-Zeiten kennt, und **Thorsten Heise**, ehemals Führungsaktivist der inzwischen verbotenen FAP.

Die Zeiten, wo ein Demonstrationsaufruf der NPD nur einige wenige Nazis mobilisieren konnte, sind vorbei. Daß sie es geschafft hat, mit ihrer internen regionalen Mobilisierung über 600 ihrer Mitglieder und Sympathisanten auf die Straße zu bringen, muß der Antifa-Bewegung zu denken geben. Spätestens seit den Erfolgen der NPD in Stavenhagen, Dresden und Passau ist die Zeit reif für neue antifaschistische Konzepte. Eine Intervention gegen rechtsradikale Großaufmärsche und -veranstaltungen kann beim heutigen Kräfteverhältnis nur noch Erfolg haben, wenn regional verhindert wird, daß Nazis abfahren können.

Andreas Speit

Neonazi-Aufmarsch in Lübeck verhindert

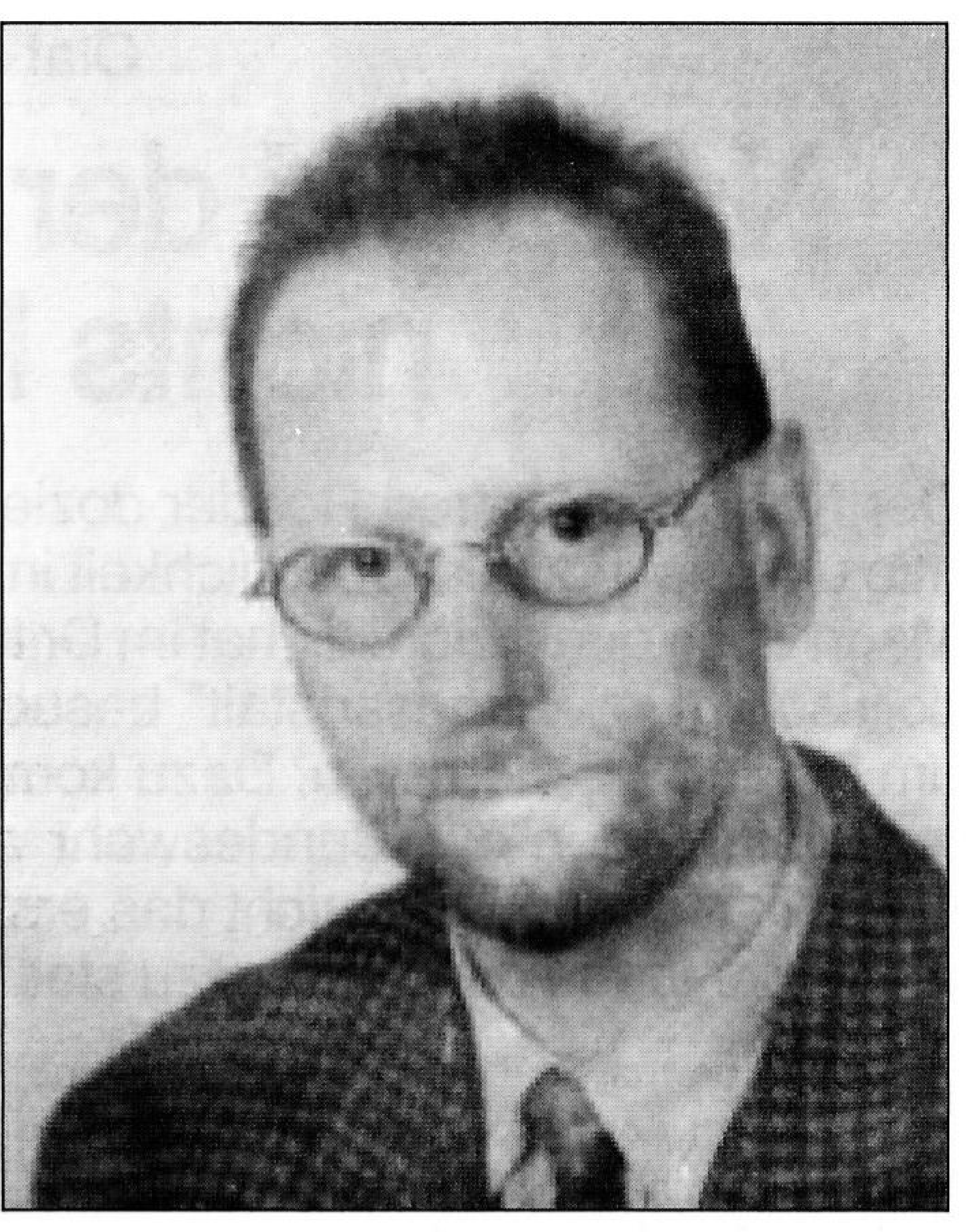
„Hier marschiert der nationale Widerstand", skandierte die „nationale Opposition" des „Bündnis Rechts für Lübeck" im Lübecker Stadtteil Moisling.

Seit Wochen kündigten Stelltafeln in Lübeck den Wahlkampfauftakt der „Wählervereinigung" am Jahrestag der Machtübergabe an die NSDAP, dem 31.Januar, an.

Mit den Wählerstimmen der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein am 22.März möchte **Dieter Kern**, Vorsitzender und Spitzenkandidat des „Bündnisses" und Mitglied sowohl der „Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DLVH) als auch der „Nationaldemokratischen Partei Deutschland" (NPD) den „Volkszorn ins Rathaus tragen". Doch zum Marschieren kamen die ca.200 Angereisten nicht, die von den Hamburger Neo-Nazis **Christian Worch** und **Thomas Wulff**, beide ehemals Führungskader der verbotenen „Nationalen Liste", angeleitet wurden.

Zwar hatte das Schleswiger Verwaltungsgericht das Kundgebungsverbot der Stadt Lübeck gegen 13.00 Uhr aufgehoben und die Polizei eskortierte den Buskonvoi des „Bündnisses" zum Auftaktsort, dem „Freibad Moisling" - aber Lübecks Bürgermeister Michael Bouteiller (SPD) verbot vor Ort erneut den Aufmarsch. Zum einen sah er durch den Verlauf der Aktion bestätigt, daß das „Bündnis" eine „Tarnorganisation bereits verbotener rechter Organisationen" ist, und zum anderen schätzte er ein, daß die „öffentliche Ordnung nicht aufrecht zu erhalten" sei: „Die Wulffs und Worchs mißbrauchen das Wahlrecht als Deckmantel. Da hilft nur ein Verbot." Nach der Gegenkundgebung des Lübecker Bündnisses gegen Rassismus unter dem Motto „Den Naziaufmarsch verhindern", unterstützt von kirchlichen, gewerkschaftlichen und autonomen Gruppen, sowie vom SPD-Ortsverein, war es zu vereinzelten Auseinandersetzungen und mehreren passiven Straßenblockaden im Stadtteil gekommen, der fast gänzlich von der Polizei abgesperrt war. Als Autonome und MigrantInnen eine Barrikade in Brand setzten, sah die Polizei die Sicherheit nicht mehr gewährleistet und löste auf Anweisung von Bouteiller die Demonstration des „Bündnis Rechts" auf. Unter Drohgebärden („Bouteiller wir kriegen dich!") stiegen die Neo-Nazis in ihre Fahrzeuge und verließen geschützt von der Polizei Moisling. Trotzdem kam es bei der Abfahrt zu Auseinandersetzungen zwischen AntifaschistInnen und Neo-Nazis.

Uber 500 Gegendemonstranten hatten sich bereits am Vormittag zur antifaschistischen Kundgebung im Stadtteil eingefunden, wo u.a. Christoph Kleine vom Lübecker Bündnis gegen Rassismus darstellte, daß die „Wählervereinigung" von Schlips-und-Kragen-Faschisten und militanten Neo-Nazis getragen wird. Diese kommen aus der DLVH, der NPD sowie den „Jungen Nationaldemokraten" (JN) und den „Freien Nationalisten und freien Aktionsgruppen". Spitzenkandidaten des „Bündnisses" zur Kommunalwahl in Lübeck sind Dieter Kern, **Reinhard Kessow** (NPD) und **Andreas Rothmann** (JN).



Dieter Kern

Im Laufe des Tages nahm die Polizei 82 GegendemonstrantInnen vorläufig fest. Nur die „gerichtliche Fehlentscheidung und das massive Polizeiaufgebot ermöglichte die Nazikundgebung, und ausschließlich der antifaschistischen Präsenz ist es zu verdanken, daß die Faschisten sich mit einer kurzen Kundgebung begnügen mußten", kommentierte Kleine am Abend. Er forderte das „Bündnis Rechts" zu verbieten, das am 14.März erneut in Lübeck marschieren will.

Sönke Braasch

Nazigruppe verantwortlich für Friedhofsschändungen

Eine Serie von rechtsextremistischen, insbesondere antisemitischen Straftaten in Rheinland-Pfalz wurde kurz vor Weihnachten aufgeklärt.

Am 19.Dezember verhaftete die Polizei sieben tatverdächtige Neonazis, auf deren Konto zahlreiche Bedrohungen und Sachbeschädigungen, neben jüdischen Friedhöfen auch an evangelischen und katholischen Kirchen, gehen sollen. Vorgeworfen werden den Tatverdächtigen u.a. die Friedhofsschändungen im westpfälzischen Dahn bei Busenberg (Kreis Südwestpfalz) vom November 1994 und im vorderpfälzischen Neustadt/Weinstraße vom Mai 1997.

Unter den sieben Tatverdächtigen im Alter zwischen 19 und 30 Jahren befinden sich **Christoph Bauer** (30) aus dem südbadischen Grenzach-Wyhlen (Kreis Lörrach) und **Markus Walter** (22) aus Pirmasens. Der Student Bauer fungiert als Vorsitzender der 1986 von **Ernst Tag** (51) initiierten „Aktion Sauberes Deutschland" (ASD), der mit einer Ausnahme auch alle übrigen Tatverdächtigen angehören. Nach dem öffentlich verkündeten Ausstieg von ASD-Gründer und -Führer Ernst Tag „aus dem nationalpolitischen Widerstand in der BRD" am 30.Mai 1995 kamen die Aktivitäten der ASD („In der ASD haben sich deutsche Bürger zusammengefunden, die sich der Weltanschauung des nationalen Sozialismus verpflichtet fühlen") vorübergehend zum Erliegen. Im zweiten Halbjahr 1996 erschienen wieder Publikationen der ASD aus Lörrach. Bereits in der Vergangenheit wirkte Bauer als Schriftleiter der von der ASD herausgegebenen Publikation „Der Schulungsbrief". Im August 1996 versuchten „Christoph und die südbadischen Kameraden" eine Kundgebung anläßlich des Todestages von Rudolf Hess durchzuführen. Zur selben Zeit nahm auch das 1987 gegründete „Internationale Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige e.V." (IHV) seine Tätigkeit wieder auf. Nachfolger von Ernst Tag als IHV-Vorsitzender wurde Markus Walter, sein Vize das vormalige Mitglied der neonazistischen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP), Bauer.

Unter der Leitung von Ernst Tag hatte das IHV 1993 ein Ortsregister von Gedenkstätten im „Angebot": „Endlich für alle. Gedenkstätten, Synagogen, jüd. Friedhöfe, KZ-Lager und vieles mehr! Etwa 865 west- und mitteldeutsche Standorte, alphabetisch geordnet in 14-seitiger Broschüre mit großer Karte zum besseren Auffinden." Tag veräußerte diese Auflistung zum Preis von 10 Mark, die er unauthorisierterweise von der Bundeszentrale für politische Bildung übernommen und in einen völlig anderen, zynischen Kontext eingeordnet hatte.

Die zwei Kleinstorganisationen ASD und IHV unterhielten in der jüngsten Vergangenheit Kontakte zur 1996 gegründeten „Nationalen Volksfront" (N.V.F.) in Neustadt/Weinstraße um den mittlerweile inhaftierten 20jährigen Neonazi **Stefan Michael Bar**. So stammten beispielsweise verschiedene Beiträge der in Neustadt erscheinenden Schrift „Reichsruf. Stimme der NS-Bewegung Saar-Pfalz" von Aktivisten der beiden Organisationen. Umgekehrt wurde „der Familie Walter zum Stammhalter Rudolf Wotan" im „Reichsruf" der N.V.F. gratuliert. Die Aktivitäten der beiden neonazistischen Organisation wurden im aktuellen Verfassungsschutzbericht des Landes Rheinland-Pfalz als „von nachrangiger Bedeutung" charakterisiert. Zur Aufklärung der antisemitischen Straftaten führten nach vergeblichen Bemühungen einer „SoKo Busenberg" jetzt die Aussagen eines verhafteten 19jährigen Neonazis aus Bad Dürkheim.

Olaf Goebel

Nazis bei der Bundeswehr - nichts Neues?!

Der Neonazi Manfred Roeder dozierte in der Bundeswehrführungsakademie und die mediale Öffentlichkeit in der BRD gerät in Aufruhr. Dabei ist der Mann doch qualifiziert. Er hat im Dritten Reich die NS-Eliteschule "Nationalpolitische Erziehungsanstalt" besucht und als 16jähriger am "Endkampf" um Berlin teilgenommen. Dazu kommt noch der Aufschrei wegen den Materiallieferungen der Bundeswehr an Roeder und andere rechtsradikale Organisationen. Es ist nicht das erste Mal, daß Neonazis Material bekommen oder ihnen der Zugang zu staatlichem Kriegsmaterial ermöglicht wird.

Erwiesenermaßen konnten (und können?) Terrorgrößen der Naziszene seit langem auf Waffen staatlichen Ursprungs zurückgreifen. Und weil **Manfred Roeder** unzweifelhaft zu diesem Kreis gehört, war ihm dies ebenfalls in der Vergangenheit nicht verwehrt worden. Roeder hatte etwa seit 1980 Zugang zu Militärmitteln, die der geheimen "Gladio"-Struktur zugerechnet werden. Diese Truppe war vom CIA in den 50er Jahren europaweit unter maßgeblicher Regie alter Nazis aufgebaut worden und wurde ab 1956 unter der Führung des neugegründeten BND weitergeführt. Ihre Aufgabe war die Bekämpfung kommunistischer Kräfte im Falle einer russischen Invasion und der innenpolitische Kampf gegen die linke Opposition. Die "Gladiatoren" legten "Proskriptionslisten" an (Proskriptionen waren im alten Rom öffentliche Aushänge, auf denen die Namen von geächteten politischen Gegnern bekanntgemacht wurden, die unter Einziehung ihres Vermögens für vogelfrei erklärt wurden, was praktisch einem Todesurteil gleichkam. In der Weimarer Republik führten mehrere rechte Kampforganisationen ebenfalls 'Proskriptionslisten' mit den Namen demokratischer Politiker, die umgebracht werden sollten), trainierten unter Mithilfe von US-Army und Bundeswehr den Umgang mit Waffen und belieferten die deutschen Innenbehörden mit Material über den linken politischen Gegner.

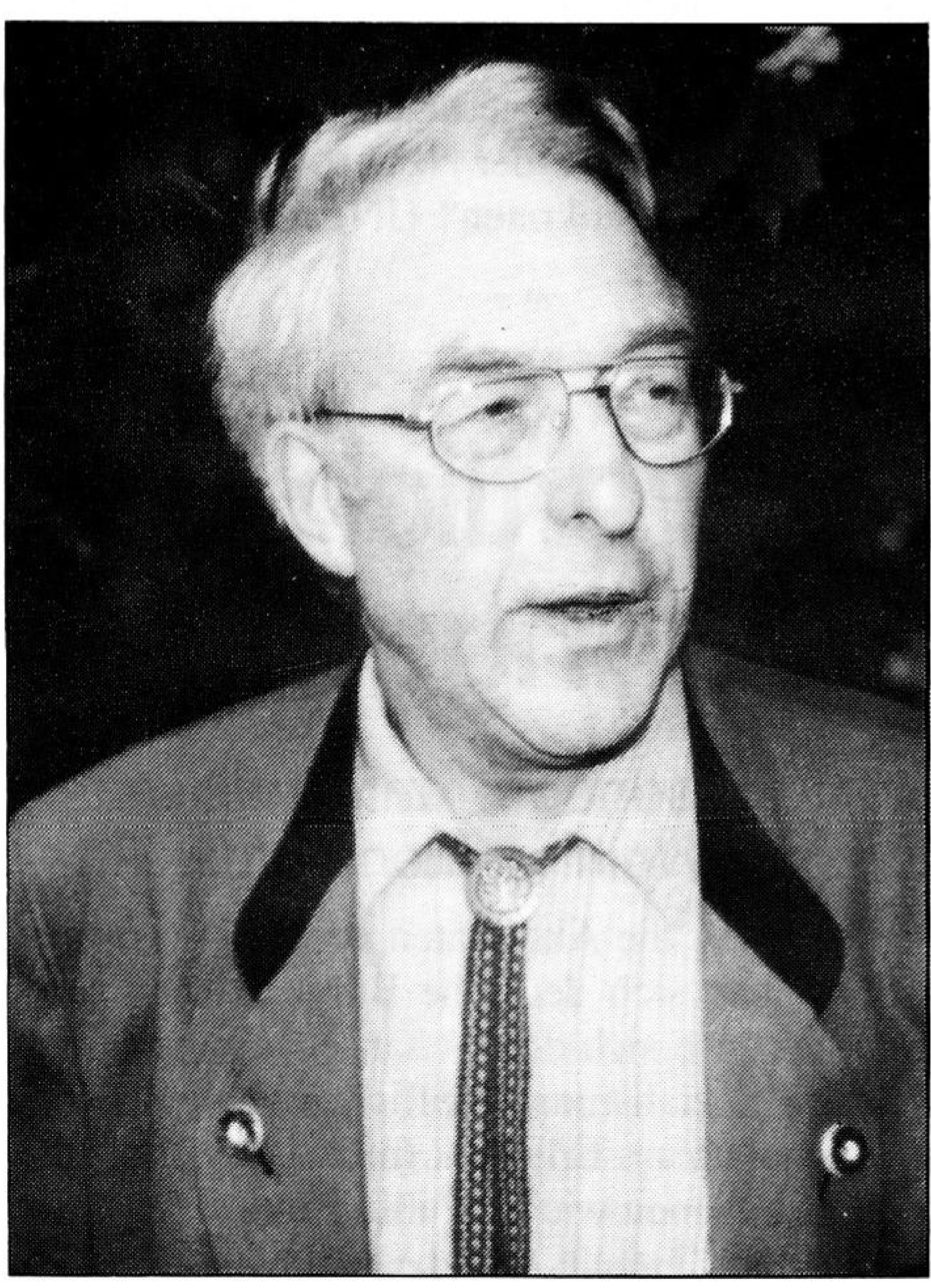
1981 waren in der Lüneburger Heide Unmengen von Waffen gefunden worden, die von Fachleuten, z.B. der "Österreichischen Militärzeitschrift", dem offiziellen Organ des österreichischen Bundesheeres, "Gladio" zugerechnet werden. Bis heute dementiert die Bundesregierung diesen Sachverhalt.

Verwaltet hatte die 88 Waffenkisten, die u.a. 156 kg Sprengstoff, hunderte Handgranaten, chemische Kampfmittel, 50 Panzerfäuste und automatische Waffen enthielten, der Neonazi **Heinz Lembke**, ein Freund von Manfred Roeder. In einer BKA-Vernehmung am 3.Oktober 1980 sprach Roeder über den Kontakt zu Lembke. Dieser habe seinem "Freundeskreis" angehört und sie hätten detailliert über "Anschläge auf Richter, Landräte und eine im Bau befindliche Polizeischule bei Gorleben" gesprochen.

Daß die Lembke-Waffen einen organisierten Hintergrund haben mußten, davon ging seinerzeit der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff aus: "Die Waffen können nicht aus Diebstählen bei der Bundeswehr stammen, sondern müssen regelrecht angeliefert worden sein." Die ermittelnde Staatsanwaltschaft suchte ebenfalls nach den Hintermännern, bis ihr auf höhere Weisung der Fall von der Bundesanwaltschaft entzogen wurde.

Der Verfassungsschutz hingegen, wie sollte es anders sein, war anderer Ansicht und meldet in seinem Bericht 1983: "Es konnte nicht der Nachweis erbracht werden, daß Lembke beim Beschaffen und Vergraben der (...) Schußwaffen die Hilfe anderer Personen in Anspruch genommen hat. Somit muß davon ausgegangen werden, daß es sich bei Lembke um einen der zahlreichen neonazistischen 'Einzelkämpfer' handelt."

Eine Waffenquelle wurde doch gerichtsbekannt, die halbstaatliche Verwertungsfirma "Vebeg" in Frankfurt/M., die die Vernichtung von zur Ausmusterung bestimmten Militärmaterials organisiert. Beziehen kann dort jeder "außer Dienst gestelltes Gerät" aus den Beständen der Bundeswehr. Derzeit sind neben den über 10.000 Fahrzeugen (LKW, Jeeps, Mannschaftsfahrzeuge etc.) auch Landungs- oder Minensuchboote erwerbbar.



Nazi-Terrorist und 'Freund der Bundeswehr' Manfred Roeder

Der ehemalige Wehrsportgruppenführer **Karl-Heinz Hoffmann** soll aus der gleichen Quelle Material bezogen haben, die er in großen Mengen in den Nahen Osten verschob. Bei Hoffmann waren seinerzeit bei Haussuchungen neben Waffen (Karabiner, Pistolen, eine Zwei-Zentimeter-Flak etc.) auch Fahrzeuge aus Bundeswehrbeständen gefunden worden, darunter ein Zwölf-Tonnen-Schützenpanzer.

Ein ehemaliges Mitglied von Hoffmanns Wehrsportgruppe (WSG) hatte von Kontakten zum BND gesprochen, bei denen über Lieferungen von Heeresfahrzeugen in den Libanon und nach Syrien verhandelt wurde. Verbindungen hatte Hoffmann auch zu dem Nürnberger Rüstungsfabrikanten **Karl Diehl**, einem Duzfreund von Franz Josef Strauß.

Die Firma "Vebeg" hat laut Aussagen eines französischen Richters eine "Schlüsselrolle bei Waffentransfers" gespielt. Rüstungsschrottfirmen wie das für Bundeswehr und NATO tätige Bundesunternehmen sind ideale Tarnfirmen für Geheimdienste, um Waffen und Rüstungsgüter an Personen oder Gruppierungen zu transferieren, mit denen offizielle Geschäfte aus verschiedenen Gründen nicht möglich sind.

Für den BND gehört Waffenschmuggel seit langem zum Geschäft. Diese Geldquelle, an der Politiker und Geheimdienstler gleichermaßen verdienten, nahm schließlich solche Ausmaße an, daß sich der erste BND-Chef und ehemalige Wehrmachtsgeneral **Reinhard Gehlen** 1960 gezwungen sah, eine BND-interne Gruppe zur "Aufdeckung des Waffenschmuggels" einzurichten.

Schon Ende der 70er Jahre wiesen Spuren uniformtragender Rechter in die Bundeswehr. Gerichtsverfahren gegen Neonazis machen personelle Querverbindungen zur Truppe deutlich. Erinnert sei an **Michael Kühnen**, ehemals Student an der Bundeswehrhochschule, Bundeswehrleutnant und Gründer der "Aktionsfront Nationaler Sozialisten", dessen Mannen sich Militärwaffen verschafften, oder **Steffen Dupper** (WSG Ortenau), der damals vor dem Landgericht Karlsruhe schilderte, wie seine Vorgesetzten auf seine Dienste als Pionierausbilder auch dann noch nicht verzichten mochten, als der "Militärische Abschirmdienst" (MAD) längst über Verbindungen des Ausbilders Duppers zum rechtskriminellen Untergrund zu berichten wußte.

Zwei Jahre nach dem Waffenfund in der Lüneburger Heide wurde auch einer von Lembkes Waffenlieferanten bekannt: ein Oberfeldwebel der Bundeswehr. Er erhielt eine Strafe in Form eines Strafbefehls, der ihn anwies, eine vierstellige Summe dafür zu zahlen, "einige Waffen" für Nazi-Terroristen besorgt zu haben. Wie die Oberstaatsanwaltschaft mitteilte, handelte es sich bei dem Soldaten nicht um einen Neonazi, sondern lediglich um einen Mann mit einer "Leidenschaft für Waffen".

Im Zusammenhang mit dem Geständnis des Oberfeldwebels machte die Oberstaatsanwaltschaft auch noch einige ergänzende Angaben. Sie stellte fest, "daß von Lembkes Aktivitäten keine so große Gefahr ausgegangen sei wie zunächst befürchtet. Seine Bestrebungen seien nämlich nicht gegen die bestehende Ordnung der Bundesrepublik gerichtet gewesen. (...) Vielmehr habe der Forstwirtschaftsmeister Vorbereitungen für den Fall einer kommunistischen Machtergreifung getroffen, damit dann ein 'Werwolf' losschlagen könne."

Damit legte das Gericht eine Spur mehr in

Richtung "Gladio". Lembke habe nämlich die Waffen und Sprengmittel gesammelt, um im Falle einer "Intervention aus dem Osten" einen "Partisanenkrieg" führen zu können. Wie allerdings ein Einzeltäter einen Krieg führen soll, erklärte das Gericht nicht. Befragt werden kann Lembke dazu nicht mehr. Am 1.November 1981 wurde er am Fensterkreuz seiner Zelle erhängt aufgefunden. Ausgerechnet einen Tag vor seinen angekündigten umfangreichen Aussagen. In der Naziszene wird noch heute von Mord durch einen Geheimdienst gesprochen. Von Ermittlungsbeamten, die Lembke schon einmal vernommen hatten, wurde er als Typ bezeichnet, "dem man keinen Selbstmord zutrauen würde." Zwei Tage nach Lembkes Tod meldeten Medien, daß nun neben dem MAD auch der BND eingeschaltet worden sei. Einen Tag später entzog der Generalbundesanwalt den niedersächsischen Behörden die weiteren Ermittlungen und übertrug sie einer Sonderkommission des BKA, wegen der "Notwendigkeit bundesweiter Ermittlungen". Für den niedersächsischen Innenminister Möcklinghoff war die Ablösung der ermittelnden Beamten ein "kriminaltaktischer Schildbürgerstreich". Ein Jahr später wurde die Einstellung des Lembke-Verfahrens bekanntgegeben. Aus den Ermittlungen gegen eine terroristische Vereinigung war ein toter Einzeltäter geworden.

Auf Ergebnisse dieser Art wollte ein "antifaschistisches Kommando" offensichtlich nicht warten. Ein Großteil der Bundeswehrfahrzeuge, die von der Wehrsportgruppe "Nothilfetechnische Übungs- und Bereitschaftsstaffel e.V.", geführt von Lembkes Freund **Uwe Jürgens**, benutzt wurden, wurde 1984 durch einen Brandanschlag aus dem Verkehr gezogen.

Das BKA hatte Roeder und Mitglieder seiner Terrorbande "Deutsche Aktionsgruppen" seinerzeit verhört, weil am 26.September 1980 auf dem Münchner Oktoberfest eine Bombe explodiert war, bei der 13 Menschen den Tod fanden und 213 verletzt wurden. Aber es stellte heraus, daß nicht Roeders Leute die Täter waren, sondern der Anschlag von dem Neonazi und „WSG Hoffmann"-Mitglied **Gundolf Köhler**, der während seiner Dienstzeit bei einem Panzer-Bataillon der Bundeswehr zur WSG gestoßen war, verübt worden war. Ein Großteil der 600 aktiven "Kämpfer" der WSG waren freiwillig oder wehrpflichtig in der Bundeswehr und ein Trupp war ein halbes Jahr im Libanon zu Guerillakämpfern ausgebildet worden. Weder diese Ausbildung noch die Mitgliedschaft in der 1980 verbotenen WSG-Hoffmann hinderte die US-Army daran, den "Führer" des "Sturm 7", einer Abteilung der WSG, jahrelang in ihren Dienst als Wachmann zu stellen.

Allein in der zweiten Hälfte der 70er Jahre waren in der BRD über 20.000 Waffen aus Beständen der Bundeswehr, der NATO und aus Privatbesitz entwendet worden. Gerichtlich wurde erwiesen, daß ein erheblicher Teil davon bei faschistischen Banden gelandet war.

Ein weiterer brauner Topterrorist konnte sich ebenfalls aus den Lembke-Depots bedienen: **Peter Naumann**. Der Diplom-Chemiker Peter Naumann gilt in der rechten Szene als Sprengstoffexperte und fiel mit seinem tödlichen Hobby schon 1974 auf. Damals noch Bundeswehrsoldat, verletzte er sich beim Hantieren mit selbstgebastelten Sprengkörpern an der Hand schwer. Ein Feuerwerker kam bei der Entschärfung weiterer Naumann-Bomben ums Leben. Soweit von der Bundesanwaltschaft zu erfahren war, ist Naumann dafür nicht zu einer Freiheitsstrafe o.ä. verurteilt worden. In dieser Zeit war er außerdem Mitglied der Bundesführung der NPD-Jugendorganisation "Junge Nationaldemokraten" (JN). 1982 verabredete er sich mit **Walter Kexel** und **Odfried Hepp**, Mitglieder der "Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands", den Spandauer Knast zu sprengen und den greisen **Rudolf Hess** zu befreien. Zur Tat kam es nie - ideologische Probleme verhinderten eine weitere Zusammenarbeit. Hepp war damals Mitglied der „WSG Hoffmann", von ihm stammen die Informationen über Hoffmanns Waffenhandel in den Nahen Osten.

Mit Lembke hatte Naumann 1978 die Sprengung der TV-Sendemasten geplant, die Naumann ein Jahr später in die Luft jagte, um die Ausstrahlung der Sendung "Holocaust" zu verhindern.

Als 1987 Hepp verhaftet wurde, konnte diese und weitere Taten Naumann zugeordnet werden. 1988 wurde er wegen verschiedener Delikte zu 4 1/2 Jahren Strafe verurteilt, darunter ein Sprengstoffanschlag am 30.August 1978 auf die Gedenkstätte der „Fosse Ardeatine" bei Rom, die an die Erschießung von 335 zivilen italienischen Geiseln durch die SS erinnert.

Im Verfahren stellte sich heraus, daß Naumann Kontakte zum Bundesgrenzschutz hatte, und daß der benutzte Sprengstoff aus Bundeswehrbeständen und die Zündvorrichtungen sowie diverses Werkzeug aus den Beständen des Bundesgrenzschutzes stammten.

Daß Naumann militärisch gut gerüstet war, zeigte er Mitte August 1995 der Presse und Beamten des BKA. Er führte sie zu Erddepots die mit Waffen und Sprengstoff gefüllt waren. Wie sich herausstellte, war ein Teil der Waffenlager seinerzeit von Heinz Lembke angelegt worden und Naumann verwaltete diesen Nachlaß seit Lembkes Tod und füllte Militärmaterial nach. Obwohl die Fahnder schon seit 1981 Hinweise auf eine Verbindung zwischen Naumann und Lembke erhalten hatten, in einem Lembke-Depot war ein Fingerabdruck Naumanns gefunden worden, reichten die Ermittlungen nicht über einem Aktenvermerk hinaus.

Naumann, blieb trotz allem für den hessischen Verfassungsschutzdirektor Firse ein "isolierter Einzeltäter".

Was nun Roeder genau in der Führungsakademie der Bundeswehr gesagt hat, ist bis heute unbekannt. Aber ob er mit folgendem (alten) Beitrag bei den Offizieren eher auf Widerspruch gestoßen wäre? "Wir sind gezwungen, wie Guerillas eine Freiheitsbewegung ins Leben zu rufen, das heißt, daß wir wie Partisanen im Volk schwimmen und überall angreifen. Mit psychologischer Kriegsführung. Mit allen anderen Mitteln, die uns zu Gebote stehen. Jedes Volk wendet Gewalt an, wenn es um seine Lebensrechte geht."

Kanzlerkandidat Manfred Roeder

Seine unerwartete, späte Bekanntheit infolge des skandalösen Gastvortrags an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg nutzt der verurteilte Rechtsterrorist **Manfred Roeder** (69) zu einem politischen Comeback-Versuch. Nach seinem Auftritt beim NPD-Bundesparteitag im Januar und der zugesagten Wahlkampfunterstützung für die kommende Bundestagswahl, läßt Roeder nun eine Werbesendung verteilen, in der er sich als „Kanzleralternative 1998" ankündigt: „Durch wen kommt die Wende zur Bürgerpolitik in Deutschland? Nur durch einen Mann, der Deutschland liebt!" In dem Faltblatt listet Roeder verschiedene Aktivitäten seiner politischen Laufbahn auf. Zudem verweist der frühere Rechtsanwalt auf seine „Ehrenmitgliedschaft im 'Deutschen Kulturwerk' durch **Herbert Böhme**, in der 'Deutschen Division' von **Prinz Schaumburg-Lippe**, in der 'Europaburschenschaft Arminia zu Zürich' von Dr. **Manz** sowie einen Sonderpreis mit Ehrenurkunde von **Christian Henke** (Schlesien)".

Personalwechsel bei der HNG

Als presserechtlich Verantwortliche der von der neonazistischen „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangenen und deren Angehörige e.V." (HNG) herausgegebenen „Nachrichten der HNG" fungierten in den letzten Ausgaben **Maik Künzel** und **Rolf Melzner**. Das Amt des Schriftleiters ist seit dem tödlichen Verkehrsunfall des bisherigen Schriftleiters **Andree Zimmermann** im November des vergangenen Jahres vakant. In der Januar-Ausgabe werden in der Rubrik „Vernetzung" neben den Nummern von neun „Nationalen Infotelefonen" und der Mailboxen sowohl des „Nordland-Netzwerkes" wie auch des „Thule-Netzwerkes" verschiedene rechtsextreme Adressen bekanntgegeben. Für den musikalisch-subkulturellen Bereich werden der „Tonträgervertrieb **Jens Pühse**" und „Ohrwurm Records" aus Wuppertal aufgeführt. Der „Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung" des Revisionisten **Udo Walendy**, die „Berlin-Brandenburger Zeitung", die „Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung" von dem belgischen Verlag „Vrij Historisch Onderzoek" in Bercheim und die „Germanenbriefe" von **Michael See** gehören zum empfohlenen publizistischen Bereich. Angekündigt wird weiterhin die Publikation „Sonnenrad. Das Magazin für alle nationalen Deutschen", das im Februar unter der alten Postfachanschrift des „Deutschen Jugend Bundes" in Werdohl erscheinen sollte.

Samuel Salzborn & Bernhard Schmid

L'Europe des racistes

Das neofaschistische Theorieorgan „Nation & Europa“ ist seit Ende des vergangenen Jahres wieder einmal darum bemüht, die „Einheit der Rechten“ bundesweit unter Einbeziehung europaweiter Allianzen zu organisieren. Deshalb wurde bereits am 2.November 1997 im oberbayrischen Kösching ein Treffen der „Nation-Europa-Freunde e.V.“ durchgeführt. Unter dem Motto „Patrioten aller Länder, vereinigt Euch!“ versammelten sich laut Eigenangaben von „Nation & Europa“ (NE) fast 800 Nazis und Neofaschisten aus Deutschland, Frankreich und Belgien.

Das Konzept für die rechte Verbrüderung umreißt „Nation & Europa“ -Redakteur **Karl Richter** wie folgt: „Deutsche Patrioten, mit Handschlag vereint. Und das möglichst schon zum Wahljahr 1998. Noch scheint die Wirklichkeit davon Welten entfernt, bestimmen Vorbehalte, Vereinsmeierei und Ausschließlichkeitsansprüche das Bild. [...] in der Hoffnung, daß aus Zwietracht endlich Eintracht wird. Viel Zeit bleibt diesem Land nicht mehr.“ Einen Vorgeschmack auf die heile Naziwelt gab es auch in Kösching. Unter Leitung des NE-Mitherausgebers **Peter Dehoust** saßen **Yvan Blot** (MdEP, „Front National“, FN), **Frank Vanhecke** (MdEP, „Vlaams Blok“), **Harald Neubauer** (NE-Mitherausgeber, Ex-REP-Vorsitzender Bayern) und der ehemalige Vorsitzende der „Republikaner“ (REP), **Franz Schönhuber** auf dem Podium; ein Gastreferat steuerte **Alfred Mechtersheimer** bei.

FN-Chef Jean-Marie Le Pen und Franz Schönhuber in trauter Eintracht. Im Hintergrund: Johanna Grund

Blot überbrachte eine Grußadresse des FN-Präsidenten **Jean-Marie Le Pen**, in der dieser an die „zersplitterte deutsche Rechte“ appellierte, eine „gemeinsame Plattform“ zu finden. In europäischer Dimension erstrebt der FN eine „technische Fraktion“ im Europäischen Parlament. Zur Bildung einer solchen Fraktion bedarf es dreier Parteien.

Die erste ist dabei der FN und die zweite der „Vlaams Blok“ aus Belgien. Die Hoffnungen, die Le Pen auf Deutschland hat, würden sehr gerne die „Republikaner“ (REP) erfüllen. So war von **Christian Käs**, dem stellvertretenden REP-Vorsitzenden, fern des NE-Treffens zu hören, daß „Le Pen ohne Zweifel der Kopf der Eurorechten“ sei und daß dieser ohne einen starken Partner im Europäischen Parlament blockiert sei. „Aus Italien oder aus Österreich kommen Absagen“, so Käs, „wir sind demgegenüber bereit, dieser Partner zu werden“. Dieser Partnerschaft stehen noch einige Hürden im Weg, die nicht nur funktionalen Charakter haben, wie den dafür notwendigen Einzug der REP ins Europäische Parlament. Besonders auffälliger Punkt der Dissonanz ist die Beziehung der REP zu den anderen Freunden der rechten Einheit. Der REP-Bundesvorsitzende **Rolf Schlierer** fährt einen deutlichen Abgrenzungskurs nicht nur gegenüber der „Deutschen Volksunion“ (DVU) von **Gerhard Frey**, sondern auch gegen seinen Vorgänger Schönhuber. So wurde der Rottweiler REP-Kreisvorsitzende und Kreisrat **Berndt Welzer** seiner Parteiämter enthoben, weil er an einer Versammlung mit dem ehemaligen Kämpfer der Waffen-SS, Franz Schönhuber teilgenommen hatte. Ähnlich erging es auch dem Pforzheimer REP-Stadtrat **Fritz Herzberg**, der einen „Schönhuber-Freundeskreis“ organisiert hatte und sich von Schlierer den Vorwurf anhören mußte, daß es sich um „schwer parteischädigendes“ Verhalten handele.

Christian Käs orakelte gegenüber „Nation & Europa“, daß „die einzige rechte Parlamentspartei [...], die 1998 Chancen hat, die Republikaner“ seien, was auch von den Kämpfern der „Nation-Europa-Freunde“ erkannt wird. NE behauptet aber, daß es bei den Differenzen zu den REP nicht „um den Kurs der Partei, nicht um politische Inhalte“ gehe, sondern um „persönliche Empfindlichkeiten und Ängste“.

Im Klartext dürfte damit die Spaltungslinie zwischen Schlierer und Schönhuber, der noch Ehrenmitglied von REP-Landes- und Kreisverbänden ist, gemeint sein. Denn die offen faschistischen Kräfte in Deutschland würden gern den rechtspopulistisch-legalistischen Kurs der REP wieder auf die alte Schönhuber-Linie bringen. In Erinnerung gerufen sei der REP-Parteitag 1994 in Sindelfingen, bei dem Schönhuber als Vorsitzender der REP abtrat. Im Vorfeld hatte seinerzeit ein Treffen Schönhubers mit Gerhard Frey stattgefunden, infolgedessen Rolf Schlierer, Christian Käs und **Alexander Hausmann** (damaliger stellv. REP-Vorsitzender) die Absetzung Schönhubers gefordert hatten. Bei dem Parteitag wich er dann auch dem Druck der „Troika der Putschisten“ (Schönhuber), konnte aber den Abschied von den REP nie wirklich verkraften. Im November 1997 gab Schönhuber bekannt, daß er bei der kommenden Wahl zum Europäischen Parlament als Spitzenkandidat einer neuen rechten Sammlungsbewegung, nach seinen Vorstellungen u.a. bestehend aus REP und DVU, zur Verfügung stehen würde.

Die Vorgeschichte: Le Pen lanciert „Euro-Nat“

Im Verlauf des FN-Kongresses in Strasbourg am 30.März 1997 hatte Le Pen den Namen für den von ihm seit mehr als einem Jahr erstrebten internationalen Zusammenschluß der rechten Parteien lanciert: „Euro-Nat“, Kurzform für „Europa der Nationalisten“. Die damit angesprochenen „Bruderparteien“ stellten sich aus diesem Anlaß den Kongreßdelegierten vor, wobei die meisten von ihnen aus dem osteuropäischen Raum stammten. So repräsentierte **Corneliu Vadem Tudor** (ehemaliger Offizier der Geheimpolizei „Securitate“ des national-stalinistischen Diktators **Nicolae Ceaucescu**) als Parteivorsitzender die „Großrumänien-Partei“ PRM („Romania Mare“). Generalsekretär **Jan Vik** sprach für die tschechischen „Republikaner“ und Parteichef **Jan Slota** für die in Bratislawa als Koalitionspartner von Premierminister Vladimir Meciar mitregierende „Slowakische Nationalistische Partei“ (SNS). Der antisemitische Schriftsteller **Istvan Csurka** aus Ungarn war für seine „Partei der Wahrheit und des Lebens“ (MIEP) mit von der Partie. Die ebenfalls eingeladene Delegation der „Serbischen Radikalen Partei“ (SRS), deren Chef **Vojislav Seselj** im Januar 1997 bereits von Le Pen in Serbien besucht worden war, hatte kein Einreisevisum erhalten, weil Seselj in Den Haag wegen Kriegsverbrechen angeklagt worden war. Die „Kroatische Partei der Rechts“ (HSP), Schirmorganisation der HOS-Miliz, war hingegen mit ihrem Präsidenten **Dobrolav Paraga** beim FN-Kongreß präsent.

Aus Westeuropa war seinerzeit nur eine rechte Großpartei anwesend, der belgische „Vlaams Blok“. Sowohl die österreichischen „Freiheitlichen“ glänzten durch Abwesenheit, wie auch die REP nicht nach Strasbourg gereist waren - die deutsche Rechte debattierte jedoch durch die ehemaligen „Republikaner“ und MdEP Harald Neubauer und **Hans-Günter Schodruch** bereits vor einem Jahr über den „Euro-Nat“ mit. Neubauer überbrachte in Strasbourg eine Grußadresse von Franz Schönhuber, der heute bekanntermaßen für einen „fundamentaloppositionellen“ Kurs gegen die offizielle REP-Linie eintritt.

Anstelle der italienischen „Postfaschisten“ der „Alleanza Nazionale“ (AN) von **Gianfranco Fini** war nur deren Abspaltung „MSI-Flamma Tricolore“ vertreten, die 1994 die Umwandlung von der neofaschistischen „Italienischen Sozialbewegung“ MSI in die AN nicht mitgemacht hatte und das alte Parteisymbol, die Flamme in den drei Farben der Nationalflagge, aufrechterhält. Im übrigen übernahm der FN 1972, als der MSI bei der FN-Gründung mitgeholfen und Pate gestan-

den hatte, dieses Flammensymbol. In Blau-Weiß-Rot ist es seitdem das offizielle Parteizeichen des „Front National".

Der Stand der FN-Bündniserfolge auf internationaler Ebene zeigt, daß die seit Anfang der 90er Jahre eingeschlagene Strategie der „Anti-System-Opposition", von deren Standpunkt aus die kapitalistische Globalisierung als (jüdisch-freimaurerisches) „mondialistisches Komplott" - ein anderer Begriff für „kosmopolitisch" (von „le monde", die Welt abgeleitet) - erklärt wird, in Widerspruch steht zur Strategie vieler anderer rechter Großparteien im westlichen Europa. Diese sind in ihrer Mehrheit heute auf eine national-konservative Politik der Erhaltung und Verschärfung der bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse sowie auf das Konzept der Regierungsbeteiligungen in Koalitionen mit bürgerlichen Parteien orientiert, wie etwa Fini oder **Haider**. Für diese beiden fand Le Pen beim Strasbourger Kongreß deutliche Worte: Sie hätten sich „dem Lager ihrer Gegner angeschlossen", was mit anderen Worten heißt, es handele sich um Verräter. Im östlichen Europa findet Le Pen hingegen mit seiner „nationalen Fundamentalopposition" bedeutend leichter Anhänger und Sympathisanten. Die gleichzeitig erfolgte Einladung an Ultranationalisten aus gegeneinander bis vor kurzem kriegsführenden Staaten, z.B. die serbischen und kroatischen Extremisten, rechtfertigte Le Pen mit den Worten: „Es ist Brauch, bei Familientreffen nicht über Politik zu reden. Nun, beim Euro-Nat lassen wir - wenn wir über Politik reden - die Familienangelegenheiten vor der Tür, die nicht bei Tisch zu regeln sind". Durchaus konsequent, hat doch der Nationalismus im „Mondialismus" und in den „internationalistische Kräften" einen gemeinsamen Feind verortet.

Frankreich und Deutschland

Das Verhältnis des FN zu den REP ist alles andere als konstant. Zwar steuerte Yvan Blot beim REP-Bundesparteitag am 18.Oktober 1997 im bayrischen Dietmannsried ein Gastreferat bei, in dem er eine Grußadresse von Le Pen vortrug. Dieser appellierte an die REP, daß sie „mit allen demokratischen und nationalen Kräften in Deutschland" zusammenarbeiten sollten: „Es lebe die deutsch-französische Freundschaft, es lebe das Europa der Vaterländer", so Le Pen. Andererseits aber intensivierte Jean-Marie Le Pen den Kontakt zum REP-Dissidenten Franz Schönhuber, mit dem er gemeinsam am 5.Dezember 1997 in München auftrat. Schönhuber stellte bei dieser Gelegenheit sein neues Buch „Le Pen, der Rebell - der Front National, ein Modell für Deutschland", über das sich auch schon die völkisch-nationalistische „Junge Freiheit" (JF) freute, vor. Unter ähnlichem Titel („Der FN, ein Modell für Deutschland") hatte der ex-REP-Vorsitzende bereits eine Doppelseite in der FN-Wochenzeitung „National Hebdo" vom 3.Juli 1997 gefüllt. Dort äußerte Schönhuber über seinen Nachfolger im Amt des REP-Vorsitzenden: „Herr Schlierer stand einer Annäherung mit dem FN seit jeher feindlich gegenüber. [...] Herr Schlierer scheint eine Annäherung in Richtung der FPÖ mit Herrn Haider zu bevorzugen."

Eine wesentliche Rolle zur Überwindung der Streitigkeiten innerhalb Deutschlands extremer Rechten fällt Alfred Mechtersheimer zu. Der Oberstleutnant a.D., Gründer und Leiter des „Friedenskomitee 2000", kämpft emsig gegen den „bitteren Beigeschmack", den man beim Blick auf „den zerstrittenen Haufen der deutschen Nationalen" verspüre, wie er bei dem NE-Treffen in Kösching erklärte. Er hat in jüngster Vergangenheit alle wichtigen Appelle der rechten Szene mitunterzeichnet und referierte regelmäßig bei REP-Veranstaltungen, zuletzt bei deren Bundesparteitag im letzten Jahr in Dietmannsried (vgl. DRR Nr.49). Bei dem von seiner „Deutschland-Bewegung" initiierten Wartburgfest im Oktober 1997 waren zahlreiche rechte Protagonisten vertreten, wie **Baldur Springmann**, **Karlheinz Weißmann**, **Helmut Kamphausen** (Mitarbeiter des „Ostpreußenblattes") **Götz Kubitschek** (Initiator der „Arbeitsgemeinschaft Paulskirche", die gegen die Wehrmachtsausstellung hetzt) und die völkische Bardin **Iris-Kathrin Fischer** alias **Swantje Swanhwit** (vgl. DRR Nr.50). Auch bei der Bundesversammlung der völkisch-geschichtsrevisionistischen „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO) Ende letzten Jahres referierte der Starnberger „Friedensforscher".

Mechtersheimer, der bundesweit in nahezu allen rechten Spektren akzeptiert wird, tut offensichtlich alles in seiner Macht stehende, um „Gleichgesinnte zum Vorteil der

gemeinsamen Sache zusammenzuführen", wie es in der „Köschinger Resolution" des „Nation & Europa"-Treffens heißt.

Internationaler Nationalismus

Anläßlich eines Aufenthaltes bei der „Großrumänien-Partei" in Bukarest, auf deren Kongreß Le Pen am 9.November 1997 als Redner auftrat, erneuerte er sein Modell des Projektes einer „Internationale der Nationalisten". Über die in Strasbourg angekündigte Gründung von „Euro-Nat", die für „Ende 1998 oder spätestens Anfang 1999" anstehe, werde im Anschluß „Mondo-Nat" für die Nationalisten der ganzen Welt anvisiert. Ein möglicher Auftakt für das Überschreiten des „europäisch-abendländischen Kulturkreises" bei der Suche nach Bündnispartnern - in Gestalt „identitärer" Bewegungen - könnte der Besuch von Le Pen im August des vergangenen Jahres bei dem türkisch-islamischen Fundamentalisten und ex-Premierminister **Necmettin Erbakan** darstellen. Im Laufe des vierstündigen Gesprächs, das auf Ersuchen des FN-Präsidenten stattgefunden hatte, vereinbarte Le Pen eine Kooperation mit der islamischen „Refah Partisi" („Wohlfahrtspartei") Erbakans, die freilich mittlerweile in der Türkei verboten worden ist.

Im westlichen Europa erklärten gleich zwei rechtsextreme Parteien, die anläßlich von Wahlerfolgen im Herbst 1997 von sich reden machten (die norwegische „Fortschrittspartei" im September und die dänische „Volkspartei" PPD im November), mit Le Pen nichts zu tun haben zu wollen, da dieser ein offener Rassist sei. Das FN-Wochenblatt „National Hebdo" dokumentierte unterdessen am 27.11.97 einen Artikel, den **Derek Turner**, ein Rechtsaußen der britischen Konservativen Partei, in der Zeitschrift „Right Now" geschrieben hatte. Es handele sich um das „Monatsblatt der rechtesten Tories", wußte die FN-Zeitung zu erklären, „das häufig positiv eingestellte Studien über den Front National und Jean-Marie Le Pen veröffentlicht". Derek Turner gibt in dem Artikel zu erkennen, daß er am letzten BBR-Fest („Blau-Weiß-Rot") des FN im September 1997 teilgenommen habe und „sehr die angenehme Atmosphäre und das beeindruckende Ausmaß geschätzt" habe. In Großbritannien sieht er aufgrund des Mehrheitswahlrechtes und der extremen Stabilität des politischen Systems derzeit freilich keine Chance für eine FN-ähnliche Partei. Aber „die eventuelle Einführung des Verhältniswahlrechts, die Abwesenheit einer echten konservativen Rechten und der wachsende Einfluß von aus Europa kommenden Ideen könnten eines Tages die britischen Lepenisten aufsteigen lassen".

Ähnlich sehen es auch die deutschen Nazis in ihrer „Köschinger Resolution" vom 2.November 1997: „Europa ist in höchster Gefahr. Seine geschichtlichen und kulturellen Grundlagen, seine Identität und Vielgestaltigkeit werden durch die in Maastricht konzipierte Politik zerstört. [...] Europa kann nur leben und gedeihen, wenn die Rechte und Interessen seiner Völker gewahrt werden." Die in diesen Kreisen gängige Grußformel haben sie jedoch vergessen.

Keinerlei Berührungsängste

Zu einer Informationsveranstaltung lud der „Bund Freier Bürger - Offensive für Deutschland" (BFB/OFD) die 2.Vorsitzende des völkischen „Schutzbund für das Deutsche Volk e.V." (SDV), **Ingeburg Mikisch**, am 17.Februar in Mannheim ein. Die seit 1994 amtierende Mikisch sollte zum Thema „Bevölkerungspolitik und Entwicklung in Deutschland" sprechen. Der „Schutzbund" ist, so eine Selbstdarstellung, „ein Bund von Deutschen, die sich seit 1981 zusammenschließen, um gegen die wie von selbst ablaufende Auflösung und Ablösung unseres Volkes durch eine Mischbevölkerung mit laufend sinkendem deutschem und europäischen Anteil anzukämpfen. Sein Ziel ist die Erhaltung des Deutschen Volkes in seiner Heimat und Kultur." Anlaß der Gründung des rechtsextremen Vereins war das rassistische „Heidelberger Manifest" vom Juni 1981. Vorsitzender ist seit 1994 der Münchner „Witikone" **Friedrich Köberlein** (53). Dem NPD-nahen Verein gehören einige hundert Mitglieder an. Im vergangenen Jahr führte der SDV seine Jahresversammlung in Mannheim durch. Als Referent trat dabei auch Dr. **Alfred Mechtersheimer** (58) auf.